

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Druckerei: 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für das Jahr: 70 Bz. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht. M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausserhalb des Reichs. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Verlags-Verwaltung, in allen übrigen Städten der Reichs- und Provinzial-Verwaltung, in den übrigen Städten der Reichs- und Provinzial-Verwaltung, in den übrigen Städten der Reichs- und Provinzial-Verwaltung.



Wochen-Preis für die Felle: 15 Bz. für lokale Anzeigen im „Reichsblatt“ und „Meiner Anzeiger“ in einwöchiger Spalte; 20 Bz. in beiden abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen: 30 Bz. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bz. für lokale Anzeigen; 2 Bz. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatt.

Wochen-Preis für die Felle: 15 Bz. für lokale Anzeigen im „Reichsblatt“ und „Meiner Anzeiger“ in einwöchiger Spalte; 20 Bz. in beiden abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen: 30 Bz. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bz. für lokale Anzeigen; 2 Bz. für auswärtige Anzeigen.

Verleger: Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt 4444 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Zeiten wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 6. März 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 109. • 62. Jahrgang.

Monroe und Benton.

Präsident Wilson und sein getreuer Sancho Panza, der Staatssekretär Bryan, haben sich mit ihrer Don Quixote-Taktik gegen Mexiko und mit ihrer allerneuesten weitherzigen Auslegung der Monroe-Doktrin in eine Sackgasse verrennt, aus der sie nicht so leicht einen Ausweg finden werden. Die Washingtoner Regierung, die vielleicht wirklich zu schiefen glaubte, in Wahrheit aber von dem Rockefeller'schen Petroleumtrust geschoben wurde, hatte von vornherein gegen den Präsidenten Guerta eine Politik betrieben, die nicht zum Ziel führen konnte, weil sie von Grund aus unehrlich war. Auf der einen Seite unterstützten die Amerikaner die Revolution in Mexiko mit Geld und Waffen, und auf der anderen Seite erklärten sie den Präsidenten nicht anerkennen zu können, weil er mit den Revolutionären nicht fertig werde. Freilich fügte Wilson als Philosoph und Ethiker noch die besser klingende Wendung hinzu, daß die Nordamerikanische Union eine Regierung nicht anerkennen könne, die nicht gesetzmäßig berufen sei und sich dazu noch durch Mordtaten befleckt habe. Ein schöner Grund! Aber wenn die Pankees ihn allgemein auf die mittel- und südamerikanischen Republiken anwenden wollten, so würden sie — man denke nur an den jüngsten blutigen Regimewechsel in Peru — allgemein mit einem erheblichen Teil dieser Staaten in Konflikt geraten.

In Mexiko hat die Taktik der Pankees jedenfalls gründlich verfehlt. Obwohl man alle Mienen gegen Guerta hingezogen ließ, und obwohl man seit geraumer Zeit die Monroe-Doktrin, welche die Einmischung europäischer Staaten in die amerikanischen Angelegenheiten verhindern will, mit dem Versprechen zu begründen suchte, daß man in Mexiko Ruhe und Ordnung schaffen werde, hat die Tätigkeit der Washingtoner Regierung in Wahrheit darin bestanden, dort Unruhe und Unordnung zu schaffen. Selbst der letzte verzeihliche Versuch, den Führer der Revolution, den General Carranza, offen anzuerkennen und ihn durch die Aufhebung des Waffenembargos zu begünstigen, hat mit einer gehörigen Wamagie der Union geendet. Auf den amerikanischen Einmischungsversuch im Fall des ermordeten Engländers Benton hat Carranza hochmütig erklärt, daß die Amerikaner sich um die Angelegenheit überhaupt nicht zu kümmern haben, daß er alle von jener Seite kommenden Reklamationen ignorieren werde, und daß für ihn im Falle Benton höchstens die britische Regierung in Betracht komme.

Carranza hat sich mit diesem Vorgehen als ein schlauer Taktiker erwiesen. Indem er die amerikanische Einmischung und die Anwendung der Monroe-Doktrin zurückweist, zugleich aber die Engländer ermuntert, sich selbst an ihn zu wenden, sucht er einen englisch-amerikanischen Konflikt nach Möglichkeit zu begünstigen in der Erwägung, daß, wenn zwei sich streiten, der dritte sich freut. War man bisher in der Union in tödlicher Verlegenheit, da man vor der Eventualität stand, daß man die Genußnahme für die Ermordung Bentons entweder mit Waffengewalt erzwingen oder aber es den Engländern unter Durchbrechung der Monroe-Doktrin überließe, dies zu tun, so hat sich diese Verlegenheit jetzt auch auf die britische Regierung übertragen, die ihrerseits vor der Eventualität steht, entweder die Ermordung Bentons mit Waffengewalt erzwingen oder aber es den Engländern unter Durchbrechung der Monroe-Doktrin überließe, dies zu tun.

lität steht, entweder die Ermordung des englischen Untertans nach altem Brauch zu rächen — Folge: Durchbrechung der Monroe-Doktrin — oder aber die Mordtat ungeführt zu lassen — Folge: Entrüstung in England und ernstliche Gefährdung des ohnehin auf schwankem Grunde stehenden Kabinetts Asquith. Die Erklärung, welche der Staatssekretär Grey im englischen Unterhaus zum Fall Benton abgegeben hat, läßt die ganze hilflose Verlegenheit des Kabinetts erkennen. Wenn die Washingtoner Regierung, so erzählte er, nicht intervenieren wolle, so behalte die englische Regierung sich das Recht vor, sich Genußnahme zu verschaffen. Aber sie wird es nicht tun, denn er fügte hinzu, daß England nicht die Absicht habe, eine Truppenmacht nach Mexiko zu entsenden.

In Washington ist man denn auch, wie gemeldet wird, sehr zufrieden mit Greys schwächlicher Erklärung, da England zunächst jedenfalls keinen stärkeren Druck auf die Union ausüben will. Aber der Konflikt selbst ist damit nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Die Auslegung der Monroe-Doktrin, wie sie durch Lodge, Roosevelt und Wilson gegeben wurde, und derzufolge keine europäische Macht das Recht haben soll, selbst bei noch so ernster Verletzung ihrer Interessen und ihrer Würde auf dem amerikanischen Kontinent einzuschreiten, ist — das hat sich jetzt im Falle Mexiko erneut gezeigt — nicht nur eine Annahme, sondern sie ist auch undurchführbar, unhaltbar. In Washington selbst scheint man sogar zu erkennen, daß man dabei in eine Sackgasse gerät, und die öffentliche Meinung in der Union beginnt gegen die Überbreitung der Monroe-Doktrin Einspruch zu erheben.

Unter den mittel- und südamerikanischen Staaten macht sich in wachsendem Maße Mißmut und Erbitterung gegen die von der Union angestrebte Hegemonie bemerkbar. Da wäre es auch für die europäischen Mächte an der Zeit, gegen diese anmaßliche Überbreitung der Monroe-Doktrin Einspruch zu erheben. Aber freilich, es fehlt den Völkern Europas noch immer der Wille und die Einigkeit, die zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen erforderlich sind, und die Engländer, welche die nächsten dazu wären — vergleiche Panamakanalstreit und Fall Benton — haben auch diesmal wieder gezeigt, daß sie schlechte Europäer sind.

Politische Übersicht.

Die neue reichsländische „Verteidigungsliga“.

Wie sich Abbé Collin die „Liga“ denkt, darüber gibt der „Patriote lorrain“, ein Sonntagsabender des „Lorrain“, eine sehr offene, aber höchst sonderbar anmutende Erklärung. Im Lothringischen Votois wird dem lothringischen Bauer diese „letzte Bastille des Nationalismus im Reichsland“ erläutert, wobei der Zweck verfolgt wird, den lothringischen Bauer tüchtig aufzuheben. In einem Zwiegespräch, das zwei Lothringische Bauern miteinander führen, läßt Abbé Collin Erinnerungen an den „Souvenir français“ wachrufen, die sich als Geheimnisse zuflüstern, die neue „Liga des patriotes“ sei der auferstandene „Souvenir français“ in verklärter Gestalt. „Das ist für uns Bauern Grund genug, zur Liga zu gehen, um das Land gegen die Pan-germanisten zu verteidigen.“ Dazu schreibt die

Lothringer Zeitung mit Recht: „Das druckt der „Lorrain“ und die Schulfinder tragen solche Gehäufel aus.“ Graf Rödern hat also mit seinem Mißtrauen gegen den Bund keinen Fehlschuß getan. Eine neue Konventikelwirtschaft mit Souvenirstreben, das ist es, was Abbé Collin und seine Freunde wollen. Die armen Liberalen aber werden dupiert, indem man ihnen das Ideal der Verteidigung Elsaß-Lothringens und die Hebung des Ansehens des Landes vorhält, um jeden Verdacht, als ob es sich um eine nationalistische Gründung handelte, abzuwenden. Die Liga wird dem „Lorrain“, der aus der Schule plaudert, wenig Dank wissen.

Katholische und evangelische Missionen.

Von einem evangelischen Geistlichen wird uns geschrieben:

Die „Rheinische Volkszeitung“ Nr. 48 druckt unter obigem Stichwort einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ über Eingeborenarbeit ab, in dem behauptet wird, daß die katholische Mission sich in Anstiedler- und Beamtenkreisen der Kolonien meist einer viel höheren Vertiefung erfreut als die evangelische Mission, weil jene eher geneigt sei, mit den Europäern zusammenzuarbeiten und weil sie ihre Jünger zu strenger Arbeit erziehe. Namentlich sei in Kamerun der katholische Missionsjüngling vor dem evangelischen geschätzt, weil jener aus der Missionschule heraus an eine gewisse Arbeitsfähigkeit gewöhnt sei. — Der Vorwurf, die evangelische Mission erziehe nicht zur Arbeit, ist schon oft erhoben und widerlegt worden. Er wird durch seine stete Wiederholung nicht wahr. Da in dem Artikel der angezogenen Blätter auf Kamerun verwiesen wird, so stellen wir aus den Missionsberichten der dort wirkenden Basler Mission folgendes fest: In den Mittelschulen in Bonaberi, Buea und Lobetal wird neben Religion, Deutsch und anderen geistigen Fächern breiter Raum für Handarbeiten gelassen. Die Schüler stellen Flechtarbeiten, Matten und dergleichen her. In Lobetal find die Schüler Fischer, Maurer, Backsteinformer, Kakaobearbeiter, Perlenformschlagger. Die Schüler haben in einem Jahre 21 Zentner Fische gefangen, 15 000 Backsteine geformt und gebrannt, 1000 Pflanzen, 200 Kakaobäume und 400 Gummiabäumen gepflanzt. In den Mädchenschulen Kameruns wurden Kleider zugeschnitten, geflickt, gehäkelt. Grobartig ist die Basler Industrieschule auf der Goldküste, in der die Missionschüler in allerlei Handwerken unterrichtet werden. Hier ist eine Missions-Druckerei, Buchbinderei, Schmiede, Schreinerei. Hier sitzen Kapfenmacher, Korbflechter, Mattenweber. Diese Tätigkeiten werden genügen, um zu beweisen, daß die evangelische Mission mit allem Nachdruck die kulturelle Ausbildung ihrer Jünger pflegt. Der Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, welchen die „Rheinische Volkszeitung“ mit Begeben abdruckte, beruht also auf völliger Unkenntnis.

Wir haben uns auf Kamerun beschränkt, weil diese Kolonie in dem Artikel besonders genannt war. Das Gesagte gilt aber von der evangelischen Mission überhaupt. Diese hat ein starkes Interesse daran, daß die von ihr bearbeiteten Stämme eine gesunde, der neuen Zeit angemessene wirtschaftliche Existenz finden. Sie ist darum überall eifrig dabei, den Eingeborenen eine solche schaffen zu helfen. Wir bestreiten nicht, daß

Eine ceylonesische Mietskaserne.

„Sechs Uhr morgens“, es wäre Zeit für die Hühner, zu krähen, denn die Sonne macht sich bereits fertig, aufzugehen, da aber diese Weiberchen des Hühnerhofs in der zu schützenden Umgebung fehlen, so krähen die Krähen, die massenhaft auf den mächtigen Blättern der Kokospalmen hocken, um so lauter. Sie scheinen befohlen, daß eine ihrer Wachen zu spät erwachen könnte, um dadurch die Zeit zum Frühstück zu verkürzen. Das Geschrei der hungerigen schwarzen Gesellschaft ist von Erfolg gekrönt. Hier und da klappen Türen in dem weitläufigen eintönigen Gebäude, dessen weiter Hof nun von den ersten Strahlen der Morgensonne erleuchtet wird, einer Mietskaserne zu Colombo auf Ceylon. Verschlossene Köpfe erscheinen, blicken umher, ob der strömende Tropenregen der Nacht aufgehört hat, dann werden die primitiv und nicht übermäßig reinlich gehaltenen Gestalten einiger verschiedenerfarbiger weiblicher Wesen sichtbar. Die nackten Füße trippeln über den Hof dem Brunnen zu, der hier durch eine Wasserleitung, bestehend aus einer kurzen gekrümmten Säule, dargestellt wird. Jede der jugendlichen Schönen zwischen sechs und sechzig Jahren ist mit einem flachen, weißlichen Tonkrug bewaffnet, der zunächst hübsch der Reife nach mit Wasser gefüllt wird.

Die eine oder andere der um den unpassend modernen Brunnen versammelten Weiblichkeit verpürt auch Reinlichkeitsbedürfnisse, die eine geht etwas Wasser auf den einen Fuß — und reißt mit dem anderen darauf herum. Eine

andere führt sogar eine wahre Reinlichkeitsorgie auf, indem sie sich das ganze Wassergefäß über den Kopf schüttelt, der Sarong, das einzige Kleidungsstück, wird natürlich pfeifenach, aber das ist ja der Hauptzweck der Übung — der soll ja gerade gewaschen werden.

Endlich sind die Tongefäße gefüllt und werden auf der Hüfte getragen. Erfolg davon ist natürlich, daß die ganze mehr oder weniger reizvolle weibliche Figur verborgen aussieht. Kaum sind die Frauen und Jungfrauen in ihrem jeweiligen Heim verschwunden, so erheben die Krähen, die das betreffende Haus als ihre Domäne betrachten, ein unmöglich noch stärkeres Geschrei — erscheint doch jetzt das Haus mit den Schlüssel vom vorhergehenden Abendessen. Die Reife, meist Reife, werden auf den Boden ausgeleert und die schwarzrötliche fliegende Gesellschaft stürzt sich mit einem Geheul von einer Frechheit darauf, um die sie jeder Spatz beneiden könnte. Während die Krähen unter dem üblichen Geschrei ihrer nachhaltigen Tätigkeit nachgehen, erscheinen auch die ceylonesischen Herren der Schöpfung. Sie besorgen das Geschäft der täglichen Reinigung, zerhacken ein Stück Holz, der Finger dient als Zahnstocher — fertig. Andere nehmen die Sache ernster, würdevoll schreiten sie den langen Hof hinunter bis zu einer Ecke, wo eine einfache, aber praktische Wadentast eingerichtet ist. Die Wadentasten bestehen aus Zementmauerwerk, die Wasserleitung aus zwei Zementröhren, die einen Eimer, der an einem mit Gegengewicht beschwerten Querbaum hängt, in einen breiten flachen Brunnen hinunterlassen und Wasser in die Wannen schöpfen. Aus diesem fließt

der nach körperlicher Reinigung Trachtende das Wasser mit einem Blechtopf, der einstmals Bleiweiß zum Aufschälen diente, und schüttet es sich über Kopf, Rücken und Körper. Während all dem hat sich auch die Straße gefüllt. Rikshas, kleine zweirädrige Droschken, rasseln vorbei, Söckersack, kleine mächtige überbackte Karren mit zwei hohen Rädern. Rikshamänner schreien ihr „mi kiri“, Fuderbäder ihr „ham ham“, dort wieder einer „Lunn mirischaru“, er hat auch irgend etwas unbestimmtes Erbares zu verkaufen. Der Wader kommt — „ei pan“, „ei pan“, verkündet seine nahrhafte Nähe. Auch das dunkelste Auge des Gesehes erscheint — eine mächtige Messingnummer vor dem streng blickenden Haupt, einen echt englischen Polizeiknäuel an der Seite, so stolziert er durch die Reihen des seiner treuen Obhut anvertrauten Volkes. So wimmelt es umher auf der Straßenseite des langen Hauses, das zwar nur ein Stodwerk besitzt, dafür aber eine endlose Anzahl schmaler Wohnungen unter einem Dache nebeneinander enthält. Das lange niedere Bauwerk umgibt einen breiten langen Hof, den aber die üppige Tropennatur nicht fast gelassen gleich unseren Höfen, prächtige Kokospalmen überschatten ihn mit ihren mächtigen Weiden. Auf diesem Hofe tummelt sich jetzt die zahlreiche Jugend aus der weitläufigen Mietskaserne. Ceylons Volk sieht noch nicht aus.

Eintätig spielen die Kinder zusammen, vorläufig unfähig um die später so hoch gehaltenen Ständesunterchiede — dort ringt ein Boy aus der höchsten Kaste mit einem gleichartigen aus der niedrigsten Kaste. Grimmig lobt der Kampf der gewaltigen Reiber, da stößt den einen der Kämpfer

die katholische Mission es sich ebenfalls angelegen sein läßt, die Eingeborenen zur Arbeit zu erziehen. Aber man sollte doch endlich das Märchen begraben, als sei dies in der evangelischen Mission nicht der Fall. Auf einem kulturellen Gebiet ist die evangelische Mission der katholischen jedenfalls weit überlegen, auf dem der ärztlichen Mission. Die evangelische ärztliche Mission hat in ihren 500 Missionshospitälern 20 000 Eingeborene als Assistenten ausgebildet. Diese Tatsache allein sollte die ungerechtfertigten Vorwürfe verstummen lassen.

Deutsches Reich.

* **Fürst Wilhelm von Hohenzollern**, das Oberhaupt der nichtregierenden, kaiserlichen Linie des Hauses Hohenzollern, feiert am Samstag, den 7. März, seinen 50. Geburtstag. Der Fürst wurde am 7. März 1864 zu Schloß Bentz am Rhein geboren als ältester Sohn des damaligen Erbprinzen Leopold von Hohenzollern aus dessen Ehe mit der Infantin Antonia von Portugal. Er ist königlich preussischer General der Infanterie, à la suite des 2. Garde-Regiments zu Fuß, dem er früher als aktiver Offizier angehörte, und Chef des nach seinem Großvater benannten Jäger-Regiments Fürst Karl Anton von Hohenzollern (hohenzollernisches) Nr. 40, das in Kottbus seinen Standort hat. Seine Gemahlin, die Prinzessin Maria Theresia von Bourbon-Sizilien, eine Nichte des letzten Königs von Neapel, verlor der Fürst am 1. März 1909 durch den Tod. Er hat eine Tochter, die Prinzessin Auguste Viktoria, die seit dem 4. September 1913 an den entthronten König Rumanen von Portugal verheiratet ist, und zwei Söhne, deren älterer, der am 30. August 1901 geborene Erbprinz Friedrich Viktor, als Leutnant im 1. Garde-Regiment zu Fuß in Potsdam steht, während der jüngere, Prinz Franz Joseph, kaiserlicher Leutnant zur See an Bord S. M. kleinen Kreuzers „Emden“ in Ostasien ist.

* **Kein Austritt des deutschen Völkchens in Petersburg.** Die von der „Kosovo-Brenja“ gebrachte Meldung von einem bevorstehenden Austritt des deutschen Völkchens in Petersburg, Grafen Pourtales, entbehrt, wie wir mitteilen können, jeder Begründung.

* **Bemühungen des Fürsten Bismarck um eine Vertretung des Reiches beim Vatikan?** Die „Tägl. Rundschau“ ließ sich gestern aus Rom berichten, daß Fürst Bismarck eine Zeitspende der Absicht begie, zwischen der Reichsregierung und dem Vatikan diplomatische Beziehungen herzustellen. Aber der Papst scheiterte einerseits an dem Widerstand der Kaiserin und der Berliner Pastorenpartei, andererseits an dem Veto des Kardinals Kopp, dessen Eifer nicht erlauben wollte, daß ein anderer als er der Unterhändler zwischen Berlin und Rom wäre.

LC. Eine interessante Auswahl. Nachdem die Prüfungskommission des Reichstags die Wahl des konservativen Abgeordneten Bösch, wie gemeldet, für ungültig erklärt hat, wird es vermutlich in Stendal bald zu einer sehr interessanten Neuwahl kommen. Vor kurzem wies die „Saale-Bl.“ auf die ungeheuerlichen Vorurteile hin, die dort bei der letzten Wahl herrschten. Nach diesem Blatt wurde den Sozialdemokraten Geld geboten, wenn sie in der Stichwahl ihre Wähler zur Stimmhaltung veranlassen würden; es sei versucht worden, den sozialdemokratischen Kandidaten mit braunen Lappen zu verführen; in dem konservativen Aufruf seien unehrenhafterweise die Namen von Stendaler Sozialistenführern abgedruckt worden usw.

* **Zur Verlegung der Zoberner Gendarmen.** Die Nachricht über die Verlegung der gesamten Gendarmen Zoberns bestätigt sich, und zwar wird sie auf Ansuchen der Zivilbehörde verlegt, weil durch ihre Auslagen in dem bekannten Prozeß ein erhebliches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich sei.

— **Erhebungen über den Pferdehandel.** Gegenwärtig finden durch die Polizeibehörden Erhebungen darüber statt, welche Personen den Pferdehandel als stehenden Gewerbebetrieb angemeldet haben, beginnend den Pferdehandel, sei es mit oder ohne Verbindung mit einem anderen Handel, gewerbmäßig oder als Nebengewerbe betreiben.

* **Der Vorfall im Verein für Krankenarbeit.** Der national-liberale Abgeordnete v. Schenkendorff, der hiesigen Förderer der Bewegung zur Pflege der körperlichen Erhaltung der Jugend, hat in der Sitzung vom 2. d. M. des geschäftsführenden Ausschusses des Vereins für Krankenarbeit den Vorfall dieses Vereins niedergelegt. v. Schenkendorff hatte im Jahre 1878 diesen Verein mitbegründet und steht seit 1891 an seiner Spitze. Der Verein ernannte seinen langjährigen geschäftsführenden Vorsitzenden zum Ehrenvorsitzenden.

Die Stimme seines Vaters, der Dürst hat und seinen Sprößling nicht nach gut deutscher Art mit dem Krug in die nächste Kneipe, sondern — auf die nächste Kotschale schied — eine junge Kolonade herunterzuholen, die einen äußerst erfrischenden Saft enthält.

Nach hat der jugendliche Sohn Ceylons seinen Gürtel abgehängt, beide Hände hineingesteckt, und nun geht es nach Art unserer an einem Faden auf- und abkletternden Affen die Palme hinauf. Noch ist der gehörigste Sohn nicht oben angekommen, als argwöhnischen Blickes der hohe Herrscher der Weltläuterie erscheint. Seine Majestät der Hausherr.

Wüßte wohl beschleunigt eilt er von seinem, an einem Ende der Häuserreihe gelegenen „Palast“ herbei, um zu sehen, ob der Vögel nicht etwa einer der häuslichen Palmen einen Besuch abkalket. Glücklicherweise ist das nicht der Fall. Zu Fuß grüßend schreitet der Herrscher daher durch die Reihen seiner Diener, die endlosen Häuserreihen entlang, um in einem der schmälsten Häuschen zu verschwinden — wahrscheinlich wohnt dort ein im Jählen faumeliger Mieter. Mittag naht — man riecht und sieht es deutlich an dem Rauch, der allerdings nicht aus den sonst üblichen Schornsteinen „quillt“, sondern in Ermangelung solcher aus den Küchenfenstern — was soll er anderes machen. Auch diese wichtige Periode geht indes vorüber, und wieder fällt sich der durch die kulinarische Tätigkeit seiner Bewirtung zeitweilig geleerte Hof. Nam tam-tam, bum-bum klingt es jetzt aus einer Ecke. Eine ganze Anzahl junger und jüngerer Singvögelchen und Zämlen haben sich um eine große flache Trommel versammelt. Einige Diegesteine dienen als Ständer, und der Ehrenschmuck kann beginnen. Alles trommelt zugleich nach irgendeinem Takt auf dem ihm zukommenden Teile der Trommel stundenlang herum.

Trommelnd vergehen die heißesten Stunden des Nachmittags.

Die Nachfolge im Vorsitz hat Oberbürgermeister Dr. Wilm (Pöfen) angetreten. Die diesjährige Tagung des Vereins wird am 3. und 4. Juli in Leipzig abgehalten.

* **Deutsch-evangelische Missionshilfe.** Ein Verhandlungsbericht über die anfangs Dezember v. J. in Berlin begründete „Deutsche Evangelische Missionshilfe“ ist soeben im Verlag des „Evangelischen Verbands für Deutschland“ erschienen und kann von seiner Geschäftsstelle Berlin-Steglitz, Schloßstraße 33, kostenlos bezogen werden.

* **Zur Freilassung der Witwe Hamm.** Gegen die Anordnung der ersten Strafkammer des Landgerichts Elberfeld auf Wiederaufnahme des Verfahrens in der Hamburger Mordeffäre und gegen die Freilassung der Frau Hamm hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Oberlandesgericht erhoben.

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. v. Baumitz, Gen. der Inf. und Gen.-Inf., des Mil.-Erziehungs- und Bildungswesens, Stellvertreter des Präsidenten des Reichs-Militär-Gerichts, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension, zur Disp. und gleichzeitig a. l. s. des 4. Garde-Regts. zu Fuß gestellt. * v. Bergen, Gen.-Leut. und Vorsitzender der Ob.-Mil.-Brf.-Komm., unter Belassung in dem Verhältnis als Gen. a. l. s. Er. Pol. des Masters und Königs, zum Gen.-Inf., des Mil.-Erziehungs- und Bildungswesens und gleichzeitig für die Fälle der Verbindung des Präsidenten des Reichs-Mil.-Gerichts zum Stellvertreter desselben ernannt. * v. Seebach, Gen.-Major und Kom. des 3. Kad.-Korps, zum Vorsitzenden der Ob.-Mil.-Brf.-Komm. * v. Zaborowski, Oberst und Kom. der Haupt-Kadetten-Anstalt, zum Kom. des 3. Kad.-Korps. * v. Bardeleben, Oberleut. und Kom. der Unteroff.-Schule in Potsdam, unter Verlegung in das 3. Kad.-Korps zum Kom. der Haupt-Kad.-Anstalt. * von Reichenbach, Oberleut. und Kom. im Ostend. Inf.-Regt. Nr. 81, zum Kom. der Unteroff.-Schule in Potsdam ernannt. * Auler, Gen.-Leut. und Inf., der 1. Ing.-Inf., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disp. gestellt. * v. Brohm, Gen.-Leut. a. l. s. der Armee und mil. Mitglied des Reichs-Mil.-Gerichts, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disp. gestellt. * v. Biensowski, Gen.-Major von der Armee und kommandiert zur Dienstleistung beim Reichs-Mil.-Gericht, zu den Offizieren a. l. s. der Armee verlegt und zum mil. Mitglied des Reichs-Mil.-Gerichts ernannt. * Geuer, Gen.-Major und Kommandant von Babelsberg, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disp. gestellt. * Knoch, Gen.-Major von der Armee, kommandiert zur Dienstleistung bei der Kommandantur von Babelsberg, zum Kommandanten von Babelsberg ernannt. * v. Gellfeld, Oberleut. und Chef des Stabes der Gen.-Inf., der Fuß-Artillerie, zum Kom. des 3. Kad.-Korps. Fuß-Art.-Regts. Nr. 10 ernannt.

Die **Duppelfeier**. Das 4. Garde-Regiment zu Fuß zu Berlin feiert am 18. April die 50jährige Wiederkehr des Duppelfurmes. Ehemalige Angehörige des Regiments, die an der Feier teilnehmen wollen, werden gebeten, ihre Adressen möglichst bald dem Regiment, Berlin NW. 52, Rathenower Straße 10, mitzuteilen und hierbei den Jahrgang des Dienst- eintritts und die Kompanie anzugeben. Die Feiern finden am 17. April, abends (Begrüßung), und am 18. April derartig statt, daß die Teilnehmer am 18. April, abends, die Rückreise antreten können.

Unsere **Hochseeflotte 1914**. Unsere Hochseeflotte wird sich in diesem Frühjahr mit ihrem dritten Geschwader in einer derartig Artung gebietenden Weise gestalten, wie niemals zuvor. Das Flagggeschiff der Hochseeflotte bleibt weiter „Friedrich der Große“. Das erste Geschwader wird bestehen aus den Linien Schiffen „Ostfriesland“, „Thüringen“, „Helgoland“, „Oldenburg“, „Pöfen“, „Rheinland“, „Raffa“ und „Westfalen“. Dem ersten Geschwader bleibt unterstellt das Spezialschiff „Blitz“. Das zweite Geschwader setzt sich zusammen aus den Linien Schiffen „Preußen“, „Kommern“, „Gefen“, „Lothringen“, „Hannover“, „Schlesien“, „Schleswig-Holstein“ und „Deutschland“. Dem zweiten Geschwader ist unterstellt das Spezialschiff „Pfeil“. Früher war bekanntlich noch eine fünfte Division vorhanden. Jetzt ist daraus das dritte Geschwader geworden. Das noch nicht vollständige dritte Geschwader wird gebildet aus den Linien Schiffen „Kaiser“, „Kaiserin“, „König Albert“ und „Prinzregent Luitpold“.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ausfahrungen in Böhmen. Prag, 5. März. Die Enkündigungen des Organs der Jung-Tschechen, der „Rozhodni List“, wonach der Obmann der tschechisch-radikalen Partei, der Abgeordnete Seifert, im Dienste der Staatspolizei stehen soll, hat ein Nachspiel gehabt. Weiter gegen Abend zog eine große Anzahl Angehöriger der national-sozialistischen Partei vor das Gebäude des genannten Blattes, wo sie eine Kundgebung und großen Lärm veranstalteten. Im Verlaufe des inzwischen entstandenen Handgemenges wurde ein Redakteur

tögt, und nun erscheint das Kindermädchen. Es ist hier meist nicht sehr groß geraten und schlüpft das berechnliche Baby nach außer Landstille auf der Hüfte umher. Der zärtliche Papa nimmt noch Abschied von seinem hoffnungsvollen Sprößling, bevor dieser seinen Nachmittagspausiergang unternimmt.

Viel heitere Bilder, interessante Szenen zeigt sich ein Hof im fernen Ceylon, aber auch manches trübe, jammervolle Bild von Armut und Krankheit. Dort naht ein Kuli, ein singhalesischer Arbeiter, schon ein alter Mann, das eine seiner Beine ist seit langer Zeit an Elephantiasis erkrankt und hat fast den Umfang eines Elefantensfußes erreicht — schaurig zu sehen, trotzdem geht der Mann ruhig seiner Arbeit nach — er ist Maurer, denn schmerzhaft ist diese Krankheit nicht und überanstrengen werden sich die Maurer auf Ceylon auch nicht. Es wird später und später, schon lehren einige der Ochsen-farren, die auf dem Hof ihr Heim haben, nach Hause zurück, und eifrig machen sich die Zehnsohlen an die Vertilgung ihrer Heu- oder Grasschüssel. Einer von ihnen hat offenbar mehr Dürst als Hunger, denn er läßt das Heu unberührt und begibt sich an die Wasserfontäne. Aber er trinkt nicht, er wartet ruhig, bis sein Herr kommt und ihm das Wasser mit einem schräg ausgehöhlten dicken Bambusgefäß in den Hals gießt. So verhält sich unser Ochse denn doch noch nicht. Da kracht ein Kanonenschuß in das friedliche Hofgemälde, es ist aber wohl sei Dank nur ein Signalgeschuß von der nahen Moschee. — Die Mohammedaner, die hier zahlreich vertreten sind, dürfen nun anfangen zu essen. Den Tag über sollten sie nämlich — scheinbar wenigstens — weil gerade Fastenzeit ist — trotzdem möchte ich nicht den millionsten Teil dessen verschlingen müssen, was die guten Leute trotz Allahs Vorschrift schon vorher gegessen haben.

Den Kanonenschuß scheint auch die Sonne als Signal zum Untergehen betrachtet zu haben, denn sie verschwindet

des Blattes so schwer mihandelt, daß er in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Gefährliche Pässe für Militärpflichtige. Wien, 5. März. In Brud an der Mur wurde auf Veranlassung der Militärbehörden ein Agent des Norddeutschen Lloyd namens Albert Renier unter der Anschuldigung verhaftet, zahlreichen Stellungspflichtigen Schiffsfahrten nach Amerika verkauft zu haben. Der Verhaftete hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Italien.

Eine Stimme über Albanien. Rom, 5. März. Der Direktor des „Mattino“, der zurzeit eine Informationsreise in Albanien unternimmt, hat seinem Blatte eine Reihe von Verichten zugesandt, die, wie es heißt, von größter Unparteilichkeit zeugen und ohne Zweifel in politischen Kreisen einen großen Eindruck hervorzurufen werden. Der Direktor sieht den Grund für den Verfall und die Demoralisierung in Albanien nicht nur in dem verhängnisvollen Einfluß, den das frühere islamitische Regime ausgeübt hat, sondern auch in dem Wettstreit zwischen Italien und Österreich-Ungarn und zugleich in den von Österreich betriebenen Mitteln zur Erreichung des Übergewichts. Seiner Ansicht nach beruht die Zukunft Albaniens auf dem guten Willen und der staatsmännischen Klugheit des Prinzen zu Wied, der ganz allein und ohne Zulassung fremder Einflüsse Ordnung schaffen müsse. Wenn der Prinz zu Wied, schreibt der Direktor des „Mattino“ seine Ausführungen, sich auf europäische Allianzen und lokale Meinungsverschiedenheiten einläßt, so wird seine Herrschaft nur von kurzer Dauer sein, und wenn dieser Versuch scheitern sollte, dann werden sich vielleicht Österreich-Ungarn und Italien mit den Waffen in der Hand um das albanische Land streiten.

Türkei.

Neuerennungen im Ministerium des Äußern. Konstantinopel, 4. März. Infolge der Neuorganisation des Ministeriums des Äußern ist wiederum eine Reihe von Neuerennungen erfolgt. Der Rechtsbeirat Reschid-Bei ist zum Generaldirektor für politische Angelegenheiten, der Direktor für Handelsangelegenheiten Suad-Bei zum Generaldirektor für Verwaltungsangelegenheiten ernannt. Der Rangleidiaktor Munir wurde zum Rechtsbeirat, der frühere Unterstaatssekretär Sahib-Bei zum Schiedssekretär und Mitglied des internationalen Gesundheitsrates an Stelle des in den Ruhestand versetzten Ramif-Nora ernannt. Der Staatsrat Rusret-Bei wurde zum Gesandten in Brüssel ernannt.

Luftfahrt.

Prinz-Heinrich-Flug 1914. Es läßt sich jetzt schon — obwohl erst am 15. März Rennungsfluß ist, eine Übersicht über die voraussichtlichen Teilnehmer am Prinz-Heinrich-Flug 1914 gewinnen. Aus der großen Zahl der sich zum Flug meldenden Offiziersflieger hat die preussische Inspektion der Fliegertruppen in Verbindung mit den bayerischen Militärfliegerbehörden 20 Offiziere ausgewählt, darunter viele der erfolgreichsten Flieger des Vorjahres, wie die Leutnants Canter, v. Giddeffen, v. Thüna, Joly, Carganico, Rastner, Geuer. Auch die Industrie hat ein außerordentliches Interesse für den Flug bewiesen, indem von Flugzeugen in Privatbesitz bis 3. März, mittags, 82 Flugzeuge genannt wurden. Man sieht, in Deutschland besteht noch ein gewaltiges Interesse für Überlandflugwettbewerbe im Gegensatz zu Frankreich, wo diese Flüge immer seltener geworden sind, bezw. ganz aufgehört haben, wo nur noch die Rekorde herrschen und der Einzelwettbewerb. Bei diesen Veranstaltungen aber soll gezeigt werden, was unter gegebenen Wind- und Wetterverhältnissen und im Flug nicht über freigelegte, sondern über vorge-schriebene Strecken von Fliegern geleistet werden kann, die mehrere Tage hintereinander harten Anstrengungen unterworfen werden und schließlich soll bei diesen Flügen gezeigt werden, was die Seereschifferei in kriegsmäßiger Aufführung gegen kriegsmäßige Aufklärungsziele leistet. Es ist klar, daß bei einer solchen Prüfung, an der wie in diesem Jahre vierzig Flugzeuge der verschiedensten Systeme teilnehmen und so wichtige Vergleiche ermöglichen, für Feststellung der im Kriege zu erwartenden Höchstleistungen wesentlich mehr gelernt wird als durch die bei schönem Wetter und günstigem Wind erreichten Rekordleistungen einzelner. So ist denn auch von den maßgebenden Stellen des deutschen Militärflugwesens rücksichtslos anerkannt, wie viel aus dem Prinz-Heinrich-Flug 1913 gelernt wurde. Aber auch die Industrie kommt durch derartige Veranstaltungen auf ihre Kosten. Besonders interessante Aufschlüsse wird der Prinz-Heinrich-Flug auch dadurch bringen, daß die Ausföhrung den Flugzeugen, die eine höhere Nutzlast aufnehmen, eine Vorgabe für die Flugzeit gewährt.

mit der Möglichkeit, die sie sich in den Tropen angewöhnt hat. Noch herrscht lautes Leben in all den kleinen Wohnungen, überall hört man das Buchstabieren oder sonstige Äben der Schulkinder — auch das verstummt und bald herrscht tiefe Stille — ist doch in Colombo um 10 Uhr Polizeistunde, das heißt, nach 10 Uhr darf niemand auf den Straßen sein.

D. Holland.

Aus Kunst und Leben.

* **Maxim Gorki Weltflucht.** Unser Petersburger Mitarbeiter schreibt uns: Maxim Gorki, der Sänger und Dichter der „gewesenen Menschen“, ist nach achtjähriger Abwesenheit wieder bei uns in Russland eingetroffen, und er hat sich, ohne in Petersburg Aufenthalt zu nehmen, sofort nach Finnland begeben, wo er sich verborgen hält. Man kann das wohl verstehen, denn der berühmte Dichter des Proletariats ist schwer krank, und seine Wünsche richten sich wohl mehr auf Ruhe, als auf Unterhaltungen mit Reportern, denen er gar keinen Wert beilegt, denn Maxim Gorki läßt sich nicht gern bewundern und auch nicht gern ausfragen. Obwohl man das ganz genau weiß, hat man doch versucht, seinen Aufenthaltsort, der nur der russischen Geheimpolizei ganz genau bekannt war, herauszuforschen und Gorki „zu stellen“. Die gewichtigsten und unversöhnlichsten Reporter wurden auf die Spur Gorkis gesetzt und sie sind denn auch bald in den Besitz des Geheimnisses gelangt; eine ganze Hecke von Reportern belagerte das Haus des unglücklichen Dichters, bis diesem endlich die Geduld riß und er an die ihn umschlingenden Vertreter der sephäen Großmacht eine Ansprache im Volkston hielt, die so deutlich gewesen ist, daß die Herren es doch vorgezogen haben, sich rückwärts zu konzentrieren, denn mit Maxim Gorki ist unter Umständen schlecht Rischen essen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Kreisleseverein.** Im Kreisshaus fand am Mittwoch nachmittag die Vorstandssitzung des Kreislesevereins für den Landkreis Wiesbaden statt, welche von Mitgliedern der verschiedenen Ortsgruppen recht gut besucht war. Der Vorsitzende Vorstand Kammerherr v. Heimbürg eröffnete und leitete die Sitzung. Der erste Schriftführer Lehrer Wittgen (Nordenstadt) gab eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Vereins im Jahre 1913. In Frauenstein hat sich eine neue Ortsgruppe mit 50 Mitgliedern gebildet, so daß nunmehr im Landkreis 22 Ortsgruppen bestehen. Die Mitgliederzahl ist von 2035 auf 2083 angewachsen, wozu noch die 1000 Mitglieder des Volksbildungsvereins zu Viebrich zu rechnen sind. Die weitaus stärkste Ortsgruppe ist diejenige zu Bierstadt, welche von 273 auf 286 Mitglieder angewachsen ist. Die Gesamtzahl der Bände ist von 14 122 auf 15 244 gestiegen. Auch hier steht die Bücherei der Ortsgruppe Bierstadt mit 1561 Bänden an der Spitze. Die Benutzung der Bibliothek ist in den einzelnen Orten sehr verschieden. In Bierstadt wurden 4241, in Nordenstadt 3131 Bände im letzten Jahr ausgeliehen. Insgesamt waren 32 528 gegen 30 930 Bände in 1912 ausgeliehen. Es wurde allgemein anerkannt, daß in den letzten Jahren die Schundromane durch das Publikum nicht mehr gekauft werden. Auf Antrag des Herrn Wittgen wurde beschlossen, daß der Kreisleseverein sich der „Wiesbadener Vereinigung zur Bekämpfung von Schund und Schmutz in Wort und Bild“ angliedert. Als Vertreter wurden gewählt Lehrer Jung in Dellenheim und Lehrer Wittgen in Nordenstadt. Lehrer Jung berichtete über den Verlauf der Lichtbildvorträge mit dem neu eingerichteten Apparat für kinematographische Vorführungen. Die Bilder zeichnen sich durch große Schärfe aus. Zwei Mängel, welche dem Apparat noch anhaften, sollen behoben werden. Es soll ein Motor angebracht werden, da der Apparat durch das fortwährende Drehen durch die Hand leidet. Da der Apparat in denjenigen Orten, welche 220 Voltspannung haben, nicht an die elektrische Leitung angeschlossen werden kann, muß ein sog. Widerstand angeschafft werden. Die Rechnungsbilanz ergab, daß der Staats- und Kreiszuschuß 1110 M. betrug, die Ausgaben sich auf 1104.90 Mark beliefen. Das Vereinsvermögen beträgt 757 M., 500 M. in Obligationen und 257 M. bei der Sparkasse. Der Vorschlag für 1914 weist in Einnahme und Ausgabe je 1175 M. auf. Die Mitglieder der seitherigen Rechnungsprüfungskommission wurden wiedergewählt. Es wurde von verschiedenen Seiten klage geführt, daß eine Anzahl Bände aus der Richter-Bedachtnisstiftung zu Hamburg-Großhofstel zum Ausleihen nicht erscheinen. Geh. Konsistorialrat Eibach (Dohheim) empfahl eine Reihe von Büchern. Die Generalversammlung des Kreislesevereins wird am Sonntag, den 7. Juni, zu Nauort abgehalten werden.

— Die Reform-Kinosvorführungen, Schwalbacher Str. 57, haben für die nächsten Wochen eine Reihe sehr interessanter Programme vorgesehen. Diesen Freitag und Samstag sollen Bilder aus dem Insektenleben gezeigt werden. Es gibt wohl kaum ein Gebiet des Tierreichs, vor dem der Mensch mit so viel Bewunderung verweilen möchte. Wie erstaunlich sind die Verwandlungen, die diese kleinen Lebewesen durchmachen, von der Larve bis zum ausgewachsenen Tier. Die Entwicklung einer Wasserjungfer und das Leben eines Schmetterlings werden davon Proben geben. Nicht minder erstaunlich sind der Fleiß und die Genauigkeit, die viele Insekten auf ihren Nestbau verwenden, besonders wenn ein geordnetes Gemeinleben besteht, wie es unter anderen ja auch die Wespen führen, größere Bauten erforderlich machen. Aber nicht nur interessant ist das Leben der Insekten, der Mensch zieht unmittelbar Nutzen aus ihnen. Früher als bei uns wurde die Seide in Ästen gewonnen. So zeigt ein weiteres Bild die Seidenindustrie in Rambodsch. Schönheit und Eigenart der Insekten hat manchen veranlaßt, die bunten Färbeln zu sammeln. Jeder Junge weiß, wie man einen Schmetterling ausbreitet und den Flügel aufspannt. Schwieriger ist es, die Insekten im Übergangsstadium, als Raupen, aufzubewahren, und doch gehört auch dieses zu einer vollständigen Sammlung. So wird es wohl manchem einen erfindlichen Einfall gewähren, wenn ihm der Film zeigt, wie man eine Raupensammlung anlegt. — Solche Bilder einer fremden Welt dürften geeignet sein, einen regen Besuch der Vorführungen — auch von Erwachsenen — zu veranlassen, um so mehr, als ähnliche Bilder in den gewöhnlichen Kinos immer seltener und nur bruchstückweise gezeigt werden; und während sie dort zwischen den aufstrebenden Dramen untergehen, werden in den Reform-Kinosvorführungen die begleitenden Vorträge das Freige tun, um Einzelheiten und manchen Vorgang der Bilder dem Verständnis und damit einem bleibenden Genuß näherzubringen.

— Die Fleischer und ihre Kundschaft. In der letzten Generalversammlung der Fleischerinnung Wiesbaden wurde den fast allen Metzgermeistern lebhaft Klage darüber geführt, daß die Kundschaft ihre Fleischbestellung für Sonntags sehr oft erst am Sonntagmorgen kurz vor Ladenschluß aufgibt, so daß die Bestellung vielfach nicht ausgeführt werden kann. Soll die Bestellung aber ausgeführt werden und der Voté des Metzgers wird nur wenige Minuten nach der Ladenschließung auf der Straße von einem Polizeibeamten angegriffen, so erhält der Metzgermeister unweigerlich ein Strafmandat, dessen Höhe sich im Wiederholungsfall steigert, bei manchen sogar schon 75 M. ausgemacht hat. Da nun die Polizei die Verhängung von Haftstrafen bei wiederholter Nichtbeachtung der fleischbegütlichen Vorschriften angedroht hat, der Metzger also sozusagen mit einem Fuß im Gefängnis steht bei Ausführung von derartig spät aufgegebenen Bestellungen, soll die Kundschaft um möglichste Aufsezerung der Aufträge am Samstagabend erlucht werden, um auch andererseits nicht selbst einmal in die Verlegenheit zu geraten, am Sonntag seinen Worten auf dem Tische zu haben.

— Militärisches. Im Lauf der nächsten Woche werden eine Anzahl Reserveoffiziere unserer Achtziger, sowie Reserveoffiziere der anderen Infanterie-Regimenter des 18. Armee-Korps zu einer achtwöchigen Frühjahrsübung einberufen. Die erste Hälfte der Übung wird auf dem Truppenübungsplatz Griesheim bei Darmstadt, wo ein besonderer Offizier-Ausbildungslaufus eingerichtet ist, abgeleistet, für die zweite Hälfte der Übung werden die Offiziere ihren Regimentern überwiesen. — Um dieselbe Zeit werden auch im Bereich des Infanterie-Regimentes des 18. Armee-Korps, also auch bei unseren Achtzigern, die Offizier-Aspiranten zur Ableistung ihrer ersten Unteroffiziersübung einberufen. Auch diese werden den ersten Teil ihrer Übung auf dem Truppenübungsplatz bei

Darmstadt verbringen und nur die zweite Übungshälfte in ihren Garnisonen abseihen. Außer den Offizieren und Aspiranten werden auf dem Übungsplatz auch einige Kompagnien Quartier beziehen, so daß sich bereits jetzt dort ein lebhaftes militärisches Leben entwickeln dürfte.

— Ständchen. Prinzessin Elisabeth von Schaumburg-Lippe beging gestern ihr 78. Geburtsfest. Aus diesem Anlaß brachten ihr die Kapelle des heiligen Jüßler-Regiments v. Gersdorff (Kurfest.) Nr. 80 und das Trompeterkorps des Kaiserlichen Feldartillerie-Regiments Nr. 27 (Dranien) vor der Wohnung Nierbergstraße 13 ein Ständchen.

— **Schulnaarrichten.** Vom 1. April 1914 ab beträgt die Höchstzahl der Stunden, welche die hiesigen Lehrerinnen zu halten haben, 26 in der Woche, während seither die Lehrerinnen bis zu 28 Stunden verpflichtet waren. Diese Neuordnung hat für die meisten Lehrer eine Erhöhung der Stunden zur Folge, da bis jetzt keine Maßnahmen getroffen wurden, die ausfallenden Stunden anderweitig unterzubringen.

— Feuerbestattung. Im Monat Februar belief sich die Zahl der aus Wiesbaden Feuerbestatteten auf 24. Darunter waren 17 Bestattungen in Wiesbaden und 7 in Mainz. Die Zahl der Feuerbestatteten in Wiesbaden ist seither niemals größer gewesen. Es handelt sich bei ihnen durchweg um Einheimische, während unter den in Mainz Eingebäscherten 2 hier nicht heimatsberechtignte Personen waren.

— Die Bäderbahn. Vom 1. Mai ab werden die Bäderzüge Wiesbaden-Somburg-Rauheim und zurück wie folgt zu fahren: ab Wiesbaden: 9.00, 10.59, 2.57, 5.48, 9.25, 11.20, in Somburg: 10.04, 12.03, 3.55, 6.52, 10.30, 12.28, in Rauheim: 10.34, 12.36, 4.29, 11.03; ab Rauheim: 11.46, 1.03, 5.24, 6.32, ab Somburg: 7.32, 12.19, 1.49, 5.54, 7.06, 10.00, in Wiesbaden: 8.40, 1.20, 2.50, 6.52, 8.08, 11.06. Die Züge 10.59 ab Wiesbaden und 11.46 ab Rauheim führen durchgehende Wagen nach und von nach Rauheim und umgekehrt.

— Zweigleisig Höchst-Limburg. Während diese einseitige Nebenbahnstrecke seit längerer Zeit bis Niedernhausen zweigleisig ausgebaut ist, sind die Arbeiten am zweiten Geleise von da bis Eschhofen an der Bahn erst jetzt beendet worden. Die Schaffung des zweiten Geleises bot besonders im ersten Teil bis Niedernhausen stellenweise erhebliche Schwierigkeiten, da u. a. Fellsprengungen vorgenommen werden mußten, um den nötigen Bist für ein weiteres Geleise zu gewinnen. Zwischen Niedernhausen und Eschhofen waren besondere Schwierigkeiten nicht zu überwinden, so daß der Ausbau der Strecke schneller vorwärts ging. Die große Bedeutung der Umwandlung der Strecke Frankfurt-Limburg in eine Hauptbahn wird zum erstenmal im neuen Sommerfahrplan hervorgehoben, der nach ganz anderen Gesichtspunkten ausgearbeitet werden konnte, als dies bisher möglich war. Die Verbesserungen kommen der Gegend, dem goldenen Grund und den Gemeinden des Lorbacher Tals zugute, die jetzt gute Verbindungen mit Frankfurt und Wiesbaden erhalten; für die letzteren wird allerdings der alsbaldige zweigleisige Ausbau der Strecke Niedernhausen-Wiesbaden in absehbarer Zeit erforderlich werden.

— Gottesdienst für Taubstumme. Am Sonntag, den 8. März, wird in der Lutherkirche zu Wiesbaden ein evangelischer Gottesdienst mit Abendmahl für Taubstumme stattfinden. Der Gottesdienst beginnt um 2 Uhr.

— Das Wetter im Süden. Aus Repallo (Riviera Levante) schreibt ein Freund unseres Blattes: „Seit 18 Jahren in der ganzen Riviera keine so andauernd ungünstigen Witterungsverhältnisse wie seit Anfang dieses Jahres. Der Januar war abnorm kalt, einmal sogar hatten wir 8 Tage nördliche Schneelandschaft. Zwei Wochen hindurch hält der Himmel seine Schleusen offen. Es regnet täglich. Für Melon- und Kirschen- und Trauben- ist die Riviera daher zurzeit kein geeigneter Aufenbalt.“

— Städtische Holzversteigerungen. Am vergangenen Montag hat im Distrikt „Kohlhof“ die letzte der größeren Holzversteigerungen stattgefunden. Es wurden dabei Durchschnittspreise erzielt wie folgt: Für Buchenheißholz 20 M., für Buchenbengelholz 21 M. 50 Pf., für buchene Wellen 10 M. Durchweg waren bei der Versteigerung die Preise nicht unerheblich höher als in früheren Jahren. Das war in der Hauptsache der anhaltenden Kälte, bezw. dem dadurch bedingten größeren Heizbedürfnis zuzuschreiben. Der Gesamterlös aus den städtischen Holzversteigerungen dürfte sich auf mindestens 50 000 M. belaufen. Zieht man davon allerdings die Fällungskosten und die Kosten für die Unterfaltung der Waldwege ab, so dürfte sich eine äußerst knappe Verzinsung des in den städtischen Wäldungen angelegten Kapitals ergeben, eine Verzinsung, wie sie den privaten Grundbesitzer wohl kaum zufriedenstellen würde.

— Ein originelles Erlebnis hatte dieser Tage unser Landsmann, der Maler Ludwig Schölwein in München. Die mit vielen Angehörigen der „oberen Zehntausend“ in der Harstadt, so ist er auch mit dem Fürsten Webe dortselbst bekannt, und dieser meldete ihm kürzlich seinen Besuch an. Nicht wenig erstaunt, aber sollte der Künstler sein, als tags darauf der Fürst auf seinem Reitpferd die ziemlich steile Treppe zu seinem Atelier erklimmen und triumphierend in dasselbe eintritt. Natürlich mußte er auf demselben freilich etwas unsicheren Fuß auch das Künstlerheim wieder verlassen.

— Personal-Nachrichten. Dem Mittheilung des Krieger- und Militärvereins Bielefeld. Rechnungsrat Barten, ist dem Preussischen Landes-Kriegerverband für 50jährige Mitgliedschaft das Jubiläumsabzeichen mit der Zahl 50 verliehen worden.

Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultus
gemeinde. (Synagoge: Mischelsberg.) Gottesdienst in der
Danksynagoge: Freitag: abends 6.15 Uhr, Sabbat: morgens
9 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 7.05 Uhr. Kurmfeil
Donnerstag, den 12. März, Vorabend 6.15 Uhr Freitag,
Gottesdienst im Gemeindefest: Rochentag: morgens 7.15 Uhr,
abends 6.15 Uhr. Die Gemeindefesthalle ist geöffnet Sonntag-
vormittag von 11 bis 12 Uhr und Dienstagnachmittag von 6 bis
8 Uhr.

Alt-Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge
Friedrichstraße 33. Freitag; abends 6 Uhr. Sabbat; morgens
8.15 Uhr, Vorabend 10.30 Uhr. Juedengottesdienst; 2.15 Uhr,
mittwöchentlich 3 Uhr, abends 7.00 Uhr. Wochenfeier; morgens
7 Uhr, abends 5.45 Uhr. Kurzer Vorabend 6.15 Uhr, morgens
8.30 und 9.30 Uhr, abends 5.45 Uhr.

Talmud Thora-Verein Biesbaden, Nero-
straße 18, Sabbath-Gangang 5.45 Uhr, morgen 8.30 Uhr, Mißfah
9.30 Uhr, Mincha 5.45 Uhr, Ausgung 7.05 Uhr, Wochentags:
morgens 7 Uhr, Mincha und Schur 6 Uhr, Maarif 7.05 Uhr.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Der Verein der Handelsagenten Wiesbaden G. V. hält am nächsten Samstag, den 7. März, in seinem Vereinslokal „Wiesbadener Hof“ seine Monatsversammlung ab, in welcher die wichtigen Fragen behandelt

werden: „Dann ist Zahlungsunfähigkeit eingetreten!“ und „Kauf der mittellose Käufer keine Zahlungsunfähigkeit offenbaren?“ Des weiteren kommen die Hausaufsätze bei den „Sachverständigen“ zur Sprache. Der Syndikus des Vereins, Rechtsanwalt Dr. jur. R. Rüd., wird an den Verhandlungen teilnehmen. Gäste können eingeführt werden.

* Über das Thema „Deutschland und Großbritannien im Weltkrieg“ spricht am Dienstag, abends 8 Uhr, in der Aula der Gewerbeschule auf Einladung des hiesigen „Gewerbevereins“ Dr. h. Gehhardt, Dozent der Staatswissenschaften an Breslau. Zu dem Vortrage haben die Mitglieder unentgeltlich Zutritt.

* Im Verein Wiesbadener Presse, E. W., konnte in der Hauptversammlung, die unter Leitung des ersten Vorsitzenden Schriftsteller Wilhelm Jacoby im Musikzimmer des Wiesbadener Hof- stattfand, bei der Eröffnung des Jahresberichts festgesetzt werden, daß der Verein im abgelaufenen Jahre die Ständes- und Berufsinteressen seiner Mitglieder gewahrt und alle die Presse und ihre Angehörigen berührenden Fragen aufmerksam verfolgt hat. Der Verein ist dem Reichsverband der deutschen Kreise angegeschlossen, der sich trotz seines erst einige Jahre zählenden Bestehens wiederholt als die berufene Organisation der reichsdeutschen Presse Geltung und Gehör verschafft hat. Der „E. W. P.“ zählt jetzt 40 Mitglieder. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Schriftsteller W. Jacoby, 2. Vorsitzender Redakteur Jul. Etienne („Abendpost.“), 1. Schriftführer Redakteur Fritz Gumbel („Wiesb. Tagbl.“), 2. Schriftführer Redakteur Paul Jorisch („Wiesb. Tagespost“), Kassierer Redakteur C. Loscher („Wiesb. Tagbl.“), Beisitzer: Redakteur T. Diegel („Wiesb. Blg.“), Redakteur W. Müller-Waldenburg („Frankf. Blg.“), J. Kohnstein und Schriftsteller M. W. Soppa. Zu Rechnungsprüfern wurden die Herren Redakteur Ph. Dembach („Dob. Blg.“) und Verlagsdirektor Knefling wiedergewählt.

* Der Wiesbadener Beamtenverein hielt am 8. d. in der Wartburg seine Hauptversammlung ab. Jahres- und Taschenbericht zeigten ein erfreuliches Bild. Die Zahl der bisherigen Mitglieder ist im Vereinsjahr 1913 von 1675 auf 1714 gestiegen. Obgleich der Abgang durch Tod, Austritt, Beurlaubung und Veretzung 185 betrug, so ist die Mitgliederzahl dennoch um 41 gewachsen. An auswärtigen Mitgliedern gabte der Verein am Jahreschluss 229, so doch sich die Gesamtmitgliederzahl auf 1936 belief. Das Vereinsvermögen betrug zum 31. 12. 1913 99.498 M., gegen 4578 M. im Vorjahr, das der Unterstützungskasse 4650 M., an acht Witwen von früheren Vereinsmitgliedern wurden 890 M. Unterhaltungen gezahlt. Die Beträge schwankten zwischen 30 und 50 M. Auch die Sterbekasse des Vereins hat wieder recht günstig abgeschlossen. Die Zahl der Mitglieder betrug 722, die der Witwen 169. Die Unterstützungssumme ist auf 412.800 M. angewachsen; es wurden 103.050 M. Sterbegelder ausbezahlt; das Vermögen der Kasse beträgt 123.000 M., die Prämienreserve 107.675 M. und der Sicherheitsfonds 24.415 M. Nach Entlassung des Vorstandes durch die Rechnungsprüfung wurde die Ergänzungswahl des Vorstandes vorgenommen. Es hatten kassengemäß auszuscheiden der 1. Vorsitzende, Regierungsbauhilfskassenleiter Sattenfeld, der Kassenhilfsführer, Rechnungsrat Dittler, und ein Beisitzer, Rentmeister a. D. Bick. Sämtliche Herren wurden nahezu einstimmig wiedergewählt. Der Verein kann also auch diesmal wieder mit Befriedigung auf das abgelaufene Vereinsjahr zurückblicken.

Aus dem Landkreise Wiesbaden.

wc. Diebstahl, 5. März. Gestern nachmittags trieb hier eine Rote junger Burschen welche von der Musterung kamen, ihre Livreeen. Sie bemächtigten sich eines ohne Führer am Rhein stehenden Fuhrwerks, rasteten damit auf der Straße umher und verschütteten es fort. Darauf griffen sie den verzweifelnden Fuhrmann an, so daß dieser polizeiliche Hülfe in Anspruch nehmen mußte. Mehreren Schutzeuten gelang es dann endlich den Anführer der 12- bis 16köpfigen Bande, nachdem dieselben auch noch die Beamtin angegriffen hatte, festzunehmen und dem Polizeigefängnis zu überführen. — Der Landwirtschaftliche Konsumverein Dieblich feierte am 4. März sein 30-jähriges Bestehen. Der Umsatz des Vereins ist im Laufe der Zeit auf 83,000 M. gestiegen. In den letzten Jahren war es dem Verein möglich, sich Dingerströmaschinen, Drillmaschinen und Walzen zuzulegen. — Der Reedereibesitzer August Waldmann wurde in der am 26. Febr. abgehaltenen Hauptversammlung des Zentralverbandes für deutsche Binnen-Schifffahrt zum Mitglied des großen Ausschusses gewählt. — Heute nacht ist hier der frühere langjährige Stabsbeamte Wilh. Reichenbach im Alter von 76

h. Hülshelm, 5 Märg. Aus Anlaß der Neuverpachtung der Gemeindefischgründe der Pächter Carl Opel (Hülshelm) der Gemeindefische 3000 M.

Nassauische Nachrichten.

m. Von der Zahn, 4. März. Um den Nachweis der Schiffbarkeit der Zahn zu erbringen, soll ein neuerbautes Schiff während etwa 20 Monaten Probefahrten unternehmen. Zu diesem Zweck mußte erst ein Schiff, den Verhältnissen der Zahn angepaßt ist, gebaut werden, und zwar mußte vor allen Dingen auf die bereits bestehenden Betriebe Rücksicht genommen werden. So z. B. auf die alte Schleuse bei Ems, die für die Länge des Schiffs bestimmend war. Eigentlich konnte das Fahrzeug 45 Meter lang werden, jedoch ist es mit Rücksicht auf die Schleuse nur 42 Meter lang geworden. Die Breite des Schiffs wurde mit 5,20 Meter und die Höhe mit 2,20 Meter auszuführen. Für die Höhe war die Eisenbahnbrücke bei Weßlar mit einer Höhe von 2,80 Meter bestimmend. Der Tiefgang des 4000 Zentner fassenden Schiffs beträgt 1,50 Meter. Der Motor des Fahrzeuges entwickelt 50 ind. PS. Die Kosten betragen rund 83 000 M. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat 7000 M. und der Zahnkanalverein 1000 M. hierzu bewilligt. Nach Beendigung der Probefahrten soll das Fahrzeug zwischen Duisburg und Frankfurt benutzt werden. Zu diesem Zweck wird es in der Mitte auseinandergenommen und um etwa 18 Meter vergrößert werden.

= Dillenburg, 4. März. Die Stadtverordneten beschließen die Herstellung eines Entwässerungskanal in der Moosstraße. In dem südlichen Volksschulgebäude wird ein Raum als Herberge für die Wandervogelbewegung zur Verfügung gestellt. Die Stadt tritt dem Kassauischen Verkehrsverband als Mitglied bei. Eine Veräußerung der sechs Denkmäler der Stadt wurde abgelehnt. Für eine zu gründende Sanitätskolonne wurden die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Durch fortgesetzte Weigerung der Marktstraßengehörer zur Beseitigung ihrer in die Straßenflucht fallenden Treppen wird das Verwaltungsverfahren erneut aufgenommen werden. Das schon früher anhängig gemachte Verfahren war vor einigen Jahren wegen eines Formfehlers abgelehnt worden. Auf den Ausgang dieses auch für andere Städte wichtigen Rechtsstreits darf man gespannt sein.

Aus der Umgebung.

Die Stadt Mainz als Kaufmann.
= Mainz, 4. März. In eingehender Weise beschäftigte sich heute Beigeordneter Dr. Büncker mit der Presse, indem er seine Aufmerksamkeit der hiesigen „Volkshaltung“ und dem „Wiesbadener Tagblatt“ zuwendete. Die Begrüßung auf dieser Exkursion war der Artikel „Die Stadt Mainz als Kaufmann“, den das „Wiesbadener Tagblatt“ in Nr. 19 abgedruckt hatte. In dem betreffenden Artikel war festgestellt worden, daß die Stadt Mainz einer Volksvertretung, gleich anderen Städten, angehöre, daß Mainz größere Mengen minderwertigen Stoffs ge-

kaufte und als Mainzer Produkt verkauft habe, deshalb sei die Stadt zum Schadenersatz herangezogen worden usw. Herr Dr. Ragenstuber, der den Artikel des „Wiesbadener Tagblatt“ vom 1. März, interpellierte wegen der falschen Angabe, dass Herr Dr. Ragenstuber in längerer Ausfuhrung erwiderte. Der angekaufte Kots sei niemals nach außen verkauft worden; was die Entschädigungen anbelange, so sei nur in sechs Fällen reklamiert worden und in einem Falle habe man die Schadenersatzansprüche bewilligt. Er empfahl der Berichterstatter, sich bei der Bürgermeisterei zu erkundigen, die Kots gerne auskunft gäbe. Derartige Notizen schädigen Mainz, ein Einwohner Wiesbadens habe sogar auf Grund der Veröffentlichungen im „Wiesbadener Tagblatt“ bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen die Bürgermeisterei gestellt. Was den Wunsch anbelangt, die Presse möge Entschuldigungen bei der Bürgermeisterei vor Veröffentlichung einziehen, so hat dies die hiesige „Volkszeitung“ getan. Die Auskunft, die dieses Blatt in Nr. 48 vom 28. Februar veröffentlichte, lautet: „Die Bürgermeisterei, bei der wir Entschuldigungen einzuholen, gibt zu, daß sie fast jedes Jahr ungefähr 100 bis 120 Waggons Kots von auswärtigen Käufern abgibt. Berechnete Angaben über die Qualität seien vorzulegen, aber durch Vereinbarungen seien die Abnehmer aufrechterhalten worden. Der Kots sei infolge des neuen Düngemittels etwas frischer, aber qualitativ nicht schlechter als der frühere Kots. Während viele Abnehmer den neuen Kots gern kauften, hätten sich andere noch nicht an die Eigenschaften des neuen Produkts gewöhnt. Hierzu bemerkt die Volkszeitung: „Unter Gewährsmann hält demgegenüber seine Angaben aufrecht, daß 600 Waggons minderwertiger Kots vom Mainzer Gaswerk aufgekauft und als guter Mainzer Kots weiterverkauft worden ist.“ Ob dadurch die Angelegenheit in einem anderen Lichte erscheint, können die Leser unschwer beurteilen.

Am Milchpreis.

FC. Frankfurt a. M., 5. März. Die vereinigten Landwirte von Frankfurt a. M. und Umgegend teilen mit, daß die Milchhändler unablässig und mit Überlegung bemüht sind, den Einkaufspreis der Milch zu drücken. Im vorigen Jahre ist es ihnen gelungen, den Preis von 18 Pf. pro Liter, wie er 1911 festgesetzt wurde, auf 17 Pf. herabzusetzen. Zurzeit sind die Milchhändler besonders in den Kreisen Frankfurt a. M., Hanau, Gelnhausen, Wiesbaden-Land, Oberloun, Friedberg und Offenbach an der Arbeit, eine weitere Herabminderung auf 16 Pf. und noch darunter herbeizuführen. Dabei bleibt der Verkaufspreis von 24 Pf. pro Liter an die Konsumenten bestehen. Der Konsument glaubt, der Landwirt sei der Verlierer! Die Vereinigten richten deshalb an die Landwirte die Mahnung, nicht nachzugeben und nicht unter 17 Pf. zu verkaufen. Wenn keiner nachgibt, dann können sich die Milchhändler ihre Milch aus Dänemark holen.

Dieburg, 5. März. Es sei nochmals auf den am nächsten Sonntag, den 8. März, stattfindenden Telefontag des Gesangsvereins „Sängerlust“ aufmerksam gemacht. Derselbe wird nachmittags um 2 Uhr im Saalbau des „Mainzer Hof“ abgehalten.

Gerichtssaal.

6. Totschlag. Mainz, 4. März. Vor dem Schwurgericht wurde in zweitägiger Verhandlung die Totschlagaffäre von Spiesheim (Reinholden) verhandelt. In der Nacht des 28. Dezember hatte im Hofe einer Wirtschaft dortselbst eine Anzahl Aderburschen Streit bekommen, in welchem sich besonders die Gebrüder Seifinger, die als Kollage bekannt sind, hervortaten. Als der Aderbursche Rüdiger Ernst Diefenthaler hingekam und fragte, was denn eigentlich los sei, wurde er von dem Wilhelm Seifinger sofort an der Brust gepackt, während dessen Bruder, der Aderbursche Friedrich Karl Seifinger, dem Diefenthaler zwei mächtige Messerstiche in die Brust versetzte. Diefenthaler stürzte zu Boden und blieb auf der Stelle tot. Die beiden Brüder wurden noch in der Nacht verhaftet und sitzen seit dieser Zeit in Untersuchungshaft. Die Geschworenen nahmen bei dem Friedrich Karl S. nur Körperverletzung mit tödlichem Erfolgs an, während sie die Schuldfrage bei dessen Bruder Wilhelm S. an 3/4 Jahren Gefängnis, sein Bruder wurde freigesprochen.

h. Das „Berliner Tageblatt“ gegen die „Deutsch-Sozialen Wälder“. Berlin, 5. März. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte über eine Privatbeleidigungsklage, die der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ Dr. Theodor Wolff gegen den Redakteur der „Deutsch-Sozialen Wälder“ A. Bucher angestrengt hatte. Veranlassung zu der Klage hatte ein Artikel der „Deutsch-Sozialen Wälder“, „Agrarische Zustände“, gegeben, in dem das „Berliner Tageblatt“ der „berufsmäßigen Schabrackenerei“ beschuldigt wurde. In der Verhandlung hielt der Beklagte den Vorwurf der berufsständigen Schabrackenerei aufrecht. Der Angeklagte wollte diese seine Behauptung durch einige Artikel des „Berliner Tageblatts“ stützen, die sich mit dem Reichstagsabgeordneten Bruhn und dem früheren Abgeordneten Schaback befaßten. Der Vertreter des Klägers verwarf sich entschieden dagegen, daß der Beklagte behauptet, das „Berliner Tageblatt“ verleihe die Interessen des Judentums. Der Vertreter des Beklagten bestritt die Affirmation des Privatklägers, der in seiner Stellung als Chefredakteur kein Recht habe, Strafandrohung zu stellen. Er erinnerte an die Artikel des „Berliner Tageblatts“ während des Leipziger Turnfestes und an den respektvollen Artikel gegen den König von Sachsen während der Völkerschlagfeier. Das Gericht verurteilte den Beklagten zu 200 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten. Ferner wird dem Privatkläger das Recht zugesprochen, den Postant des Urteils innerhalb 4 Wochen nach Rechtskraft in der „Deutsch-Sozialen Wälder“ und den „Deutsch-Sozialen Wäldern“ zu veröffentlichen.

Sport und Spiel.

Pferderennen.

* Autenil, 5. März. Prix Totentin. 3000 Franken. 1. Gh. Prospektus Ondre 2 (J. Williams), 2. Brididi 2, 3. Irmino. 25:10; 13, 16. — Prix Hypothèque. 6000 Franken. 1. M. Descazeaux, 2. La Topaze, 3. Serpenteau. 52:10; 19, 11:10. — Prix Emilius. 10 000 Franken. 1. P. Aronnes Hochton (Bates), 2. La Canche, 3. Rapo. 31:10; 14, 17:10. — Prix Chimère. 4000 Franken. 1. M. Descazeaux, 2. Vadelette 2 (Chapman), 3. Continental, 3. Le Tremblay. 35:10; 22, 39:10. — Prix Persano. 4000 Franken. 1. M. Sol. Joels Prince de Normandie (Poters), 2. Moonshine, 3. Ramage. 27:10; 22, 22:10. — Prix de Suzannes. 4000 Franken. 1. Comte de la Herminette (Humbauer), 2. Rectar 3, 3. La Bille. 00:10; 21, 13:10.

* Turnverein Wiesbaden. Die in der deutschen Turnerschaft fortschreitende Entwicklung des Spiel- und Sportbetriebs, die zur Steigerung der Leistungsfähigkeit eine Zusammenfassung der einzelnen Kräfte fördert, ist auch vom hiesigen Turnverein, Hellmuthstraße 25, im letzten Jahre tatkräftig unterstützt worden. So zeigt denn die Sport- und Spielabteilung des Turnvereins im Jahre 1913 unter der Leitung des Spielleiters Herrn Emil Kleinert eine ruhige Weiterentwicklung. In den Abendspielen wurde wie alljährlich der städtische Spielplatz „Unter den Eichen“ benutzt, wo die Spiele Montags, Donnerstags, abends von 6 Uhr ab,

und Sonntags, morgens von 7 Uhr ab, stattfinden. Gefeiert wurden vornehmlich unsere deutschen Spiele: Faust-, Tamburin- und Schlag- und Schleuderball. Gefeiert wurde an 129 Spieltagen mit einer Beteiligung von 4041 Spielern und 451 Spielerinnen gegen 1912: 2330 zu 552. Wettspiele wurden 156 (108) ausgetragen, und zwar Faustball 75, gewonnen 88, verloren 12, Tamburinball 5, gewonnen 4, verloren 1, Schlagball 10, gewonnen 11, verloren 5, Schleuderball 2, gewonnen 1, verloren 1. Ferner gewann die erste und zweite Faustballmannschaft die Bezirksmeisterschaft. Besonders lebhafte Tätigkeit entfaltete die Schlagballabteilung unter der Leitung des Lehrers Maurer, die gegen die Turngemeinde Schierstein die Bezirksmeisterschaft gewann. Erfreuliche Fortschritte waren auch im Fußballspiel zu verzeichnen. Durch die Vereinigung des Wiesbadener Fußballvereins mit dem Turnverein gewann die Fußballabteilung sehr an Spielfähigkeit. Ausgetragen wurden 88 Fußballwettspiele, bei den Verbandsspielen waren die Mannschaften der A-Klasse des Süddeutschen Fußballverbands zugeteilt.

* Die Sportvereinsung Eod unternimmt am kommenden Sonntag, den 8. März, ihre erste diesjährige Hauptversammlung mit Damen nach Weiden. Abmarsch morgens 7 Uhr vom Sedanplatz. Die Tour führt über die Platte, Trompeter nach der hohen Kugel (Aussichtsturm). Der Frühstückstisch. Weitermarsch gegen 10 Uhr durch das Wörsbachtal nach Weiden. Unter Weiden Abfaden am Hofsbach. Aufenthalt 1 1/2 Stunden. Abmarsch ca. 1 1/2 Uhr über Langbach durch das schöne Dörsbachtal nach Oberfeesbach. Von hier in 45 Minuten nach Niederbarnsen. Gemütliches Beisammensein im Gasthof am Bahnhof. Rückfahrt gegen 7 Uhr.

sr. Das internationale Lawn-Tennisturnier in Monte Carlo, das infolge Regenwetters mehrere Tage unterbrochen werden mußte, geht nun seinem Abschluß entgegen. In der Meisterschaft im Herren-Einzel-Spiel wurden die Vorschläger erlebt: A. J. Biding siegte mit 6:4, 6:4, 6:2 über R. Kleinbrock, während J. G. Lobe den Franzosen Poullin mit 7:9, 6:3, 6:3, 6:2 abfertigen konnte. In der Damen-Meisterschaft stehen sich in der Schlussrunde Mrs. Lambert-Chambers und Mrs. G. Ryan gegenüber, die Mrs. Tripp 6:2, 6:4 schlagen konnte. In der Meisterschaft im Herren-Doppelspiel siegte Biding-Craig-Biddle mit 6:4, 5:7, 6:3 über Decugis-Graf Salm. J. G. Lobe-Wallis Myers siegten mit 6:1, 6:2 über die Gebrüder Allen und mit 6:0, 6:2 über Willis-Riselen. In der Meisterschaft im gemischten Doppelspiel siegten Mrs. Ryan-Decugis mit 6:3, 6:2 über Mrs. Lambert-Chambers-Biding, nachdem sie vorher schon mit 6:2, 6:2 Mrs. Ward-Albrecht geschlagen hatten. Ferner siegte Mrs. Jönar-Graf Salm mit 6:4, 6:4 über das französische Paar Mlle. Benglen-Vonin und Mrs. Waller-S. Kleinbrock mit 6:3, 6:3 über Mrs. Stuart-Gouldsborough.

sr. Sechs Herausforderungen um den Davis-Pokal. Der Weltbeschluss für die Kämpfe um den Davis-Pokal hat ein so glänzendes Resultat ergeben, wie nie zuvor. Für die internationalen Tenniskämpfe haben nämlich nicht weniger als sechs Nationen den Pokalverteidiger Amerika herausgefordert, und zwar Deutschland, England, Australien, Frankreich, Belgien und Kanada. In der ersten Runde spielt zunächst Kanada gegen Australien und England gegen Belgien. Die Sieger dieser Runde treten gegen Deutschland resp. Frankreich an.

Neues aus aller Welt.

Wise Tage für die Wälder, Wallis, 5. März. An zwei Tagen gab es nicht weniger als sieben Betriebsstörungen, inwieweit die bereits gemeldete, wobei ein Herr aus Lugern den Tod fand. Sonntagsnachmittag verbrannte bei einem Personenzug eine Lokomotive bei Reichenbach. Montag verbrannte eine Lokomotive bei der Abfahrt in Frutigen. Ein Transformator war schon vorher verbrannt, nun verbrannte auch der zweite, so daß die Maschine betriebsunfähig ist. — Der Dampfmaschinenpfeifer aus Kassel, der bei den Probefahrten gut funktioniert hat, verlor im Unfall tödlich. Der Herr Mann mußte an seiner Stelle zwischen Manderberg und dem Tunnel Sämele schaukeln. Ferner fällt auf der Station Loden ein großer Holzblock auf Geleise und bringt drei Wagen zum Entgleisen. Das ist viel Unheil innerhalb zwei Tagen.

Beim Fischen ertrunken. Minden, 4. März. Der Sergeant Hornist Ridenberg vom hiesigen Bionierbataillon Nr. 10 ist gestern abend beim Fischen in der Weser ertrunken. Er fuhr mit einem Schlauchmeister beim Fischen den Fluß abwärts. Dabei ließ das Boot wegen ein Schiff und lenkte. Ridenberg stürzte ins Wasser und ging sofort unter. Sein Begleiter konnte noch im letzten Augenblick die Ankerkette des Schiffes ergreifen und wurde gerettet. Die Leiche des Ertrunkenen ist noch nicht geborgen.

Rangiererschlag. Kallstedde, 5. März. Ein tragisches Geschehnis hat die Familie Reumann betroffen. Zwei ihrer Söhne sind bereits im Dienste der Eisenbahn ums Leben gekommen. Gestern nun geriet der dritte, der Rangierer Reumann, zwischen die Räder zweier Züge und wurde erdrückt.

Verhaftung eines Wälderhändlers. Kattowitz, 5. März. In Sosnowitz wurde ein Wälderhändler verhaftet, dessen angebliche Frau sich als Kupplerin entpuppte, die gewerbsmäßig Mädchen über die Grenze verschleppte.

Die hiesige Pest in Petersburg. Petersburg, 5. März. Amlich werden die Pestmedien, daß in Petersburg die hiesige Pest aufgetreten sei, bekämpft. Eine Anzahl weiterer Mordfälle sind an der Seuche zugrunde gegangen. Die Pest ist mit Fräutermitteln aus den Gegenden, wo die Seuche herrscht, eingeschleppt worden.

Opfer eines Altvaters. Paris, 5. März. In einem Gold in Bezier wurde in der vergangenen Nacht die Leiche des Eukarenleutnants Maribat aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß er sich in Gesellschaft zweier Soldatinnen mit Altvater befaßt und eine zu starke Dosis zu sich genommen hatte.

Deutscher Reichstag.

Postdebatten. — Erneute Ablehnung der Ostmarkenzulage.

S. Berlin, 5. März. (Eig. Drahtbericht) Herr Kraetke, der am Mittwochabend bei der neuen Auflösung der Zubernaffäre von der linken Seite überliefert worden war und dem Insturm so hilflos gegenübergestellt hatte, war heute wieder munter und guter Dinge. Leider holte er sich bald eine zweite empfindliche Niederlage. Die Ostmarkenzulage wurde in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 127 Stimmen bei zwei Enthaltungen abermals abgelehnt. Ebenso in einer zweiten namentlichen Abstimmung die konservative Resolution auf Gewährung von Zulagen für alle gemischtsprachigen Gebiete. Bei beiden Anträgen setzte sich die Minderheit aus den Konservativen, den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei zusammen. Wie die beiden anderen Fraktionen, so stimmte auch die Volkspartei, deren Standpunkt der Abgeordnete Kopisch auseinandergesetzt hatte, geschlossen. Ein einziger Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung.

Im übrigen war die Debatte über die Ostmarkenzulage so lang, wie sie überflüssig war. Freund und Feind wußten nichts anderes zu sagen, als im Vorjahre, und auch der Staatssekretär, der zweimal in die Debatte eingriff, führte keine neuen Gründe an. Herr Ledebour holte sich zwei Ordnungsrufe, weil er absolut in den Ostmarkenzulagen eine politische Entäußerung und somit den Ausfluß „infamen Korruptionssystems“ sehen wollte und sich davon auch durch alle Ermahnungen des amtierenden Vizepräsidenten nicht abbringen ließ.

Vor einem Barriere von Sachverständigen und Interessenten — es waren freilich noch nicht 20 Herren —, setzte man die zweite Beratung des Postetats fort. Der Abgeordnete Behrens beklagte, daß die Postkranken die Familienhilfe aufgehoben haben und verlangte, daß falls kein Geld dafür vorhanden sei, sollte man den Betrag vom Gehalt des Staatssekretärs abziehen. Andere Redner kritisierten den Fernsprechverkehr namentlich auf den Hauptlinien, wieder andere die Lage der Telegraphenarbeiter. So qualte man sich langsam durch den Rest des Postetats. Mit knapper Not konnte er verabschiedet werden.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 5. März.

Am Bundesratsitz: die Staatssekretäre Kraetke und Kühn.

Präsident Dr. Raempf eröffnet die Sitzung um 1,20 Uhr. Eingegangen ist eine Novelle zur Gewerbeordnung (Kinematographengesetz).

Die zweite Beratung zum

Postetat

wird fortgesetzt.

Abg. Werner-Hersfeld (Wirtsch. Vgg.): Die mittleren Beamten im Dienste des Reichspostamts fühlen sich dadurch benachteiligt, daß sie, trotzdem sie hervorragende Dienste zu leisten haben, nicht die entsprechende Stellung finden. Die berechnete Förderung dieser Beamtenkategorie sollte schnellstmöglich erfüllt werden.

Eine Reihe von Titeln wird ohne Debatte erledigt. — Beim Titel „Postagenten“ tritt

Abg. Werner-Hersfeld (Wirtsch. Vgg.) nochmals für die Verrückung der Postagenten ein, die für das platte Land von außerordentlicher Wichtigkeit seien und deren Dienstbetrieb einen Umfang angenommen hätte, daß er nicht mehr als nebenamtlich bezeichnet werden könne.

Abg. Dr. Raumann-Hofer (Wirtsch. Vgg.): Beschwerden sind aus verschiedenen Orten eingelaufen, wo es mehrere Kaufleute gibt. Es ist vielfach vermutet worden, daß

die Postagenten ihre Stelle dazu benutzen, um die Geheimnisse seines Konkurrenten zu erforschen.

Gerade aus meinem Wahlkreise sind solche Beschwerden laut geworden. Bei Vergebung der Postagentenstellen sollte die Postbehörde darauf Rücksicht nehmen.

Staatssekretär Kraetke: Für die Postagenten werden alljährlich hohe Summen eingesetzt, in diesem Jahre wiederum 273 000 M. Bei der Auswahl neuer Agenten treten wir mit dem Gemeindevorstand in Verbindung, ob von dieser Seite Einwendungen gegen die betreffende Person erhoben werden. Die Agenten sehen sich aus allen Ständen zusammen. Daß in einzelnen Fällen unerfreuliche Zustände bestehen, kann nicht bestritten werden, aber es handelt sich immer nur um Einzelfälle.

Der Titel wird bewilligt.

Zwei von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolutionen, betreffend Erhöhung der Tagelöhner der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenassistenten sowie der weiblichen Gehilfen bei den Postämtern dritter Klasse, sowie betreffend Maßnahmen über Beförderung und zweckmäßige Ausgestaltung der Postkrankenstellen, werden angenommen.

Es folgt die Aussprache über die

Ostmarkenzulage.

Staatssekretär Kraetke: Diese Zulage ist für die betreffenden Beamten von größter Wichtigkeit. Es handelt sich um 6050 Beamte, denen die Zulage, die sie jahrelang bezogen haben, entzogen werden soll. Das sind 10 Prozent ihres Einkommens.

Die Gehaltsaufbesserung der mittleren und unteren Beamten steht in keinem Verhältnis zu der ihnen entgehenden Zulage.

Würde es sich um eine Neueinführung handeln, so wäre ein Widerspruch zu verstehen. Niemand — auch nicht die polnischen Abgeordneten — kann nachweisen, daß die Beamten forumpiert seien. Die Reichsbeamten sollen den preussischen Beamten gleichgestellt werden. Ich bitte Sie, nicht auf dem absehnenden Standpunkt zu beharren, sondern von der Streichung abzugehen. (Beifall.)

Abg. Schlee (nat.): Es ist nicht richtig, daß die Ostmarkenzulage politische Tendenzen verfolgt und antipolnischen und antikatolischen Zwecken dienen soll. (Widerspruch.) Wir Deutsche im Osten sind nicht kulturkampfesüchtig. (Sehr richtig! Bei den Nationalliberalen; Lachen im Zentrum und bei den Polen.) Wir wollen nur einen Zusammenschluß der deutschen Elemente des Ostens. Wir beantragen, diese Zulage als eine unwiderrufliche zu erteilen, damit alle Willkür bei Erteilung oder Entziehung der Zulage ausgeschlossen ist und daß lediglich ein Ausgleich gegenüber den Gehältern der preussischen Beamten festgestellt wird. Die Beschwerden, die hier vorgetragen wurden über Verfehlungen von Postbeamten im Osten, sind gering und völlig unabhängig von der Zulage. Wir sind auch für den Antrag der Konservativen, diese Zulage auf alle gemischtsprachigen Gegenden auszuweihen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Roske (Sog.): Es ist absolut unrichtig, daß es sich um eine Zulage für wirtschaftlich bedrängte Beamten handelt. Es ist nichts als eine politische Frage. Der Appell an uns, daß es sich um kleine und mittlere Beamten handelt, zieht nicht. Daß der Staatssekretär aus Fürsorge oder Vorliebe zu seinen Beamten die Zulage verlangt, ist nach den Ereignissen der letzten Tage, in denen er die Beamten in einer anderen Grenzprovinz nach unserer Übergangung im Stich gelassen hat, nicht anzunehmen. Die Beratung der Besoldungsnovelle wird zeigen, daß wir geneigt sind, für die Beamten genügend zu sorgen. Wir sind grundsätzlich Gegner

der Kampfmethode Preußens gegen die polnischen Mitbürger und lehnen deshalb die Zulage ab. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (konf.): Wir müssen die schweren Schädigungen der Beamten im Osten wieder gut machen. Die Reichsbeamten dürfen nicht für Beamte mittlerer Güte angesehen werden. (Sehr richtig! rechts.) Mit der Beamtenfreundlichkeit, bezw. dem Wettlauf der Parteien um die Gunst der Beamten ist die Haltung des Reichstags nicht zu vereinbaren. An sich sind die Zulagen begründet, sie sollten einen Ausgleich bilden für die Schwierigkeiten der amtlichen Stellung in den Ostmarken. Die Bevölkerung im Osten spricht zwei Sprachen, und dadurch entstehen für die Postbeamten naturgemäß Erschwernungen. Ganz falsch ist aber der Vorwurf, als würde die Ostmarkenzulage dazu dienen, um einzelne politische Zwecke zu verfolgen. Daß es sich um eine Korruptionszulage handelt, ist erfreulicherweise in diesem Jahre nicht behauptet worden. Die die Zulage ablehnenden Parteien tun dies nur aus politischen Gründen, um gegen die Ostmarkenpolitik Preußens zu protestieren. Die Ostmarkenzulage hat einen nationalen Zweck (Sehr gut! bei den Konservativen; Heiterkeit bei den Polen), für den allerdings die Sozialdemokraten und Polen kein Verständnis haben wollen. Mit unserem Antrag, auch in den übrigen gemischtsprachigen Gegenden die Zulage zu gewähren, wollen wir denjenigen, die in der Zulage eine politische Agitation sehen, die Hand bieten, mit uns zusammen zu stimmen. (Lebhafter Beifall auf der Rechten; Zischen bei den Polen; wiederholter Beifall rechts.)

Abg. Kopsch (Spt.): Wir treten für die Ostmarkenzulage ein, da sie keinen korruptiven Charakter hat. Jegendwelche Gegenbeweise sind nicht erbracht worden.

Der Unterschied zwischen Reichs- und preussischen Beamten darf nicht weiter im Osten verstärkt werden.

Darüber hinaus werden indirekt weitere Kreise des Mittelstandes geschädigt. Die Parteien, die bisher gegen die Zulagen waren, mögen durch ihre Zustimmung bekunden, daß sie gewillt sind, die politischen Gegensätze zu beseitigen und zu verhindern, daß die Beamten in den politischen Kampf hineingezogen werden. Wir hoffen, daß durch die Zulage ein Grundstein gelegt wird zur Versöhnung. (Beifall links.)

Abg. Mertin (Spt.): Unsere Resolution will die Zulage auf alle gemischtsprachigen Gegenden ausgedehnt wissen. Wir wollen nicht Gnadengeschenke für die Beamten, sondern Gerechtigkeit.

Abg. Ledebour (Sog.): Was Sie hier national nennen, ist die Germanisationspolitik der Regierung, die lediglich zu einer leidenschaftlichen Erbitterung zwischen Polen und Deutschen führt.

Es kann nicht bestritten werden, daß in dieser Zulage die schlimmste Korruption liegt.

(Vizepräsident Dr. Baasche: Ich muß Sie doch bitten, solche Ausdrücke zu unterlassen, und rufe Sie zur Ordnung! — Bravo!) In Elb-Lothringen (Vizepräsident Dr. Baasche bittet, auf dieses Thema nicht einzugehen.) — es ist aber eine Parallele durchaus zulässig, um einen Differenzpunkt aufzuheben, der zur Debatte steht. (Vizepräsident Dr. Baasche: Dann aber nur ganz kurz.) Das entspricht durchaus meinen Intentionen. (Heiterkeit.) Der Staatssekretär hat seine Beamten in Elb-Lothringen gegen ehrenrührige Vorwürfe nicht in Schutz genommen. Da ist es erklärlich, wenn es Elemente gibt, die sich sagen, wir müssen gegen diese verdammten Waden einmal gehörig die rauhe Seite herauskehren, dann werden wir uns den Gefallen des Staatssekretärs erwerben. Das ist eine Illustration zu dem korrumpierenden System, das bei uns herrscht. (Beifall bei den Sog. — Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Redner wegen des letzten Ausdrucks abermals zur Ordnung.)

Staatssekretär Kraetke: Es handelt sich bei der Zulage nicht um irgendwelche politische Fragen, sondern lediglich darum, ob den Beamten der zehnte Teil ihres Gehaltes vorzuenthalten werden kann. Die Postbeamten sind nur mittelbare Reichsbeamte. Korrumpierend wirkt die Zulage nicht, denn 9 Prozent der Postbeamten, die polnisch sind, bekommen die Zulage ebenfalls. Auf die Angriffe des Abgeordneten Ledebour zu erwidern, verzichte ich.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Wir beharren auf den Beschlüssen der Kommission und lehnen die Vorlage ab. Damit schließt die Debatte. — In namentlicher Abstimmung stimmen von 323 Abgeordneten gegen die Wiederherstellung der Etatsposition 194 Abgeordnete, dafür 127 Abgeordnete, 2 enthalten sich.

Die Ostmarkenzulage ist damit abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Schulz-Bromberg (Reichsp.) und des Grafen Westarp (konf.), welcher die außerordentliche unvorderrückliche Zulage für die mittleren Rang- und Unterbeamten, auch auf die anderen gemischtsprachigen Kreise und Reichsteile ausgedehnt wissen will, in denen ähnliche Verhältnisse obwalten, wie in der Provinz Posen, und den gemischtsprachigen Kreisen in Westpreußen. Es stimmen von 312 Abgeordneten bei drei Enthaltungen 121 für den Antrag, 188 dagegen. Auch dieser Antrag ist damit abgelehnt.

Beim Titel „Beiträge für Betriebskrankenkassen“ bringt Abg. Behrens (Wirtsch. Sog.) verschiedene Wünsche, betr. die Frage der Familienbeihilfe, vor, deren Berücksichtigung von dem Direktor im Reichsamt des Innern Krichenborn zugesagt wird.

Beim Titel Unterhaltung der Telegraphenlinien trat Abg. Dr. Quard (Sog.)

für Vermehrung der unterirdischen Telegraphenleitungen ein. Die jetzigen Zustände entsprächen nicht den tatsächlichen Bedürfnissen, wie sich bei den letzten Schneestürmen gezeigt habe. Namentlich auf den Strecken Berlin-Helm und Berlin-Frankfurt herrschten große Mängel.

Staatssekretär Kraetke: Unser Streben geht dahin, möglichst die Verlabelung unseres Telephonnetzes durchzuführen. Es ist dieses Bestreben erst seit zwei bis drei Jahren möglich, denn vorher war die Durchführung dieses Projektes nicht möglich. Durch Vollendung dieses Netzes werden die meisten Beschwerden in Frankfurt kommen, da dann sofort eine große Zahl von Leitungen zur Verfügung steht, die auch Störungen durch Unwetter nicht ausgesetzt sind.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. Gradnauer (Sog.), der Spezialwünsche aus Dresden vorbringt, und Dr. Quard-Frankfurt (Sog.), der die Verlabelung der Telephonleitungen als die notwendige Kulturarbeit bezeichnet, wird der Titel bewilligt.

Es folgt der Titel „Arbeiten zum Bau von Telegraphenlinien und Unterhaltung von Arbeitern usw.“

Die Abg. Staubabel (Sog.), Hedmann (natl.) und Kopsch (Spt.) bringen Wünsche der Telegraphenarbeiter vor, deren Berücksichtigung von dem Ministerialdirektor Krichenborn zugesagt wird.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Behrens (Wirtsch. Sog.), auf die Staatssekretär Kraetke erwidert, wird der Titel bewilligt und die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Vorher Anfragen zu dem Kolonialetat. — Schluß 3/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Einiger Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“.

§ Berlin, 5. März.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Präsident Graf Schwerin-Löwisch eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund. Darnach sollen acht nordwestlich von Dortmund gelegene Landgemeinden vom Landkreis Dortmund abgetrennt und mit dem Stadtkreis Dortmund vereinigt werden. Durch die Vorlage soll Bauland für die Stadt Dortmund gewonnen werden.

Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung des Antrags der Konservativen in zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen eines Teils der Konservativen angenommen.

Hierauf wird die Beratung zum

Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung

beim Titel „Ministiergehalt“ fortgesetzt.

Dazu liegt ein Antrag des Abg. Hammer (konf.) und Genossen vor, in dem Schutz der elektrotechnischen Kleinindustrie und der Installateure vor der übermächtigen Geschäftsbegabung der Elektrizitätsgesellschaften gefordert wird.

Abg. Dr. Pieper (Zentr.): Das Reichsamt des Innern hat Vertreter des Handwerks herangezogen zur Erörterung der Frage, wie dem Handwerk geholfen werden könne. Wir wünschen, daß eine derartige Aussprache alljährlich stattfinden möge. Das Handwerker-Genossenschaftswesen wird am besten gefördert durch Übertragung von Arbeiten für öffentliche Lieferungen. Dem Antrag Hammer stimmen wir zu. Die Handwerkskammern sollten die Handwerker veranlassen, das Vorgesystem einzuschränken.

Das Handwerk müßte gegen Hausierer und Wanderlager geschützt werden.

Aber die Durchführung des Hausarbeitsgesetzes spreche ich meine Befriedigung aus. Die Arbeitsnachweise haben sich im allgemeinen gut bewährt. Sie müssen über das ganze Land ausgedehnt werden, damit sie der Arbeitslosigkeit wirksam vorbeugen können. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Schroeder-Kassel (natl.): Die Verhältnisse, die der Antrag des Abg. Hammer betreffen, haben wir bereits im vorigen Jahr gerügt. Wir sind erfreut über den Entschluß des Ministers, nach dem Dienstboten, die jetzt in Ordfrankenlassen verpackt sind, in Zukunft den Landfrankenlassen zugeführt werden können. Es ist unerfreulich, daß solche politische Momente und noch dazu auf Grund eines unrichtigen Materials in die Debatte gezogen werden. Wir haben den dringenden Wunsch, daß von einer reichsgesellschaftlichen Arbeitslosenversicherung abgesehen werden wird. Wünschenswert ist eine bestimmte Abgrenzung von Handwerk und Fabrik. Die Bedeutung des § 100 Qu, nach dem die Innungen Mindestpreise nicht festsetzen dürfen, wird vielfach überschätzt, weil diese Bestimmung leicht umgangen werden kann. Ein Teil des Handwerks, so die Bauhandwerker, verlangt die Aufhebung des Paragraphen, weil darin eine Bevormundung des Handwerks liegt.

Die Handwerker fordern eine gesetzliche Regelung des Submissionswesens.

Auch wir wünschen, daß die Handwerker bei Vergebung der Arbeiten des Kriegsministeriums herangezogen werden und daß sie bei der Beschaffung der Handwerksausstellung in Dresden 1915 unterstützt werden. Gegen das Zugabewesen muß gesetzlich vorgegangen werden. Hinsichtlich des Hypothekensredits für den Hausbesitz herrschen schwere Verhältnisse, denen in etwas durch die steuerliche Entlastung des Grundbesitzes entgegenzuwirken werden kann. Es ist erfreulich, daß die Regierung dem Handwerk und Kleinhandel entgegenkommen zeigt, denn der Mittelstand bietet den besten Schutz gegen das Andringen der Sozialdemokratie. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Handelsminister Dr. Sydow: Die Frage der Hypothekensnot gehört nicht in mein Ressort. Bezüglich der Bestimmung der Gewerbeordnung, wonach Arbeiterinnen am Sonntag und an den Vorabenden vor Festtagen nach 5 Uhr nachmittags nicht beschäftigt werden dürfen, ist zu betonen, daß die Entlassung dieser Vorschriften nicht auf die Regierung, sondern auf den Reichstag zurückzuführen ist. Was den ersten Teil des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen betrifft, so werde ich mit dem Reichsfinanzminister in Verbindung treten, daß eine Überwachung der Baubücher durch die Behörden eintreten soll. Bezüglich der Beteiligung der Handwerker an den Vergabungen der Militärverwaltung werde ich mich mit dem Kriegsminister in Verbindung setzen. Die Aufhebung des § 100 Qu, die vom Handwerk vielfach gewünscht wird, kann ich nicht für zweckmäßig halten.

Es wird sich aber ein Ausweg finden lassen, wenn den Innungen die Befugnis erteilt wird, normale Preise festzusetzen. Dabei dürfte die Nichterhaltung dieser Sätze nicht unter Strafe gestellt werden.

Abg. Wente (Sp.): Wir wünschen, daß das Handwerk mehr Einfluß auf die Gesetzgebung bekommt, als dies bisher der Fall ist. Insbesondere müßte ihre Vertretung im Herrenhaus, dieser Ruine aus alter Zeit, größer sein. Was den Antrag Hammer betrifft, so wollen auch wir berechtigten Interessen des elektrischen Kleinbetriebs und des Stromverbrauchs schützen. Die Regierung sollte die Kommunen bei deren Bestreben, Gelder für zweite Hypotheken zu geben, unterstützen. Ganz entschieden zu verurteilen ist es, wenn Handwerker und Geschäftsleute wegen Verletzung bei den Wahlen die Kandidatur entzogen wird. Deshalb liegt eine Reform des Wahlrechts ganz besonders im Interesse des Mittelstandes.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. — Schluß 3/4 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Anträge des nationalliberalen Frauenausschusses.

△ Berlin, 5. März. (Eig. Drahtbericht) Der nationalliberale Frauenausschuss hatte an den Zentralvorstand der nationalliberalen Partei die Bitte gerichtet, folgende vier neue Punkte in das nationalliberale Programm aufzunehmen: 1. Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die im Erwerbsleben stehenden Frauen zu den Berufsvertretungen (z. B. Handelskammer, Kaufmannsgericht, Angestelltenvertretung), 2. Zulassung der Frauen als stimmberechtigte Mitglieder zu den ständigen Kommissionen und Deputationen, ihre Verwendung in dem Dienst der Wohnungsinpektion, Polizei und Schulgesundheitspflege, 3. Zulassung der Frauen als Schöffen bei den Jugendgerichten, 4. Zulassung des gemeinsamen Unterrichts für Knaben und Mädchen in den Orten, in denen die Mädchen sonst keine Gelegenheit haben, sich zur Reifeprüfung vorzubereiten.

6 Monate Gefängnis wegen Beleidigung des Kronprinzen.

wh. Berlin, 5. März. Wegen Beleidigung des Kronprinzen verurteilte die vierte Strafkammer des Landgerichts 1 den Schriftsteller Hans Leuz zu sechs Monaten Gefängnis. Die Beleidigung wird in einem Artikel in der „Welt am Montag“ vom 14. Januar erfüllt mit der Überschrift „Wilhelm der Letzte“. Der mitangeklagte Redakteur Scholz wurde freigesprochen.

Das Urteil im Spionageprozeß Grolms.

wh. Leipzig, 5. März. Das Reichsgericht verurteilte den Kaufmann Grolms aus Breslau zu zwei Jahren Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Gericht nahm an, daß der Spionagerichter nicht ausreichend festgestellt sei, befand dagegen den Angeklagten schuldig des Vergehens gegen § 49a des Strafgesetzbuches, da dieser die Aufforderung zur Begehung des Verbrechens der Spionage angenommen habe.

Der Nachfolger des Kardinals Kopp.

△ Dresden, 5. März. (Eig. Drahtbericht) Nach den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ wird Prinz Max von Sachsen als wahrscheinlicher Nachfolger des Kardinals Kopp betrachtet.

Herausgabe eines „Jahrbuches der Kgl. preussischen Auskunftsstelle für Schulwesen“.

Berlin, 5. März. (Eig. Drahtbericht) Wie dem „B. L.“ mitgeteilt wird, wird das preussische Kultusministerium in Kürze eine bedeutsame Publikation erscheinen lassen, die hinfür alljährlich neu herauskommen und immer über die Vorgänge und Fortschritte des Schulwesens in Deutschland und im Ausland einen zusammenfassenden Überblick geben soll. Das Buch wird den Titel „Jahrbuch der Kgl. preussischen Auskunftsstelle für Schulwesen“ führen.

Neue Kräftegerüste.

S. Berlin, 5. März. (Eig. Drahtbericht) Der Reichstag war auch heute wieder voll von Gerüchten über neue Ministerkrisen. Die Nachricht von der Amtsmäßigkeit des Freiherrn v. Schölerer wurde auch im Reichstag für falsch und für den Ausdruck einer Intrige gehalten, um so mehr, als auch die Verbreiter dieser Nachricht in der Presse nicht politische, sondern persönliche Gründe für die Demission angegeben hatten. Dagegen hält man auch in den Corollis für wahrscheinlich, was wir schon dieser Tage angedeutet haben, daß bald nach der Verabschiedung des Etats, spätestens im Sommer, Staatssekretär Kraetke aus seinem Amt scheiden wird. Auch sein mutmaßlicher Nachfolger wird bereits genannt: der bisherige Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Lewald soll die meisten Chancen haben. Endlich wurde heute aber auch davon gesprochen, daß die Stellung des Staatssekretärs Dehnbach ernstlich erschüttert sei. Die gestrige Schlußrede des preussischen Handelsministers wurde als bemerkenswertes Symptom bezeichnet. Wir registrieren die Gerüchte pflichtgemäß, ohne uns dafür verbürgen zu können, ob und inwieweit sie begründet sind.

Ein fortschrittlicher Antrag zur Förderung der inneren Kolonisation.

S. Berlin, 5. März. (Eig. Drahtbericht) Die preussische Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei wird, wie wir hören, morgen im Abgeordnetenhaus einen Initiativantrag einbringen, der einen vollständigen Gesetzentwurf zur Förderung der inneren Kolonisation in Preußen enthält. Der Antrag fordert für die innere Kolonisation, deren Ziele er in vier Grundfragen festlegt, die Summe von 300 Millionen Mark. Ein Hauptzweck ist einerseits, die gesamten Siedlungstätigkeit auf eine möglichst breite Basis zu stellen, andererseits eine scharfe Aufficht des Staates, namentlich für die Begebung öffentlicher Gelder, einzuführen.

Aus der Duellkommission des Reichstags.

Berlin, 5. März. (Eig. Drahtbericht) Die Duellkommission des Reichstags verhandelte heute über die Frage, wie weit eine Änderung des Strafgesetzbuchs in dem Zweikampfsparagrafen notwendig sei, wenn jemand durch ehrenrührige Handlung oder ehrenrührige Behauptungen über sich und seine Familie gekränkt ist. Der Ausschuss nahm einstimmig den Grundsat, daß bei frevelhaftem Verschulden an Stelle von Festungshaft Gefängnis treten soll, ferner mit acht Stimmen gegen fünf konservative und Nationalliberale, daß bei Vorliegen einer ehrenhaften Handlungsweise die bürgerlichen Ehrenrechte obligatorisch aberkannt werden sollen. Die Beschlüsse des Ausschusses sollen morgen revidiert und später in Form eines Initiativantrags an das Plenum gebracht werden.

Die Reichsbefoldungsnovelle.

S. Berlin, 5. März. (Eig. Drahtbericht) Die Reichsbefoldungsnovelle wird, wie wir erfahren, Mitte nächster Woche in der Budgetkommission zur Beratung gestellt werden, nachdem über die geschäftliche Behandlung zwischen dem Reichshofamt und den Führern der Fraktionen eingehende Besprechungen vorangegangen sind. Sachliche Verhandlungen haben, wie wir im Gegensatz zu Zeitungsmeinungen feststellen können, bislang nicht stattgefunden; insbesondere beruht die Meldung, die Reichsregierung jenseit wie die preussische Regierung hätten sich direkt gegen jede Ausdehnung der Befoldungsnovelle auf irgendwelche weiteren Beamtenkategorien

ausgesprochen, lediglich auf Kombinationen, die offenbar aus der Begründung der Vorlage geschöpft sind. Daß nach dieser Begründung wenig Hoffnung auf die Einbeziehung weiterer Beamtenkategorien besteht, ist nicht in Abrede zu stellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Budgetkommission die Vorlage alsbald an eine Subkommission verweisen, während sie selbst in der Beratung des Etats fortfährt. Ob trotz solcher Arbeitsteilung die Besoldungsnotelle noch vor Ostern im Plenum wird verabschiedet werden können, ist fraglich. Man weiß noch nicht einmal, ob man die neue Besoldung in den Etat einarbeiten oder in einen Nachtragsetat zusammenfassen wird. Im ersteren Falle wäre natürlich eine rechtzeitige Fertigstellung des Etats vor dem 1. April, die ohnehin von Tag zu Tag fraglicher wird, nicht mehr zu denken.

Die Novelle über Lichtspieltheater und Schankwirtschaften.

R. Berlin, 5. März. (Fig. Drahtbericht.) Die dem Reichstag zugegangene Novelle über Lichtspieltheater und Schankwirtschaften bringt, wie angekündigt, eine Änderung der Konzessionsordnung der Gast- und Schankwirtschaften. Der Kleinhandel mit Wein und Spirituosen darf nach der Novelle weder mit einer Schankwirtschaft noch mit einem Gasthaus verbunden sein. Die Landeszentralbehörde kann Verordnungen zur Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes, sowie über Zulassung und Entlassung weiblicher Personen erlassen. Der Ausschank von Absinth und verwandter Getränke kann beschränkt oder verboten werden. Ebenso wird die Konzessionspflicht eingeführt für gewerkschaftliche Sing- und Gesangsvereine, Vorträge, Theateraufführungen ohne höheres Kunstinteresse und für Lichtspiele. Phonographische Vorführungen, sowie instrumentale Musikaufführungen können verboten oder beschränkt werden, wenn die Nachbarschaft erheblich belästigt wird. Der Erlaß der Ortspolizeibehörden bedürfen Schankwirtschaften, Theateraufführungen oder sonstige Lustbarkeiten von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, sofern nicht ein höheres Kunstinteresse vorliegt. Dem Entwurf ist eine umfangreiche Begründung beigegeben.

Zur Lage in Albanien.

○ Athen, 5. März. (Fig. Drahtbericht.) Wie die Zeitungen melden, haben sich in Durazzo 300 Gendarmen für Eschad-Bachia erklärt und wollen die übrige Polizei von der Kaserne aus, wo sie belagert wird, erschießen. Die telegraphischen Verbindungen zwischen Salona und Durazzo sollen unterbrochen sein.

Neue Schandthaten der Aufständischen in Mexiko.

Washington, 5. März. Der hier aus Mexiko eingetroffene Dr. Wittgenstein weiß von unerhörten

Gräueltaten von Rebellen unter dem General Villa zu berichten. So wurden die beiden Töchter des Amerikaners Dr. Smith im Alter von 20 und 17 Jahren von den Rebellen entführt, vergewaltigt und alsdann ermordet, während der Vater bei der Verteidigung seiner Töchter getötet wurde. Man fand später die entsehlten verbluteten Leichen der Familie.

Ein großes Lawinenunglück.

○ Wien, 5. März. (Fig. Drahtbericht.) Ein großes Unglück ereignete sich im Ortlergebiet, auf dem Wege von Romago zur Payerhütte. Eine militärische Scharabildung des 3. Landeshüben-Regiments, im ganzen etwa 20 Personen, wurden dort von einer Lawine verschüttet. 15 Mann, darunter ein Offizier, sind tot.

Zu dem Explosionsunglück in Hamburg.

○ Hamburg, 5. März. (Fig. Drahtbericht.) Von den bei der Explosion in dem Patronenstutzen der Firma Schwabe verunglückten Arbeitern sind in der vergangenen Nacht noch zwei ihren Verletzungen erlegen, so daß die Katastrophe bisher fünf Todesopfer gekostet hat.

Wieder eine Schülertragödie.

△ Bremerhaven, 5. März. (Fig. Drahtbericht.) Heute früh hat sich hier wieder eine Schülertragödie abgespielt. Es ist dies die dritte innerhalb kurzer Zeit. Der Primaner Freiherr v. Nordenflicht aus Geestmünde warf sich vor einem Eisenbahnzug. Es wurden ihm beide Beine und ein Arm abgefahren. Er wurde in das Krankenhaus gebracht, wo er starb. Die Gründe zu der Tat sind vorläufig noch unbekannt.

Schwere Explosion in einer russischen Spritfabrik.

* Petersburg, 5. März. Auf dem Gute der Gräfin Alstard bei Tula fand in der Spritfabrik eine Explosion statt. Die dreistöckige Brennerei wurde mit allen Maschinen vollständig zerstört. Der Direktor Kustischow wurde auf der Stelle getötet. Ein Sekretär, der an der Fabrik vorüberging, wurde durch den starken Luftdruck gegen ein anderes Gebäude geschleudert und war sofort tot. Es waren 130 000 Rub Sprit explosiert.

Briefkasten.

(Die Schriftleitung des Wiesbadener Tagblattes beantwortet nur schriftliche Anfragen im Briefkasten, und zwar ohne Rücksicht auf die Beantwortung. Namen sind nicht bekanntzugeben.)

H. H. Von besonderem Wert sind Webstoffsammlungen nur bei besonderer künstlerischer Ausführung unter Verwendung feinsten wertvollen Materials. Wir empfehlen Ihnen,

sich mit einigen Kunstbildern in Verbindung zu setzen. Eine Unze von dem Handelsgehalt 31.25 Gramm. Glanz kostet das Gramm nur 5 M. 50 Pf.

D. S. J. Eine Poesieheft der Zukunftsbilder „Se Diamant“ erscheint in Paris.

22 = Reklamen. = 22



Preis: 1/2 Flasche 85 Pf., 1/4 Flasche (Monat) ausreichend 1 M. 1.50.

Wer Odol konsequent täglich anwendet, läßt nach unseren heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus.

Die rühmlichst bekannte
Mayonnaise
von TÜRK & PABST
ist jetzt in neuem Originalglas mit sauberem Glasdeckel zu haben. Appetitlich, praktisch!

F 108

Der heutigen Gesamtauflage liegt ein Prospekt der Firma Leonhard Zick, A.-G., Mainz, betr. Propagandabüro, Beginn heute Freitag, bei.

Handelsteil.

Dresdner Bank.

Als letzter der Berliner Großbankabschlüsse, aber als einer der wichtigsten, ist der Jahresbericht der Dresdner Bank. Die großen Aufgaben der Dresdner Bank, eine unserer bedeutendsten Kreditinstitute, die bekanntlich auch in Wiesbaden eine Geschäftsstelle unterhält, sind bekannt. Die Dresdner Bank pflegt in hohem Maße das Depotsengeschäft, betätigt sich eifrig in Industrie und Handel, läßt sich vor allem auch die Fürsorge der bankgeschäftlichen Bedürfnisse der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften angelegen sein und sucht — ein besonders anerkanntes Bestreben hinsichtlich der Stellung Deutschlands als Exportland — durch ihre Filiale in London und durch enge Beziehungen zu Banken und Bankiers aller Länder auch den deutschen Handel im Ausland zu fördern. Das sind hohe Aufgaben, die dem Institut unter seiner weitsehenden, umsichtigen Leitung das Vertrauen des Publikums und eine fortschreitende Entwicklung sichern. Der in der gestrigen Aufsichtsratsitzung vorgelegte Jahresabschluß legt davon beredtes Zeugnis ab. Abgesehen vom Effektengeschäft, welches im abgelaufenen Jahre unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse geringere Umsätze aufwies, hat sich das Geschäft bei allen Niederlassungen wiederum wesentlich ausgedehnt. Das Institut hat im Berichtsjahre mehrere neue Wechselstuben eröffnet und die Errichtung von Niederlassungen in Götting und Altona vorbereitet. Die höheren Zinssätze des Jahres 1913 mit einem durchschnittlichen Reichsbankdiskontsatz von 5.887 Proz. gegen 4.943 Proz. im Jahre 1912 und einem Durchschnittssatz von 5.03 Proz. gegen 4.229 Proz. im Vorjahre ermöglichten eine besonders nutzbringende Verwendung der verfügbaren Gelder, so daß der ausgewiesene Gewinn auf Zinsen und Wechselkonto die Ziffer des Vorjahres um nahezu 2 Millionen übersteigt. Aus der Abwicklung zahlreicher alter Beteiligungs- und Geschäftsgeschäfte sind im abgelaufenen Jahre ansehnliche Gewinne erzielt worden, die vorweg zu Abschreibungen verwandt wurden. Die Bank verdankt das günstige Geschäftsergebnis aber in erster Linie dem laufenden Kontokorrentgeschäft, in dessen sorgfältiger Pflege die besondere Stärke ihres Betriebes beruht.

Der Bruttogewinn erhöhte sich einschließlich 375 558 M. Vortrag von 41 297 977 M. auf 43 447 400 M. Nach Abzug von 16 624 736 M. (i. V. 15 841 515 M.) Handlungskosten und Steuern von 549 942 M. (340 633 M.) Abschreibung auf Mobilienkonto verbleibt ein erhöhter Reingewinn von 26 278 752 M. (i. V. 25 115 838 M.), woraus wieder 8 1/2 Proz. Dividende verteilt werden sollen.

Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuchs stellte sich auf 92 379 534 703 M. gegen 97 063 497 278 M. in 1912, die Zahl der bei der Bank geführten Konten auf 200 196 gegen 179 567 in 1912. Die Zahl der Angestellten belief sich am Jahresabschluss auf 4636 gegen 4546 im Jahre 1912.

Vom obigen Bruttogewinn entfallen auf (alles in Mark):

Sorten und Kuponkonto	1913	1912
Wechsel- und Zinskonto	367 683	345 429
Prov.-Konto, abzüglich gezahlter Prov.	25 978 297	24 066 432
Eff.-u. Kons.-Konto, abz. Zinsen	14 585 127	14 238 375
Ertr. a. dau. Bel. h. fr. B. pro 1912	1 930 549	2 090 869

Die ansehnlichen auf Konsortialkonto erzielten Gewinne sind zu Abschreibungen verwandt worden.

Die Bilanz pro 1913 weist folgende Positionen auf:

Aktiva: Kassa, einschließlich Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken, Sorten und Kupons 68 646 776 M. (58 730 843 M.), Wechsel 375 895 048 M. (285 635 656 M.), Verfügbare Guthaben bei ersten Banken und Bankiers 61 380 834 M. (41 152 457 M.), Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere 119 068 678 M. (148 125 153 M.), Vorschüsse auf Waren und Warenverschaffungen 116 631 710 Mark (108 868 069 M.), davon gedeckt 66 707 745 M., Dauernde Beteiligungen bei fremden Banken 36 833 674 M. (36 634 530

Mark), Effekten: Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten 16 821 006 M. (22 579 788 M.), Sonstige Effekten 25 773 591 M. (38 558 496 M.), Debitoren: 624 866 045 M. (623 835 975 M.), davon sind gedeckt: a) durch börsengängige Effekten 29 184 980 M., b) durch sonstige Sicherheiten 150 656 630 M., c) ungedeckt 169 621 456 M., Konsortial-Beteiligungen 55 275 961 Mark (50 177 529 M.), Immobilienkonto, Bankgebäude 30 591 245 Mark (26 864 952 M.), Diverse Grundstücke 2 060 034 M. (2 528 684 M.).

Passiva: Aktienkapital 200 000 000 M. (200 000 000 M.), Reservefonds 51 000 000 M. (51 000 000 M.), Reservefonds B 10 000 000 M. (10 000 000 M.), Talonsteuer-Reserve 800 000 M. (600 000 M.), Depositen 405 264 098 M. (356 780 558 M.), Kreditoren 553 131 591 M. (530 166 005 M.), Akzepte 287 315 528 M. (267 787 326 M.).

Auf dem Konto der „dauernden Beteiligungen bei fremden Banken“ sind nur die pro 1912 vereinnahmten Dividenden verrechnet, welche im Vorjahr mit dem vollen Betrag unverrechnet geblieben waren. Die Dividenden des Jahres 1913 sind wiederum der Verrechnung im nächsten Jahre vorbehalten. Der Gesamtbetrag der in den Effekten und den Konsortialbeständen enthaltenen fest verzinslichen Werte beläuft sich auf ca. 43 Mill. M. Der auf den 28. März d. J. einzuberufenden Generalversammlung soll vorgeschlagen werden: 600 000 M. auf Bankgebäude abzuschreiben, 351 955 M. dem Pensionsfonds zuzuführen, der dadurch auf die Höhe von 4 400 000 M. gebracht wird, 892 100 M. als vollen Wehrbeitrag sowie 200 000 M. als Jahresanteil für die Talonsteuer zu reservieren und (wie schon oben erwähnt) eine Dividende von 8 1/2 Proz. zur Verteilung zu bringen. Nach Absetzung der vertragsmäßigen Tantiemen sowie der Gratifikationen an die Beamten verbleibt alsdann ein Saldo von 206 693 M. zum Vortrag auf neue Rechnung.

Berliner Nachbörse.

F. Berlin, 5. März. (Per Ultima.)			
Kreditaktien	162 1/2	Kanada	214
Hand.-Gesell.	113 1/2	Orientbahn	106 1/2
Commerzbank	123 1/2	Meridional	106 1/2
Darmstadt Bank	123 1/2	Pennsylvania	106 1/2
Deutsche Bank	258	Henri	160 1/2
Disk.-Komm.-B.	197 1/2	4 1/2 Russen (1902)	160 1/2
Dresdner Bank	158 1/2	Türkische	167
Nationalbank	117 1/2	Asien-Pazifik	166 1/2
Schaffhausen	105 1/2	Bochumer	225 1/2
Post-Int. Disk.-B.	206 1/2	Luxemburger	142 1/2
Leh.-Börsen	140 1/2	Gelsenkirchen	195 1/2
Schantungsbahn	22 1/2	Harpener	198 1/2
Lombarden	22 1/2	Höhenloherw.	121 1/2
Anstalt	92 1/2	Laurahütte	160 1/2
Baltimore	92 1/2	Phönix	242 1/2
		Rhein. Stantw.	162 1/2
		Rombacher	163 1/2
		Pakfabrik	142 1/2
		Hamby-Süd.	182 1/2
		Hansa-Dampsch.	285 1/2
		Lloyd	125 1/2
		Dynamit-Trust	179
		Naphtha-Nob.	397
		Allg. Elektrizität	247 1/2
		D. Uebersee-El.	177 1/2
		Siemens	218 1/2
		Schuckert	151 1/2
		Oes. f. elektr.	171 1/2
		Unter.	171 1/2
		South-Westf.	117 1/2

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 5. März. Kurse von 1 1/4 bis 2 1/4 Uhr. Kreditaktien 208 1/2, Disconto-Commandit 197 1/2, Dresdner Bank 158 1/2, Petersb. Int. Handelsbank 210, Staatsbahn 155 1/2, Lombarden 22 1/2, Baltimore und Ohio 32 1/2, Schantung, Pakfabrik, Nordd. Lloyd, Phönix 243 1/2 a 243, Edison 248.

Banken und Geldmarkt.

W. Reichsbank. In Ergänzung unserer telegraphischen Meldung im gestrigen Abendblatt ist zum Jahresabschluss der Reichsbank noch folgendes zu berichten: Die Gesamtumsätze betrugen 422 338 707 200 M., gegen das Vorjahr mehr 8 347 355 100 M. Im Durchschnitt des ganzen Jahres 1913 waren von den umlaufenden Noten 68,39 Proz. (i. V. 67,54 Proz.) durch Metall gedeckt. Die Gesamtsumme aller angekauften Wechsel (In- und Ausland) und der zur Einziehung gelangten Auftragspapiere betrug 12 685 310 785 M. (gegen das Vorjahr weniger 309 447 751 M.), der Gesamtgewinn aus diesen Geschäften 69 270 323 M. (gegen das Vorjahr mehr 9 212 490 M.). Die aus dem Lombardverkehr aufkommenden Zinsen betrugen 6 571 187 M. (gegen das Vorjahr mehr 1 809 558 M.). Der Gesamtgewinn beträgt 83 452 885 M., der Reingewinn 50 615 578 M. Die Anteilseigner der Reichsbank erhalten eine Gesamtdividende von 8,43 Proz., das Reich erhält von dem Gewinn 31 030 556 M., an der Notensteuer 3 674 318 M., also zusammen 34 694 873 M. (gegen 26 402 137 Mark im Vorjahr). Dem Reservefonds werden überwiesen 4 431 507 M., so daß er nunmehr 74 478 254 M. beträgt.

w. Vereinsbank, Frankfurt a. M. Frankfurt a. M., 5. März. In der heute stattgehabten Generalversammlung der Deutschen Vereinsbank, die bekanntlich an dem Bankhaus Marcus Berlé u. Co. in Wiesbaden kommanditistisch beteiligt ist, waren 8 878 900 M. Aktien mit 14 797 Stimmen vertreten. Unter Erteilung der Entlastung an Aufsichtsrat und Direktion wurde, den Anträgen der Verwaltung gemäß, beschlossen, für das abgelaufene Geschäftsjahr eine sofort zur Auszahlung gelangende Dividende von 6 Proz. auf das Aktienkapital von 30 000 000 M. zu verteilen. Die turnusgemäß ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats, die Herren Eduard v. Grumbel, Generalkonsul Hugo v. Metzler und Generalkonsul Kommerzienrat Rudolph v. Koch wurden wiedergewählt.

* Landeskreditkass., Kassel. Der Geschäftsbericht für 1913 verzeichnet Darlehenszinsen mit 7,79 Mill. M. (7,28 Mill. Mark), während Obligationenzinsen 7,27 Mill. M. (6,79 Mill. M.) betrugen. Der Zinsüberschuss belief sich auf 0,52 Mill. M. (0,49 Mill. M.). Der Überschuss beträgt 790 758 M. (765 664 M.). Hiervon fließen in die Reserve 101 159 M. (101 438 M.), zur Agioreserve wieder 25 000 M., zur Kursumgleichungsreserve 100 000 M. (70 5000 M.), zur Talonsteuerreserve 0 (30 000 M.). Das Stammvermögen betrug Ende des Jahres 5,51 Mill. M. (5,42 Mill. M.).

* Revident Trenhand-A.-G. in Berlin. Bei diesen zur Gruppe der Disconto-Gesellschaft gehörigen Unternehmen betrugen in 1913 die Einnahmen aus Revisionen, Verwaltungen, Steuer-Abteilung usw. 808 517 M. (i. V. 605 454 M.), aus Zinsen 20 839 M. (20 723 M.). Demgegenüber betrugen die Gehälter und sonstigen Unkosten 744 510 M. (567 873 M.), die Abschreibungen auf Mobilien 29 835 M. (11 870 M.). Der Reingewinn beträgt 63 746 M. (53 735 M.). Hiervon sollen wieder 8 Proz. gleich 20 000 M. (15 828 M.) Dividende gezahlt werden.

* Magdeburger Bank-Verein. Der Umsatz des Instituts betrug für 1913 2137 Mill. M. gegen 2198 Mill. M. im Jahre 1912. Es gelangt eine Dividende von 6 1/2 Proz. (i. V. 6 1/2 Proz.) zur Verteilung.

Industrie und Handel.

* Abschlässe von Textilfabriken. Die Mechanische Weberei Linden schlägt die Verteilung einer Dividende von 20 (i. V. 30) Proz. vor. — Die Erdmannsdorfer A.-G. für Flachgarn-Maschinen-Spinnerei und Weberei in Zillertal wird eine Dividende von 4 Proz. (i. V. 3 1/2 Proz.) verteilen. — Färberei Glauchau, A.-G., beschloß die Verteilung von 10 Proz. Dividende. — Die Gebhardt u. Co.-A.-G. (Seidenweberei) in Vohwinkel schlägt 10 (i. V. 12) Proz. Dividende vor.

* Der Verband Deutscher Musikwerke und Automatenhändler erörterte in seiner diesmaligen „Metz-Versammlung“ u. a. die hohe Besteuerung der kleinen Sprechapparate in manchen Städten. Es sollen Schritte getan werden, diese Belastung zu beseitigen.

* Kontinental-Kautschuk-Co. Das Unternehmen schlägt eine Dividende von wieder 45 Proz. aus. Der Geschäftsgewinn betrug 14 70 (i. V. 11,95) Mill. M. Der Reingewinn belief sich auf 8,75 (8,25) Mill. M. bei 3,61 (3,54) Mill. M. Abschreibungen.

* Porzellanfabrik Triptis, A.-G. in Dresden. Der Aufsichtsrat schlägt für 1913 wiederum 12 Proz. Dividende vor nach als reichlich bezeichneten Abschreibungen (i. V. 116 617 M.) und Rücklagen.

* Deutsche Handelskassenvereinigung. In der Mitgliederversammlung wurden nur interne Angelegenheiten erledigt und keine Preisänderungen vorgenommen. Die Marktlage ist nach wie vor ruhig.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 16 Seiten und die Beilagsbeilage „Der Roman“.

Verantwortlich: H. Degerberg.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Degerberg; für den kulturellen Teil: H. Degerberg; für den sportlichen Teil: H. Degerberg; für den literarischen Teil: H. Degerberg; für den wissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den technischen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den medizinischen Teil: H. Degerberg; für den juristischen Teil: H. Degerberg; für den historischen Teil: H. Degerberg; für den geographischen Teil: H. Degerberg; für den ethnologischen Teil: H. Degerberg; für den zoologischen Teil: H. Degerberg; für den botanischen Teil: H. Degerberg; für den mineralogischen Teil: H. Degerberg; für den geologischen Teil: H. Degerberg; für den astronomischen Teil: H. Degerberg; für den meteorologischen Teil: H. Degerberg; für den physikalischen Teil: H. Degerberg; für den chemischen Teil: H. Degerberg; für den biologischen Teil: H. Degerberg; für den psychologischen Teil: H. Degerberg; für den pädagogischen Teil: H. Degerberg; für den philosophischen Teil: H. Degerberg; für den theologischen Teil: H. Degerberg; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Degerberg; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bg. monatlich, 2. — Vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleger von 2. — Vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, auswärts durch Post. — Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Deutsche Buchhandlung 20, sowie die Buchhändler in allen Teilen des Reichs; in Belgien: die dortigen Buchhändler und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Schrift; 20 Bg. in davon abweichender Schriftführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Wt. für lokale Reklamen; 2 Wt. für auswärtige Reklamen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Ermäßigung.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 6. März 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 110. — 62. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Deutschland und Rußland.

Der Petersburger Bericht der „Nöln. Ztg.“, daß Rußland sich darauf vorbereite, in zwei bis drei Jahren Krieg gegen Deutschland zu führen, ist von dem Organ des russischen Finanzministeriums formell (d. h. wohl: in aller Form) für jeder Begründung entbehrend erklärt worden, und Petersburger Blätter rechnen jene energische Kölner Darstellung zu den Vorbereitungen, die Deutschland für die Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages treffe.

Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! Die Frage der künftigen Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages ist zuerst von russischer Seite in einem kriegerischen Zusammenhange erörtert worden. Es war am 8. Februar d. J., als im Haushaltsausschuß der Duma Abgeordneter Schingarew die Befürchtung äußerte: Deutschland könne Rußland bis zum Jahre 1917 äußere Veränderungen wie im Jahre 1901 bereiten, um sich besonders günstige Handelsvertragsbedingungen zu sichern. Diese Anspielung auf die Vergangenheit bedeutete auch im Munde eines Mitgliedes der Duma eine kaum zu überbietende Verdrehung der Tatsachen. Der anwesende russische Minister des Auswärtigen Gsazonow aber hat weder jene Verdrehung berichtigt noch die Verächtlichkeit der künftigen deutschen Politik zurückgewiesen, sondern im Gegenteil die Befürchtung des Abgeordneten Schingarew als nicht grundlos bezeichnet und entsprechende Erwägungen des Kabinetts für notwendig erklärt. Es bedurfte einer Anfrage des deutschen Botschafters in St. Petersburg, um Herrn Gsazonow zur formalen Ablehnung seiner — stenographisch festgelegten — auf-fallend unfreundlichen Äußerungen zu veranlassen und damit eine Art Gegenstück zu der Angelegenheit des früheren englischen Botschafters in Wien Cartwright zu schaffen.

Der Hinweis auf diese Tatsachen läßt erkennen, in welchem Grade von russischer Seite die Handelsvertragsfrage zu Bluffversuchen benützt worden ist. Erheben jetzt Petersburger Blätter wegen des Artikels der „Nöln. Ztg.“ den gleichen Vorwurf gegen Deutschland, so haben sie damit ein Urteil über die russische Politik abgegeben! Im übrigen wird eine deutschfreundlichere Haltung des Petersburger Kabinetts in Deutschland eine wirksamere Erläuterung der militärischen Vorkehrungen bilden als Drucker-Schwärze auf Papier.

Freiherr v. Schorlemer.

O. Berlin, 5. März.

Was ist mit Herrn v. Schorlemer? Es war nicht bloß die „Germania“, die von der Erschütterung seiner Stellung sprach, sondern auch das christlichsoziale „Volk“ hatte dieselbe Nachricht gebracht, sogar noch vor der „Germania“, und gleichzeitig mit dem Zentrumblatt teilte die „Tägliche Rundschau“ mit, der Landwirtschaftsminister werde aus Gründen nichtpolitischer Natur seinen Abschied nehmen. Gegen diese Angaben wendet sich außer dem offiziellen Telegraphen auch eine heftige Korrespondenz, welche die Krisennachricht als das erste öffentlich sichtbare Symptom einer plumpen, mit sehr niedrigen und häßlichen Mitteln betriebenen Intrigue, als eine planmäßige Hebe bezeichnet, deren Urheber in politischen Kreisen genügend bekannt seien und nur Verachtung verdienen. Das sind ja ungewöhnlich starke Worte, also muß etwas ganz Besonderes vorliegen. Was das ist, entzieht sich zunächst der Kenntnis weiterer Kreise. Die Sache wird aber noch undurchsichtiger durch die einfache Erwägung, daß die Urheber einer solchen, mit den kräftigsten Scheltworten bedachten Intrigantenhebe doch unmöglich glauben werden, durch die bloße Behauptung eines Krisenstandes einen Minister stürzen zu können. Merk würdigerweise erzählt die „Tägliche Rundschau“, von der gewiß niemand annehmen wird, daß sie mit den Hebern, von denen vorher gesprochen worden ist, gemeinsame Sache macht, sie habe auf eingezogene Erkundigungen eine Bestätigung der Krisennachricht erhalten, und die „Germania“ bemerkt ganz kühl, daß die Stelle, die das offiziöse Dementi veranlaßt habe, kaum zuständiger sein dürfte als diejenige, von der die Nachricht ausgegangen ist, die Stellung des Ministers sei erschüttert. Nun sind wir gern bereit, trotz der Darstellung in den genannten beiden Blättern, an die Nicht-tatsache des Dementis zu glauben, aber alsdann besteht erst recht die Notwendigkeit, die Hintergründe dieser seltsamen Angelegenheit aufzudecken. Was erzählt „man“ sich eigentlich über Herrn v. Schorlemer? Woher weiß „man“, daß er und weshalb er das Vertrauen des Kaisers nicht mehr besitzt? Soviel Fragen, soviel Rätsel. Eigentümlich ist auch die Form, in der die „Kreuzzeitung“ von den Krisengerüchten Notiz nimmt. Sie sagt nämlich: „Ein Dementi dieser Gerüchte haben

wir nicht erlangen können.“ Das war natürlich geschrieben, bevor das „Wolffsche Bureau“ die Angaben der betreffenden Blätter zurückwies, aber warum bekann die „Kreuzzeitung“ die gewünschte Auskunft nicht? Man sollte meinen, daß gerade sie die richtigen Wege einschlagen konnte, um ein Ja oder ein Nein zu erhalten.

Eine peinliche Mahnung.

Die Wiederherstellung der badischen Gesandtschaft in München ist ein Ereignis, das unseren Konservativen zu denken geben müßte, wenn sie sich nicht anscheinend rettungslos in die Preußen-bündelei verannt hätten. Jedenfalls aber wird der Vorgang dem Reichskanzler und noch anderen wichtigen Stellen zu denken geben. Wenn die Regierung in Karlsruhe im Einverständnis mit der Mehrheit des Landtags die Notwendigkeit empfindet, daß, wie es der Minister Freiherr v. Dusch umschrieb, „die Einzelstaaten und vor allem die süddeutschen Staaten zueinander Fühlung haben“, so müssen doch triftige Gründe für eine so auffallende Abweichung von der Jahrzehnte lang geübten Praxis vorliegen. Welches diese Gründe sind, das sprach der national-liberale Führer Rehm aus, indem er auf den Preußentag und die ihm vorangegangene Kundgebung des Herrenhauses hinwies und erklärte, der preussische Partikularismus, der wieder angesacht worden sei, habe nichts gemein mit dem in Süddeutschland herrschenden freien Geiste, er blide nach rückwärts, er trage ein durch und durch reaktionäres Gesicht, er sei „durch und durch ungesund, gefährlich für das Reich, ein Hemmnis für die erspriehliche Entwicklung des Reichs“. Das sagte kein Mann von radikalen Gesinnungen, sondern einer, der sich gewiß ungern von der Richtung abdrängen läßt, deren Zielpunkt Ausgleich und Verständigung, Interessensharmonie und Versöhnung sein sollen. So weit also haben es die um Seidenbrand gebracht, daß dem preussischen Partikularismus in dem wiedererwachten Süddeutschen ein zum Kampf entschlossener Gegner erwacht! Wie der Reichskanzler über diese Entwicklung denkt, das hat er ja mit rühmlicher Deutlichkeit auf dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats gesagt, wo ihm keine Gefahr dringender erschien, keine die Abwehr stärker herauszufordern schien als eben die von den echt preussischen Leuten herausgeforderte. Man wird in Berlin zu der Wiederherstellung der badischen Gesandtschaft in München freilich zögern müssen, denn Baden läßt nur ein ihm verfassungsmäßig zustehendes Recht aus, aber um so peinlicher bleibt die Sache. Im Reichstag wird sich wohl noch die Gelegenheit darbieten, auf diese merkwürdige und doch wieder durchaus begriffliche Wirkung der preußenbündlerischen Bestrebungen mit gebotener Schärfe einzugehen.

Die abermalige Ablehnung der Ostmarkenzulage im Reichstag

Ist vom Interesse der in Polen und Westpreußen tätigen Postbeamten aus zu bedauern. Wenn die Regierung diese abermalige Niederlage erlitten hat, so mag sie dies nicht zum geringen Teil der Führung des Reichspostamts durch den Staatssekretär Kraetke zuschreiben haben. Dieser Herr hat es nicht verstanden, durch seine Politik widerstrebende Elemente, in diesem Fall das Zentrum, auf seine Seite hinüberzuziehen. Sein geringes Entgegenkommen gegenüber mannigfachen Wünschen aus dem Hause und sein oft barsches Auftreten sind wenig geeignet, ihm Sympathien zu erwecken. Seit langen Jahren ist es nicht vorgekommen, daß ein Bundesratsmitglied vom Präsidentenstuhl aus mit einem indirekten Ordnungsruf belegt worden ist, wie dies Herrn Kraetke sogar zweimal hintereinander passierte. Die Tonart des Staatssekretärs gewissen Abgeordneten gegenüber — namentlich der Abgeordnete Dr. Strube scheint es ihm angetan zu haben! — entspricht sehr wenig den Gepflogenheiten, wie sie im Reichstag berechtigterweise von Seiten der Abgeordneten verlangt werden können. Die Regierung kann sich nicht wundern, wenn sie eine an sich berechtigte Forderung nicht durchsetzen kann, wenn diese vertreten wird von einem Staatssekretär, der seine Sache mit anerkannt geringem Geschick führt, dafür aber um so deutlicher seine Geringschätzung der verfassungsmäßigen Institution des Reichstags erkennen läßt.

Der neue Herrscher von Albanien.

Die Hinreise des Prinzen zu Wied.

wh. Triest, 5. März. Die Kriegsjacht „Taurus“ mit dem Fürstenpaar von Albanien ist heute nachmittag 5 Uhr in Begleitung der Kriegsschiffe „Bruz“ und „Gloucester“ unter dem Kommando des österreichisch-ungarischen Geschwaders nach Durazzo abgegangen.

wh. Triest, 5. März. Der italienische Kreuzer „Quarto“, welcher heute nachmittag auf hoher See zwischen Capo d'Istria und Isola an der istrischen Küste kreuzte, erwartete dort die Vorbeifahrt des „Taurus“. Nachdem der übliche Geschützsalut gewechselt war, schloß sich der „Quarto“ dem „Taurus“ und dem englischen und französischen Kreuzer zur Fahrt nach Durazzo an.

wh. Durazzo, 5. März. Die Mitglieder der internationalen Kontrollkommission sind heute hier eingetroffen. Auch der italienische und der österreichisch-ungarische Stationär sind in Balona angekommen. Eschad-Pascha ist mit der albanischen Abordnung hierher zurückgekehrt.

Das Eintreten der Epiroten.

wh. Wien, 5. März. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Balona, daß im Auftrag Jorgaphos, des Präsidenten der provisorischen Regierung in Epirus, durch den aus Delvino eingetroffenen Pascha Mehmed Ali Verhandlungen wegen der Gewährung nationaler Garantien für die griechischen Kinderheiden in Nordpirus begonnen haben. Die Leiter der epirotischen Bewegung würden bei Erfüllung ihrer Forderungen der Besetzung der Albanien zugesprochenen Gebiete keine weiteren Schwierigkeiten machen. Man sehe die Verhandlungen als eine Folge des Eingetretens der griechischen Regierung an.

Deutsches Reich.

* Der Dank des Kaisers an den hamburgischen Senat. Dem Präsidenten des Senats, Bürgermeister Preßler, ist folgendes Telegramm des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg zugegangen: „Ew. Majestät und der hohe Senat bitte ich, meinen nochmaligen herzlichen Dank für die beiden unvergesslichen Tage entgegenzunehmen, die ich in den Mauern der freien und Hansestadt habe erleben dürfen. Ich habe es als eine besondere Ehre empfunden, als Gast des hohen Senats persönliche Beziehungen mit Männern anzuknüpfen zu dürfen, die an der kaiserkronierten Entwicklung Hamburgs so reichen Anteil haben.“ v. Bethmann-Hollweg.

* Bundesratsbeschlüsse. Der Bundesrat übertrug den Entwurf, betreffend die Bestimmungen über die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Werkstätten mit Motorbetrieb, den zuständigen Ausschüssen. Zugestimmt wurde einem Antrag auf die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Schiedsverkehr, der Vorlage, betreffend den Veredelungsverkehr mit Getreide, Reis, Hülsenfrüchten usw., und der Vorlage, betreffend den Veredelungsverkehr mit ausländischen photographischen Apparaten. Ein Antrag Hessens und ein Antrag Schwarzburg-Sonderhausen, betreffend die Anerkennung der Reifezeugnisse der heftischen Studienanstalten, bezw. der dreiklassigen Studienanstalt in Sonderhausen als ausreichender Nachweis der wissenschaftlichen Vorbildung im Sinne der Prüfungsordnung für Ärzte usw., wurde angenommen. Zur Errichtung einer Haftpflichtversicherungsgesellschaft wurde die hierfür beschlossene Satzung genehmigt.

* Zum Tode des Kardinals Kopp. Im österreichischen Herrenhaus widmete der Präsident Fürst Windischgrätz zu Beginn der Sitzung dem verstorbenen Mitglied des Herrenhauses Kardinal v. Kopp, der mit scharfem Geiste, feinem Takte und ruhiger Entschlossenheit sich der Lösung der schwierigen Aufgaben widmete, einen warmempfundenen Nachruf. Er sagte, daß die Bedeutung dieser einflussreichen imposanten Persönlichkeit weit über die Grenzen seines Bistums reichte.

* Das Domkapitel in Osnabrück wählte zum Verweser und Kapitularvikar der durch den Tod des Bischofs Boh verwaisten Diözese den Generalvikar Harting.

* Die Abberufung des deutschen Gesandten am luxemburgischen Hofe, Grafen v. Schwerin, behufs anderweitiger dienstlicher Verwendung wird im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

* Maßregelung eines preussischen evangelischen Religionslehrers. In Siegen in Westfalen ist dem evangelischen Religionslehrer des Realgymnasiums, Oberlehrer Dr. Mugler, durch eine Verfügung des Provinzialschulkollegiums in Münster die weitere Erteilung von Religionsunterricht untersagt worden. Dr. Mugler hatte eine Schrift erscheinen lassen, in der er die Moral der Bibel nach wissenschaftlichen Grundsätzen einer Kritik unterzogen. Diese Schrift hatte in orthodoxen Siegener Kreisen Anlaß zu einer Eingabe an das Provinzialschulkollegium gegeben. Die Angelegenheit erregt in weiteren evangelischen Kreisen unliebsames Befremden, da der gemahregelte Religionslehrer sich allgemeiner Beliebtheit und gerechtfertigten Ansehens erfreute.

* Ein Wahlsieg des ehemaligen Obersten Gädte. Nach heftigem Wahlkampf ist der ehemalige Oberst Gädte mit 774 Stimmen gegen 657 in Steglitz zum Gemeindevorsteher gewählt worden. Die Sozialdemokraten hatten keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, sondern stimmten gleich im ersten Wahlgang für Gädte. Er dankt also seine Wahl den Sozialdemokraten.

* Die Liga zur Verteidigung von Ost-Lothringen. Gestern fand im Landtagsgebäude zu Strassburg i. E. eine besondere Sitzung der neugegründeten „Liga zur Verteidigung von Ost-Lothringen“ zum Zwecke des Satzungsentwurfs statt. Darnach ist der Zweck der Liga: 1. Unbegünstigte An-

griffe und Verhättnissen, die gegen Elend-Leiden und seine Bewohner erfolgen, gütigend zurückzuweisen und richtigzustellen; 2. in erforderlichen Fällen die strafrechtliche Verfolgung derjenigen in die Wege zu leiten, die einen Widerstand der von ihnen ausgestellten unrichtigen Behauptungen und Verleumdungen betreiben. Mitglied kann jeder Reichsangehörige werden ohne Unterschied des Geschlechts. Die konstituierende Versammlung findet nächste Woche statt.

Die Aufwandsentschädigung für Familien mit mehr als drei dienstfähigen Söhnen werden nach einem Reichstagsbeschluss jährlich je 240 M. während der gesetzlichen Dienstzeit betragen. Der Etat für 1914 sieht zu diesem Zweck 480 000 Mark vor. Für die Gewährung der Aufwandsentschädigungen sind Ausführungsbestimmungen erforderlich. Man darf annehmen, daß der Bundesrat die Vorlage in kurzer Zeit verabschiedet wird, da die Entschädigungen bereits vom 1. April dieses Jahres ab gezahlt werden sollen.

Bayern und die französische Fremdenlegion. Die „Bayerische Staatszeitung“ nimmt offiziell zu den Auslassungen des Pariser „Matin“ über Bayern und die französische Fremdenlegion Stellung und weist hierauf auf die bereits früher gemachte Feststellung der bayerischen Staatsregierung, daß die Beschuldigungen, der französische Konsul in München habe mit Agenten der Fremdenlegion in Verbindung gestanden, vollkommen haltlos sind.

Verbot des Durchgangsverkehrs von holländischem Vieh. Der deutsche Gesandte in Haag hat der holländischen Regierung mitgeteilt, daß die preussische Regierung wegen der in Holland verzeichneten Fälle von Maul- und Klauenseuche den Durchgangsverkehr von holländischem Vieh durch Deutschland vorläufig verboten hat.

Neue Ankäufe der Anstaltungs-Kommission in der Ostmark. Der Landwirt Mieschitzky verkaufte in Dufsho sein 204 Morgen großes Besitztum für 100 000 M. an die Anstaltungs-Kommission.

Die Reichstagswahl in Braunsberg. Die Reichstagswahl im Wahlkreis Braunsberg-Heilsberg findet am 24. April statt.

Parlamentarisches.

Südwestafrica in der Budgetkommission des Reichstags. Ein Zentrumsmittglied empfahl in der gestrigen Sitzung der Kommission nochmals den Antrag, 9 Millionen aus den Überschüssen von 1913 zur Verminderung des Reichszuschusses zu verwenden. Der Staatssekretär wies darauf hin, wie der Gouverneur noch im Jahre 1910 gerade den Vorwurf abgewehrt habe, als ob die Verwaltung die Diamanteneinnahmen für das Reich verwenden will. Diese Einnahmen sind nicht dauernd, sondern es handelt sich dabei um die Aufzehrung eines Kapitals, das dem Schutzgebiet gehört. Ein fortschrittlicher Redner erklärte es für kleinlich, wenn man die Einnahmen des Schutzgebietes zur Deckung eines Reichsdefizits verwendet. Es kann sich nur darum handeln, so viel zur Verminderung des Zuschusses zu verwenden, als man als dauernden Überschuss ansehen kann, das ist etwa so viel wie der Betrag, der für 1914 als Beitrag des Schutzgebietes zu den militärischen Kosten in Betracht kommt. Der Staatssekretär stimmte dieser Anregung zu. Das fortschrittliche Mitglied gab seinem Antrag die Fassung: Für 1913 ist ebenso viel an dem Reichszuschuss zu streichen, wie es für 1914 in dem Etat vorgesehen ist. Ein Zentrumredner bestritt das Anrecht des Schutzgebietes auf die Diamanteneinnahmen, da das Reich auch die Beiträge des Schutzgebietes decken muß. Sein Antrag widerspreche der soliden Finanzgebarung nicht, denn man rechne noch auf 12 Jahre mit Diamantenerträgen. Der Staatssekretär warnte vor solchem Optimismus. Die Betriebskosten der Diamantengewinnung wachsen, während die Einkünfte zurückgehen werden. Die Abstimmung wurde ausgesetzt. Die Forderung von 300 000 Mark für die Gründung der Halbschmelzgesellschaft zur Erforschung des Diamantenspergebietes wird bewilligt. Die Kommission ging dann zur Beratung des Hauptetats für Südwestafrica über. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Vermehrung der Zahl der Eingeborenenkommissare wurde angenommen. Dann wurde bessere Fürsorge für die Buschleute angeregt, um diese sesshaft zu machen.

Die Sonntagserhohungskommission des Reichstags erledigte gestern die Beratung der Sonntagserhohung für die Bedarfsgegenstände und nahm unter Ablehnung der übrigen An-

träge folgenden Antrag unter großer Mehrheit (16 Stimmen) an: In allen Gemeinden ist für offene Verkaufsstellen, in denen lediglich Bad- und Konditorwaren feilgehalten werden, eine Beschäftigung bis zu 6 Stunden, in öffentlichen Verkaufsstellen, in denen lediglich Milch und Molkereierzeugnisse, Fleisch, Fleisch und Fleischwaren feilgehalten werden, eine Beschäftigung bis zu 3 Stunden an Sonn- und Feiertagen zulässig. Die hohe Verwaltungsbehörde kann, abgesehen von den vorgenannten Verkaufsstellen, in Gemeinden mit über 75 000 Einwohnern für solche Gewerbebetriebe, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Feiertagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervorzuhebender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, Ausnahmen von der Sonntagsruhe bis zu 2 Stunden, die ununterbrochen sein müssen und nicht über 1 Uhr hinausgehen dürfen, gestatten. Die Aussprache wandte sich dann der Frage der hohen Festtage zu. Hierzu wurde beschlossen, daß am ersten Weihnachtstag, Oster- und Pfingsttag sowie am Karfreitag und Fronleichnamstag, so weit diese beiden Tage als Feiertage ortsgesetzlich anerkannt sind, Geschäfte, Lehrlinge und Arbeiter überhaupt nicht, am Neujahrstage, am zweiten Weihnachtstag, Oster- und Pfingsttag und am Himmelfahrtstag nur so weit beschäftigt werden dürfen, als Ausnahmen auf Grund behördlicher oder statutarischer Anordnung im Interesse zugelassen sind.

Eine Anfrage über das Arbeitsverhältnis der Straßenbahner. Die Sozialdemokraten Dr. Quard und Schumann haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Ist dem Herrn Reichsminister bekannt, daß eine der mehrfach ausgesprochenen Wünschen des Reichstags widersprechende und einseitige Regelung der Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner, bei der außerdem lediglich die Unternehmer, nicht aber die Angestellten zur Vorberatung zugezogen wurden, vor kurzem mit Gültigkeit vom 1. April 1914 ab für Preußen allein vorgenommen worden ist? Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um eine der einheitlichen Entwicklung der Straßenbahnen im Reich entsprechende einheitliche Regelung der Dienstvorschriften für Straßenbahner herbeizuführen und die Forderung der Angestellten und ihrer Verbände neben derjenigen der Unternehmer für die Vorberatung solcher Vorschriften zu sichern?

Die Unterrichts-Kommission des Abgeordnetenhauses bezieht am Mittwochabend Petitionen. Zur Erwägung wurde eine Petition, betreffend Erweiterung der Rechte der außerordentlichen Professoren, überwiesen, nachdem ein Regierungsvertreter auf das Entgegenkommen des Kultusministers gegenüber den Wünschen der Extraordinarien hingewiesen hatte.

Heer und Flotte.

Der Kaiser in Wilhelmshaven. Der Kaiser verließ gestern um 5 Uhr nachmittags das Linienfährt „Deutschland“ und fuhr im Automobil nach dem Fort Rüsterfel, von wo er einen Spaziergang am Deich machte. Um 6 1/2 Uhr kehrte er an Bord der „Deutschland“ zurück, die inzwischen in der Schleuse festgemacht hatte und in der Nacht nach Helgoland in See gehen soll. (Vergl. „Rechte Drahtberichte“).

Deutsche Schutzgebiete.

Eine Strafexpedition auf Bougainville. Berlin, 5. März. Das Landungs-Korps S. M. S. „Cormoran“ führte, wie auf funktentelegraphischem Wege gemeldet wird, mit dem Stationsleiter und der Voligiertruppe von Rieta auf der Bougainville-Insel eine sechstägige Expedition nach dem südwestlichen Teile der Insel als Demonstration und gleichzeitig als Strafexpedition aus. Eine Stammesfehde der Eingeborenen wurde dabei unterdrückt. Die Haltung der Truppen war vorzüglich.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der österreichische Ministerpräsident zur innerpolitischen Lage. Wien, 5. März. In der heutigen Senatskonferenz betonte der Ministerpräsident, die Verabschiedung der Wehrvorlage sei eine unerlässliche Notwendigkeit. Ihre Erledigung sei ein Mahn- und Gebot für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Hauses. Der Ministerpräsident hob noch die Bedeutung der Kreditvorlage zur Verringerung der

Wirtschaftskrise hervor, die glücklicherweise allmählich einer Besserung entgegengehe, sowie die Wichtigkeit der böhmischen Vorlage und der Lokalbahnvorlage. Die Regierung strebe nach wie vor auf dem einzigen schlagenden Wege die Lösung der Ausgleichsfrage mit Böhmen an.

Eine kürzliche Eröffnungssitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses. Wien, 5. März. Das Abgeordnetenhaus bot in der heutigen Eröffnungssitzung der neuen Session genau dasselbe Bild wie vor der Vertagung, nämlich die Obstruktion und völlige Ratlosigkeit der Parteien. Gleich zu Beginn der Sitzung sprachen drei tschechische Redner zur neuen Geschäftsverhandlung, so daß von einem Eingehen in die Tagesordnung keine Rede sein konnte. Der Präsident Dr. Schwestre, der die Geschäftsordnung diesmal etwas schärfer handhabte, hat sämtlichen drei Rednern das Wort entzogen. Da der Krawall bei den Tschechen nach jeder Wortentziehung einen progressiven Charakter zeigte, wurde die Sitzung unterbrochen und es trat die Obmann-Konferenz zusammen, um zu beschließen, was weiter geschehen solle. Wie es heißt, wurde der Beschluß gefaßt, das Abgeordnetenhaus auf acht Tage zu vertagen.

Der drohende Paragraph 14. Wien, 5. März. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Wie aus informierten parlamentarischen Kreisen verlautet, stellt die Regierung, falls sie durch die parlamentarische Situation zu einer neuerlichen Vertagung des Hauses gezwungen werden sollte, die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel im Wege des Paragraphen 14 sicher. In der betreffenden kaiserlichen Verordnung dürfte die Regierung ermächtigt werden, eine schwebende Schuld aufzunehmen, und zwar sollen langfristige Staatsanleihen ausgeben werden. Diese Maßnahme wird frühestens nach Ostern verwirklicht.

Frankreich.

Poincaré bei dem Verein für Französisch-Afrien. Paris, 6. März. Bei einem Bankett des Vereins für Französisch-Afrien hielt Präsident Poincaré eine Rede, in der er u. a. sagte, der Verein beschränke seine Tätigkeit nicht bloß auf die Frankreich gehörigen afrikanischen Gebiete, er habe auch gemeinsam mit der französischen Diplomatie dafür gewirkt, daß im Orient endlich eine Ära des Friedens und der Arbeit beginne, daß Frankreich in Kleinasien an der Seite der anderen großen europäischen Nationen denjenigen Anteil an den wirtschaftlichen Vorteilen erhalte, auf welchen es kraft seiner materiellen und moralischen Interessen sowie seiner Überlieferungen ein Recht habe.

Eine irrtümliche Mobilisation. Paris, 5. März. Die Reservisten der Gegend von Montbéliard erhielten vor einigen Tagen Mobilisationsbefehle, denen sie sofort nachkamen. In Belfort, wo die Reservisten am späten Nachmittag eintrafen, wurde jedoch festgestellt, daß es sich um einen Irrtum handelte. Den Reservisten wurde die Order erteilt, heimzukehren. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein Postbeamter der Urheber dieser irrtümlichen Mobilisierung war. Er hatte aus Versehen einen für die Militärbehörde bestimmten Briefsack geöffnet und die darin enthaltenen Mobilisationsbefehle den Reservisten zugestellt. — Paris, 6. März. Wie eine Note des Kriegsministeriums erklärt, ist die irrtümliche Mobilisierung der Reservisten von Montbéliard dadurch entstanden, daß der Umschlag, der die Mobilisationsbefehle enthielt, zerriß. Dadurch seien dann dieselben unter die anderen Briefschaften geraten und irrtümlich zugestellt worden.

Zum Spionagefall in Cherbourg. Cherbourg, 6. März. Die Untersuchung in der Spionageangelegenheit in Cherbourg wird in größter Heimlichkeit geführt. Es ist jetzt weiter bekannt geworden, daß der richtige Name der Verhafteten Eva Gornetter lautet. Alle an sie aus Deutschland gerichteten Briefe wurden zunächst an eine Mittelsperson in Nancy ge-

Feuilleton.

Konzert.

In seinem Eigenheim, der „Wartburg“, gab gestern der „Wiesbadener Männergesang-Verein“ das 2. Vereinskonzert dieser Saison. Auf dem stufenweis ansteigenden Podium saß der Chor — wohl an hundert Sänger — zweckdienlich ausbreitet, der Ton frei und unhindert entfaltete: im vollen Fortissimo erscheint er bei der klaren Aufsicht des Chores fast allzu dröhnend und mächtig. Im übrigen war es gerade wieder das saftige Kalorit, die Verschiedenartigkeit der dynamischen Farben, die fluge Verteilung von Licht und Schatten, was alles den Vorträgen dieses Vereins seinen ganz eigenen Reiz verleiht. Gesänge, wie „Der Trompeter an der Mauer“ von R. Reumann oder „Totenwall“ von F. Hegar, erfreuten dadurch eine förmlich greifbare Deutung. Was für tüchtige Einzelkräfte im Verein tätig sind, bewiesen die gestern zu solistischem Eintreten berufenen Herrn Gerhard (Bariton) und Arnold (Tenor), und ich meine, alles in allem, den Chor selten so frisch und herzhast haben singen hören wie gestern. Sehr guten Eindruck hinterließ da auch das „Salve Regina“ von Schubert: vornehmlich in den zart gehaltenen Partien erfreute die Klarheit und Durchsichtigkeit des Ensembles. Daß alle musikalischen Vorbedingungen in der Wiedergabe der Chöre bis zu einem hohen Grade erfüllt waren, bedarf keiner weiteren Versicherung: steht doch Herr Professor Franz Manns a e d t als Chormeister an der Spitze; und er meisterte auch gestern den Chor mit aller erdenklichen Umsicht und Fürsorge.

Daß der treffliche Künstler an diesem Abend auch als Klaviervirtuose solistisch auftrat, überraschte allgemein. Da Herr Manns a e d t gerade jetzt durch die ausgiebigen „Parität“-Proben in Anspruch genommen ist und daneben doch noch zu „Lektionieren“ und in den verschiedensten Konzerten zu „dirigieren“, „exekutieren“ und „akkompagnieren“ hat, so muß eine solche musikalische Elastizität fast unheimlich und unbegreiflich erscheinen. Und dabei war er gestern, wie immer, mit voller Freude und Jugendfrische bei der

Sache! Sein Spiel atmete all jene Gesamtheit und Eleganz, durch die es von jeder ausgezeichnet war. Mendelssohns formidables „Pis-Moll-Scherzo“, „Jag“ dem Pianisten besonders gut: er spielte es bei aller gebotenen Fügigkeit in subtiler Ausfaltung. Chopin und Liszt folgten: des ersten „Des-Dur-Rocourne“ und „P-Moll-Scherzo“ erfreuten noch besonders — jenes durch die zartfühlende Tonbehandlung, dies durch virtuosens Pfund. Das Publikum feierte den beliebten Künstler durch stürmische Beifallsdemonstrationen.

Eines großen Erfolges durfte sich auch die Gesangs-Solistin rühmen: es war Fel. Mary Mora v. Goeß (aus Berlin). Schon die Erscheinung dieser Sängerin — diese königliche Gestalt, hohen schlanken Wuchses, die feingeschulten Züge, die Stirn von lichte blonden Haaren umflossen — mußte jedem Konzertsaal zum Schmuck gereichen: zum Glück singt aber Fel. v. Goeß auch ganz so, wie sie aussieht. Ihr schlanker Sopran ist von edler Kultur, von hellem Timbre und frischem Klang; Licht und — Mond. Die Sängerin brachte alte und neue Lieder von Schubert, Brahms, von unsern bekannten Wiesbadener Herrn Arthur Fleischer (Sie haben schon früher in diesem Blatt rühmende Erwähnung gefunden), von R. Reger und Rich. Strauß, und was sie auch sang — man glaubte ihr alles; selbst die einen Moment verlassende Nachtigall in Brahms' „Waldeinsamkeit“. Eine nur anfänglich noch bemerkbare Neigung zum Vibrato des Tones bei stärkerer Anspannung des Organs konnte den durchaus günstigen Eindruck der Vorträge nicht weiter gefährden; von ganz seltener Schönheit ist besonders die Mezzosopran; dies Piano der Kopfstimme; ein Piano von süßem Schmelz und traumhafter Zartheit! Und so sang sich Mary Mora v. Goeß in die Herzen der Hörer.

O. D.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. In der Kennung des Titels der Komödie von Eugen Brieux hat sich ein Fehler eingeschlichen. Das Werk heißt richtig: „Der Bürger auf dem Land“ und nicht, wie uns irrtümlich angegeben wurde, „Der Bauer auf dem Land“.

„Die Mutter“, eine Bühnenhandlung in drei Akten von Johannes Traub, gelangte im Bremer Schauspielhaus zur Uraufführung. Der tiefe Ernst, die ethische Wucht des Werkes sichern ihm einen Ehrenplatz innerhalb unserer modernen Dramatik. Die Aufführung, die der Dichter selbst inszeniert hatte, erhielt vielen Beifall.

Ein neues Stück von Bernard Shaw „Die große Katharina“, das eine Liebesgeschichte aus dem Leben der großen Zarin behandelt, wird seine deutsche Uraufführung im Apollo-Theater in Wien erleben.

In den Münchener Kammerspielen hatte die Uraufführung des Revolutionsdramas „Die Wölfe“ von Romain Rolland, deutsch von Wilhelm Herzog, einen starken Darstellungserfolg.

Stübende Kunst und Musik. In Berlin wurde in der großen Wandelhalle des Herrenhauses die unter dem Protektorat des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg stehende Ausstellung deutscher Edelsteine und Edelmetalle eröffnet.

„Der Regimentspapa“, das neue Vaudeville von Richard Kellner und Heinrich Stobitzer, Musik von Viktor Holländer, errang im Berliner Residenztheater einen starken Heiterkeitserfolg.

Franz Schrekers Oper „Der ferne Klang“ hatte vor wenigen Tagen am Hoftheater in München unter Bruno Wüllers bewunderter Leitung einen durchschlagenden Erfolg. Der Komponist wurde nach jedem Akte hervorgehoben und mußte etwa 30 Hervorrufen folgen. Intendant Baron Brandenstein hat am Tage nach der Premiere das Uraufführungsrecht von Schrekers eben vollendeter Oper „Die Gezeichneten“ für die Münchener Hofbühne erworben und wird das Werk im Frühjahr 1915 herausbringen.

„Klinghor“, ein lyrisches Drama in drei Akten, Gedicht und Musik von M. R. Chansine, Dantanche, ist erstmalig im Stadttheater zu Nîmes mit schönem Wirkungserfolg gegeben worden.

Wissenschaft und Technik. Sir Ernest Shackleton teilt mit, daß ihm jetzt einschließlich des Zuschusses der Regierung eine Million Mark für die Kosten seiner Expedition zur Verfügung stehe.

landt, welche die Sendung nach Cherbourg weiter beförderte, so daß die Briefe keinen weiteren Verdict erregen konnten. Jeden Monat empfing Frau Horner den Betrag von 500 M. in Form eines Schecks der Bank von Frankreich in einem Briefe eingeschlossen. Sowohl ihre Wohnung als auch ihren Namen wechselte sie sehr häufig. Zuletzt machte sie die Bekanntschaft eines Maschinenführers eines Unterseebootes, zu dem sie zog, wodurch sie die polizeiliche Anmeldung umging. Man wird hier der Angelegenheit die größte Bedeutung bei. Am gestrigen Tage hatte der Oberstaatsanwalt mit dem Admiralstabchef der ersten Marine-Division und mit dem Admiral Le Nord eine längere Besprechung.

Die Flottenmanöver. Paris, 6. März. Offiziell wird gemeldet, daß die großen Flottenmanöver voraussichtlich am 11. Mai beginnen und etwa drei Wochen dauern werden.

Gegen die Unsitlichkeit in Varietés. Paris, 6. März. Das Justizministerium erteilte dem Pariser Oberstaatsanwalt den Auftrag, die Direktoren der Zingeltang, in denen unsittliche Schaustellungen veranstaltet werden, vor dem Justizpolizeigericht zu belangen und strenge Bestrafungen zu beantragen.

England.

Der Militäretat. London, 5. März. Der Militäretat für 1914/15 beläuft sich auf 28 845 000 Pfund, das ist eine Zunahme gegen das Vorjahr um 625 000, wovon 480 000 Pfund auf die Entwicklung der militärischen Luftschiffahrt zurückzuführen sind, wofür eine Million ausgeworfen worden sind.

Neue Gesetzentwürfe. London, 5. März. (Unterhaus.) Die Gomerulebill wurde unter dem Beifall der Liberalen und Nationalisten wieder eingebracht, ebenso der Gesetzentwurf für die Trennung der Kirche vom Staat in Wales und der Gesetzentwurf für die Abschaffung der Pluralstimmen bei den Wahlen.

Ein Diner beim deutschen Botschafter. London, 6. März. Der Kaiserlich deutsche Botschafter und Fürstin Lichnowsky gaben gestern Abend in der Botschaft ein Diner. Unter den Gästen befanden sich der italienische Botschafter und Gemahlin, der dänische Gesandte, Lord Chesterfield, Lord Saldane, Lord Stamfordham und Gemahlin, Lord Granard, Sir Edward Grey, Sir William Tyrrell und Gemahlin, Lord Crewe und Gemahlin, Mr. Albert Spencer und Gemahlin sowie Sir Eyre-Crowe und Gemahlin.

Schweden.

Die Wehrvorlage. Stockholm, 5. März. Das Schwedische Telegramm Bureau ist ermächtigt, das Staatsprotokoll vom 3. März zu veröffentlichen, in dem Staats- und Kriegsminister Hammarskjöld die Verteidigungsvorlage der Regierung begründete. Eine Hauptaufgabe sei die Winterausbildung. Deshalb werde eine zusammenfassende Rekrutenschule von 250 Tagen vorgeschlagen, die in der letzten Woche des Oktobers oder spätestens am 1. November zu beginnen hätte. Den Studenten und den mit ihnen Gleichgestellten würden besonders große Forderungen betreffs einer reichlicheren, jedoch höchstens 500 Tage umfassenden Dienstzeit gestellt werden. Weiter würden Veranlassungen zur Sicherung gewisser Land- und Seebefestigungen gegenüber überwachenden Angriffen angekündigt. Ein Jahrgang werde durch die Herabsetzung des wehrpflichtigen Alters um ein Jahr gewonnen. Der wesentliche Teil der Flotte sei die Küstenflotte, die aus mindestens zwei Divisionen Panzerschiffen mit je 4 Schiffen bestehen soll. Die Küstenflotte müsse vier Divisionen Torpedojäger von im ganzen 16 Schiffen sowie zwei Divisionen Unterseeboote zählen, beides Schiffstypen von kräftigerer Konstruktion als bisher. Die Ausgaben bei der Durchführung der neuen Verteidigungsvorlage werden als bedeutend bezeichnet, deshalb wird eine progressive Wehrsteuer auf die großen Vermögen und die großen Einkommen angekündigt. Das Staatsprotokoll schließt mit folgender Erklärung des Königs: Nach meiner Auffassung soll das Volk Gelegenheit haben, durch die Neuwahlen zur Zweiten Kammer seine Ansichten über die Verteidigungsfragen zu erkennen zu geben. Von der Lösung der Lebensfrage des Landes hängt die Möglichkeit ab, Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren und unsere Unabhängigkeit zu schützen. Ich stimme also der Vorlage des Staatsministers zu. Ich möchte bei dieser Gelegenheit erklären, daß jeder Wunsch oder jedes Streben nach einer persönlichen Königsmacht mir fremd war, ist und bleiben wird. Nach den Geboten der Verfassung und ihrem Geiste habe ich, getreu meinem Wahlspruch: „Mit Gott für das Vaterland“, bisher mein Königsamt verwaltet. Von meinem festen Entschlusse, dies auch in Zukunft zu tun, werde ich niemals abweichen.

Italien.

Eine Hausdurchsuchung bei dem Diener Rampolla. Rom, 6. März. In der Wohnung des vor einigen Tagen verhafteten Dieners des verstorbenen Kardinals Rampolla wurde gestern eine Hausdurchsuchung abgehalten. Außer einer größeren Geldsumme wurden wichtige Dokumente gefunden und beschlagnahmt.

Türkei

Die Hochzeit Enver-Paschas. Konstantinopel, 5. März. Heute fand die Trauung des Kriegsministers Enver-Pascha mit der Prinzessin Nadia, einer Nichte des Sultans und Tochter des verstorbenen Prinzen Suleiman, statt, der die kaiserlichen Prinzen, die Minister und Senatoren beizuhauten.

Vereinigte Staaten.

Die Aufhebung der Panamaklausel. Washington, 5. März. In gemeinsamer Sitzung des Kongresses richtete Präsident Wilson heute persönlich eine Botschaft an den Kongreß, in der er ihn aufforderte, die Ehre der Vereinigten Staaten durch Aufhebung der Klausel der Panamaklausel, welche die amerikanische Küstenschiffahrt von den Kanalgebühren befreit, aufrecht zu erhalten. Er erklärte, die Befreiung der amerikanischen Schiffe von den Abgaben sei eine mißverständliche Wirtschaftspolitik und widerspreche dem englisch-amerikanischen Vertrag von 1901.

(Gey-Panacefote-Vertrag). Obwohl dies seine bisher kürzeste Botschaft sei, so sei keine Mitteilung von schwereren, weitreichenderen Folgen für die Interessen des Landes gewesen. Der Präsident appellierte ernstlich an die Gerechtigkeit und Weisheit des Kongresses und fügte hinzu: Wir haben den Verträgen und seinen Worten zugestimmt und haben ihn angenommen, wofür wir ihn nicht selbst geschaffen haben. Wir sind eine zu große, mächtige, uns selber zu sehr achtende Nation, als daß wir mit einer zu gezwungenen und erklügelter Lesart unsere Versprechungen interpretieren könnten, gerade, weil wir genug Macht haben, uns zu gestatten, sie auszulegen, wie wir wollen. Der Präsident verließ sofort nach der Verlesung ohne weitere Zeremonien wieder das Haus. Zehn Minuten später brachte Chilton im Senat einen Gesetzentwurf ein, der den Präsidenten ermächtigt, die Klausel über die Befreiung der amerikanischen Küstenschiffe von den Panamakanalgebühren aufzuheben.

Wilson und die Mexikopolitik. Washington, 6. März. Staatssekretär Bryan erklärte in einer Konferenz mit der Kommission des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten, eine Erörterung über Mexiko sei augenblicklich unratig. Beiläufig bemerkte er, daß nicht nur England, sondern alle Nationen die amerikanische Mexikopolitik auf Entschädigung unterstützen. Er betonte, daß in allen Fällen, wo Ausländer Verluste erlitten hätten, alle Schuldigen bestraft werden müßten und sprach das Vertrauen in die Untersuchung des Falles Venton aus, die General Carranza angeordnet hat.

Luftfahrt.

Unfall eines französischen Offiziersfliegers. Paris, 5. März. Auf dem Flugplatz von Pau stürzte ein Eindecker des Militärfliegers Desfray aus etwa 50 Meter Höhe herab und wurde vollständig zertrümmert. Der Offizier erlitt einen Beinbruch und auch anscheinend innere Verletzungen.

Die Beschränkung der Schankkonzessionen.

Dem Reichstag ist gestern, wie schon kurz gemeldet, die Gewerbeordnungsnovelle zugegangen, die sich mit den Zuständen im Schankgewerbe beschäftigt.

Der § 33 der Gewerbeordnung soll folgende neue Fassung erhalten: Der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft mit geistigen oder nichtgeistigen Getränken oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben will, bedarf dazu der Erlaubnis. Die Landeszentralbehörde bestimmt die Voraussetzungen, unter denen der Handel mit Branntwein oder Spiritus als Kleinhandel angesehen ist. Die Erlaubnis ist nur dann zu versagen: 1. wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der Nachsuchende die erforderliche Zuverlässigkeit in bezug auf den Gewerbebetrieb nicht besitzt, insbesondere, daß er das Gewerbe zur Förderung der Wöllerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei, der Unsittlichkeit oder zum Vertrieben veräuschelter oder verdorbener Nahrungs- oder Genussmittel mißbrauchen werde; 2. wenn die zum Betrieb des Gewerbes bestimmten Räumlichkeiten wegen ihrer Beschaffenheit oder Lage den polizeilichen Anforderungen nicht genügen. Die Landeszentralbehörde oder die von ihr Bezeichnete Behörde kann Bestimmungen über diese Anforderungen erlassen; 3. wenn ein Bedürfnis nicht nachgewiesen ist. Vor der Erteilung der Erlaubnis ist die Ortspolizei- und die Gemeindebehörde gutachtlich zu hören. Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus darf wieder mit einer Schankwirtschaft mit nichtgeistigen Getränken noch mit einer Speisewirtschaft zusammen betrieben werden. Die Landeszentralbehörde oder die von ihr Bezeichnete Behörde kann im Interesse der Gesundheit und der Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes in Gast- und Schankwirtschaften, insbesondere über die Zulassung, die Beschäftigung und die Art der Entlohnung weiblichen Personals Bestimmungen erlassen. Die Landeszentralbehörde oder die von ihr Bezeichnete Behörde kann den Ausschank von Wein und verwandten Getränken und den Kleinhandel mit solchen Getränken beschränken oder verbieten. Die vorstehenden Vorschriften finden auf Vereine, die den gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- oder Wirtschaftsbedürfnissen im großen und deren Absatz im Kleinen zum ausschließlichen oder hauptsächlichsten Zweck haben, einschließlich der bereits bestehenden, auch dann Anwendung, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Die Landeszentralbehörde kann verordnen, daß die vorstehenden Vorschriften auch auf andere Vereine, einschließlich der bereits bestehenden, selbst dann Anwendung finden, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Hierbei kann bestimmt werden, daß bei diesen Vereinen nur die Erlaubnis zum Ausschanken von Branntwein oder Spiritus von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses abhängig ist. Die von der Landeszentralbehörde Bezeichnete Behörde ist befugt, Personen, die einen der im Absatz 1 genannten Betriebe von einem anderen übernehmen, die Ausübung des Gewerbes bis zur Erteilung der Erlaubnis auf Widerruf zu gestatten; die Erlaubnis kann für längstens drei Monate erteilt und ausnahmsweise auf weitere drei Monate ausgedehnt werden. Die Entscheidungen sind endgültig.

Der § 33a soll wie folgt lauten: Wer gewerbmäßig Singspiele, Gesangs- und bellamatorische Vorträge, Vorstellungen von Personen oder Tieren oder theatralische Vorstellungen, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwaltet, oder Lichtspiele in seinen Wirtschaften oder sonstigen Räumen öffentlich veranstalten oder zu deren öffentlicher Veranstaltung seine Räume benutzen lassen will, bedarf zum Betrieb dieses Gewerbes der Erlaubnis, ohne Rücksicht auf die etwa bereits erwirkte Erlaubnis zum Betrieb des Gewerbes als Schauspielunternehmer. Die Erlaubnis ist nur dann zu versagen: 1. wenn gegen den Nachsuchenden Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die beabsichtigten Veranstaltungen den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen werden, oder wenn der Nachsuchende die erforderliche Zuverlässigkeit in bezug auf den Gewerbebetrieb nicht nachzuweisen vermag; 2. wenn die zum Betrieb des Gewerbes bestimmten Räumlichkeiten wegen ihrer Beschaffenheit oder Lage den polizeilichen

Anforderungen nicht genügen. Die Landeszentralbehörde oder die von ihr Bezeichnete Behörde kann Bestimmungen über diese Anforderungen erlassen; 3. wenn der den Verhältnissen des Bezirks entsprechenden Anzahl von Personen die Erlaubnis bereits erteilt ist. Vor Erteilung der Erlaubnis ist die Ortspolizeibehörde gutachtlich zu hören. Aus den im Absatz 2 unter Nr. 1 angeführten Gründen kann die Erlaubnis zurückgenommen werden. Aus den gleichen Gründen kann solchen Personen, welche eines der im Absatz 1 erwähnten Gewerbe zu einer Zeit begonnen haben, als eine Erlaubnispflicht dafür noch nicht bestand, der Gewerbebetrieb untersagt werden. Der Erlaubnis der im Absatz 1 bezeichneten Art unterliegen, wenn sie in einer Schankwirtschaft veranstaltet werden, um den Umsatz an Speisen und Getränken zu vermehren, neben den vorstehenden Vorschriften der besonderen Regelung durch die von der Landeszentralbehörde Bezeichnete Behörde. Die Ortspolizeibehörde ist befugt, gewerbmäßige Instrumental-Musik-aufführungen jeder Art und gewerbmäßige phonographische Vorstellungen in Schankwirtschaften oder an anderen öffentlichen Orten, wenn dadurch die Nachbarschaft erheblich belästigt wird, zu verbieten oder zu beschränken. Gegen die Befugnis der Ortspolizeibehörde ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig. Diese entscheidet endgültig.

Der § 33b erhält folgende neue Fassung: Der Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bedarf, wer gewerbmäßig, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwaltet, 1. Schaustellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten, 2. Musikaufführungen von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen darbieten will. Eine Erlaubnis nach Absatz 1 Nr. 1 ist nicht erforderlich, wenn die Darbietungen in Räumen erfolgen sollen, für welche eine entsprechende Erlaubnis nach § 33a erteilt ist.

Im § 35 der Gewerbeordnung erweitert der Entwurf die bisherige Befugnis zur Unterlegung des Kleinhandels mit Bier zu einer gesetzlichen Pflicht, wie solche in den anderen Fällen des § 35 gegeben ist, und als Voraussetzung für die Unterlegung wird allgemein die Unzuverlässigkeit des Gewerbebetreibenden vorgeschrieben. Was für den Bierleinhandel gilt, gilt entsprechend von dem Betrieb von Speisewirtschaften (Verkauf zubereiteter Speisen zum Genuß auf der Stelle). Unter den § 40, der in seinem ersten Absatz durch die Einschaltung „soweit nicht besondere reichsrechtliche Vorschriften dies zulassen“, ergänzt wird, eine Einschaltung, die auch durch das in Vorbereitung befindliche Bühnengesetz erforderlich wird, wird folgender § 40a eingefügt: Bei dem Vorliegen eines besonderen Bedürfnisses kann die Ortspolizeibehörde den Betrieb von Schankwirtschaften vorübergehend und auf Widerruf gestatten. Die Entscheidungen sind endgültig.

Neu eingefügt wird ferner folgender § 41b: Wird ein Unternehmen, das nach den §§ 33, 33a der Erlaubnis bedarf, von einer anderen als natürlichen Person betrieben, so erteilt die ihr erteilte Erlaubnis mit dem Ablauf von 25 Jahren nach der Erteilung; für Unternehmen, die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes bestehen, erteilt die Befugnis zum Betrieb, auch wenn bisher eine Erlaubnis nicht erforderlich war, mit dem Ablauf von 25 Jahren nach diesem Tage.

Eine weitere Beschränkung des Bierleinhandels will der Entwurf durch Änderung des § 42a erreichen. Im Absatz 1 dieses Paragraphen ist ausnahmsweise zugelassen, daß Bier in Flaschen, obwohl dessen Ankauf und Heißbieten im Umherziehen verboten ist, von Ortsanwohnern von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten feilgeboten oder zum Weiterverkauf angekauft werden darf. Ein Bedürfnis für einen solchen Gewerbebetrieb wird nicht mehr anerkannt. Der Entwurf hebt daher die Ausnahmebestimmung auf, soweit nicht die Abgabe von Bier an Weiterveräußerer erfolgt. Die Abgabe an Weiterveräußerer hat zu Mißständen nicht geführt und ist vielfach für die Brauereien eine Lebensfrage. Sie bleibt daher durch entsprechende Einschaltung zulässig. Der § 45 lautet gegenwärtig: Die Befugnisse zum betrieblen Gewerbebetriebe können durch Stellvertreter ausgeübt werden; diese müssen jedoch den für das in Rede stehende Gewerbe insbesondere vorgeschriebenen Erfordernissen genügen. Diese Vorschrift wurde bislang im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe in mißbräuchlicher Weise ausgenutzt, um unter Umgehung des Gesetzes die mit der Konzessionierung verbundenen Vorteile zu vereiteln. Um das für die Zukunft unmöglich zu machen, gibt der Entwurf dem § 45 folgende Zusätze: Das gleiche gilt für Personen, die der Gewerbebetriebe zur Leitung eines der im § 33 Bezeichneten Betriebe oder eines Teils derselben oder zur Beaufsichtigung bestellt hat.

Der Betrieb der im § 33 Absatz 1 Bezeichneten Gewerbe darf, abgesehen von den Fällen des § 46, Stellvertretung nach dem Tode des Gewerbebetreibenden, nur dann durch Stellvertreter ausgeübt werden, wenn besondere Umstände der vorläufigen Ausübung entgegenstehen. Die Ausübung des Betriebs durch den Stellvertreter bedarf der Erlaubnis der von der Landeszentralbehörde Bezeichneten Behörde. Wird die Erlaubnis verlost oder zurückgenommen, so ist dies dem Beteiligten mittels schriftlichen Bescheides, unter Angabe der Gründe, zu eröffnen. Wegen den Bescheid ist der Refus zulässig. Der Refus hat keine aufschiebende Wirkung. Wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften der §§ 90 und 91.

Die Strafbestimmungen in § 147 Absatz 1 erhalten in Nr. 1 folgenden veränderten Zusatz als zweiten Absatz: Wer vorsätzlich ohne die vorgeschriebene Erlaubnis den Betrieb eines der im § 33 Absatz 1 oder der im § 33a Bezeichneten Gewerbe unternimmt oder fortgesetzt hat, oder von den bei der Erlaubnis festgesetzten Bedingungen abgewichen ist und deshalb rechtskräftig verurteilt worden ist, wird, wenn er außerdem eine dieser Handlungen begeht, mit Geldstrafe von 50 bis 1000 M. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Die Anwendung dieser Vorschrift bleibt ausgeschlossen, wenn seit der Rechtskraft der letzten Verurteilung bis zur Begehung der neuen Straftat drei Jahre verfloßen sind. An derselben Stelle ist eine Strafbestimmung für den unerlaubten Betrieb der im § 33 Bezeichneten Gewerbe durch Stellvertreter beigelegt. Ein Zusatz zu § 148 soll den durch den Entwurf in den §§ 33 und 33a vorgesehenen Anordnungen und Verfügungen den strafrechtlichen Schutz geben.

In der dem Entwurf beigegebenen allgemeinen Begründung heißt es:

Die Vorschriften der Gewerbeordnung über das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe und die mit diesem im Zu-

zusammenhang stehenden Gewerbebetriebe haben sich seit längerer Zeit als unzulänglich erwiesen. Es haben sich Mängel herausgebildet, die in den beteiligten Kreisen schwer empfunden werden und wiederholt auch den Parlamenten Veranlassung gegeben haben, auf eine Änderung der Gesetzgebung zu drängen. Der vorliegende Gesetzentwurf bringt eine Reihe von Änderungen der Gewerbeordnung in Vorschlag, die auf praktischen Erfahrungen in der Anwendung des bestehenden Rechtes beruhen. Von dem Standpunkt dieser Erfahrungen aus sind Beschränkungen der betreffenden Gewerbebetriebe erforderlich, die indessen nicht weiter gegriffen sind, als nötig erscheint, um eine Abstellung der vorhandenen Mängel zu sichern.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Todesfall.** In seiner Wohnung Dusenstraße 46 verstarb heute morgen der Postmeister a. D. Rechnungsrat Paul Lindner im Alter von 59 Jahren.

— **Ein deutscher Fliegeroffizier im Balkankrieg.** Nach dem Tripoliskrieg hörte man wiederholt aus dem jüngsten Balkankrieg etwas über die Verwendung von Flugapparaten zur Erkundung der feindlichen Stellungen, ohne daß bisher über die Leistungen im Zusammenhang Näheres bekannt wurde. Ein Lichtbildvortrag, den der preussische Oberleutnant Walter Krey gestern abend im kleinen Saal des Kurhauses über die türkische Fliegertruppe und ihre Erfolge an der Tschataldschalinie hielt, wurde darum von einer kleinen, aber aufmerksamen Zuhörergemeinde mit Interesse verfolgt. Oberleutnant Krey war dem türkischen Fliegerdetachment in San Stefano als ältester Hauptmann zugeordnet und steuerte einen Mars-Pfeil-Doppeldecker. Was er dort an Apparaten und türkischen Fliegeroffizieren vorfand, war nicht sehr erfreulich. Sämtliche Apparate waren unbrauchbar, ein Zustand, mit dem die türkischen Offizierspiloten ganz einverstanden zu sein schienen. Dem deutschen Offizier wurde es außerordentlich erschwert, die Flugzeuge erfolgreich in den Dienst des Heeres zu stellen. Seine Bemühungen scheiterten an der Gleichgültigkeit und dem Fatalismus der Türken, die letzten Endes ja auch die Ursache der türkischen Mißerfolge waren. Die tatsächliche Verwendung der Fliegertruppe litt unter der allgemeinen Programmlosigkeit. Daß es ihm und dem in Galipoli stationierten deutschen Zivilflieger Scherf trotzdem möglich war, größere Flüge zur Erkundung der feindlichen Stellungen auszuführen (Scherf flog einmal 4 Stunden und stellte das Hauptquartier der Bulgaren 160 Kilometer von Tschataldscha bei Tschorlu fest) ist lediglich der eigenen Initiative und dem Verständnis der höheren Kommandosposten zuzuschreiben. Der Fliegeroffizier hatte nach dem Krieg Gelegenheiten, das Flugwesen im bulgarischen und rumänischen Heer kennen zu lernen und hier erfreulichere Eindrücke zu gewinnen. Der Vortrag bot neben der Schilderung persönlicher Erlebnisse eine Fülle interessanter Momente aus dem Kriegesleben und wurde durch zahlreiche Lichtbilder, zum Teil nach Aufnahmen aus dem Flugzeug, bestens illustriert.

— **Gewerbeverbänderungsaufruf.** Nachdem der Arbeitsaufruf für die Gewerbeverbänderung im Regierungsbezirk Wiesbaden sich dahin schlüssig geworden war, die Bildung eines Gewerbeverbänderungsausschusses mit dem Sitz in Frankfurt a. M. den beteiligten Organisationen zu empfehlen, traten gestern im hiesigen Regierungsgebäude die Vertreter der einzelnen Organisationen zu der konstituierenden Versammlung des Gewerbeverbänderungsausschusses für den Regierungsbezirk Wiesbaden zusammen. Sie fand in Verbindung des Regierungspräsidenten Dr. v. Reiter unter dem Vorsitz des zuständigen Dezernenten Regierungssassessor Welter statt. Die Vertreter erklärten, daß die von ihnen vertretenen Organisationen grundsätzlich bereit seien, sich an der Bildung eines Gewerbeverbänderungsausschusses zu beteiligen, dessen Zweck ist, die Tätigkeit der bei der Gewerbeverbänderung im Regierungsbezirk Wiesbaden beteiligten Faktoren in zielbewußte sich ergänzende Bahnen zu lenken und durch Ermöglichung eines Erfahrungsaustausches die Eigenschaften eines jeden einzelnen dem ganzen zugute kommen zu lassen sowie das im Bezirk anfallende Handwerk und Gewerbe in jeder geeigneten Weise zu fördern. Die Statuten wurden durchgesehen, verschiedene Wünsche der Handwerkskammer und des Gewerbevereins für Koffau berücksichtigt und genehmigt unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlungen von Frankfurt a. M. und Wiesbaden.

— **Postales.** Die Postanstalten sind ermächtigt worden, vom Publikum Bestellungen auf das Ortsverzeichnis zu den Postleisteften anzunehmen. Das für Zwecke des Postdienstes hergestellte Druckwerk enthält sämtliche Postorte des Deutschen Reichs mit Bezeichnung ihrer Lage. Es ist ein Hilfsmittel für die richtige Adressierung der Postsendungen, da aus ihm auch die zufällige Bezeichnung für Postanstalten mit gleich- oder ähnlich lautenden Namen ersehen werden kann. Bestellungen auf das Ortsverzeichnis, das jährlich einmal — am 1. Mai — erscheint, müssen bis spätestens am 23. März erfolgen. Der Preis beträgt 60 Pf. für das Stück.

— **Preisfestsetzen.** Am Sonntagabend fand das bereits vorerwähnte Preisfestsetzen in der „Marburg“ statt. Schon um 8 Uhr war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vorsitzende Herr Häusler begrüßte die Gäste, besonders die Herren Direktor Ventinger und Inspektor Kern als Vertreter der Gewerbeschule, und nach einem einleitenden Musikstück ging die Konturrenz in der „großen Mode“ vor sich. 18 Bewerber hatten sich eingefunden um die wertvollen Preise, welche teils nach Wiesbaden, teils nach auswärts kamen. Der folgende Preiswettbewerb erregte allseitige Bewunderung. Die Wiedergaben in der Kunst der Damenfrisur aus der Zeit 485 v. Chr. bis auf den heutigen Tag waren überraschend, ebenso der Film „Gewinnung, Reparatur und Verarbeitung von Schnitzarbeiten“. Schließlich wurden, nachdem der Vorsitzende des Preisgerichts, Herr W. Schumann, Worte des Dankes an die Versammelten gerichtet hatte, verschiedene Ehrungen für besondere Verdienste vorgenommen, auch gesangliche Darbietungen der Herren Gabel, Steiner und Lorenz vorgeführt und ein Ball veranstaltet.

— **Durchgebrannt ist der Hausbursche Friedrich Hofmann** von hier unter Mitnahme von über 100 M. Kundengeldern, die er für eine kleine Waschanstalt einlieferte hatte, und eines Radfahrens (Marke: Victoria Nr. 806220).

— **Die beiden Radendiebinnen** von hier, die vor einiger Zeit in verschiedenen Städten Juwelen, Schmuckstücke und andere Dinge stahlen, werden jetzt auch beschuldigt, in Frank-

furt a. M. ein Paar Brillantohrringe im Wert von 300 M. entwendet zu haben. Der Eigentümer konnte noch nicht ermittelt werden.

— **Kleine Notizen.** Die Nr. 10 der „Aufstellungs-Nachrichten“ liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Tagblatts“ zur unentgeltlichen Einsicht offen. — Zu dem am 7. März im Kurpark stattfindenden als „Fest im Gebirgsdorf“ stattfindenden Jahresfest des Wiesbadener Gartenbauvereins haben nur persönlich eingeladene Gäste Zutritt.

Gerichtssaal.

Eine Beleidigung des Kronprinzen vor Gericht.

sh. Berlin, 5. März. Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin fand, wie bereits in der heutigen Morgen-Ausgabe kurz mitgeteilt wurde, heute die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Welt am Montag“ Alfred Scholz und den Schriftsteller Hans Leuz wegen Beleidigung des deutschen Kronprinzen statt. Der Eröffnungsbeschluss legte den Angeklagten zur Last, durch einen Artikel in der „Welt am Montag“ vom 12. Januar 1914 mit der Überschrift „Wilhelm der Letzte“ den Kronprinzen beleidigt zu haben, und zwar in der Absicht der Ehrverächtlichkeit, böswillig und mit Überlegung. In dem Artikel wird der Kronprinz als „eifrigster Förderer der Republik“ bezeichnet, und zwar mit Bezug auf seine beiden anlässlich der Babenaffäre abgeschickten Depeschen an den Obersten v. Reuter „Jammern feste druff!“ und den kommandierenden General v. Deimling „Draboi!“ Nach kurzer Beratung beschloß der Gerichtshof, die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung auszuschließen, da sonst eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten sei. Nach Schluß der Beweisnahme beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten Leuz eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten, gegen den Angeklagten Scholz Freisprechung. — Nach fünfstündiger nichtöffentlicher Verhandlung wurde die Öffentlichkeit zur Urteilsverkündung wieder hergestellt und der Vorsitzende verkündete folgendes Urteil:

Der Angeklagte Scholz wird freigesprochen, der Angeklagte Leuz wird wegen Beleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus: Die Beleidigung ist der Ausdruck der Mißachtung gegenüber einem anderen; es genügt dazu nicht die Kritik, eine Kritik allein kann nicht strafbar sein. Der Angeklagte Leuz hat aber die Handlungsweise des Kronprinzen nicht nur kritisiert, es liegt in dem Artikel in vollem Maß der Ausdruck der Mißachtung gegenüber dem Kronprinzen vor. Das ist in deutlich erkennbarer Absicht der Ehrverächtlichkeit geschehen und auch böswillig. Diese Absicht geht schon aus der Überschrift „Wilhelm der Letzte“ hervor sowie aus zahlreichen Wendungen in dem Artikel selbst. Der Kronprinz wird als unfähig und unwürdig bezeichnet, die Krone zu erlangen. Es kann sich also hier nicht um eine Kritik oder um eine Ermahnung der beteiligten Kreise, die Handlungen des Kronprinzen aufzuklären, handeln. Auch der ganze Ton des Artikels deutet darauf hin, daß der Angeklagte lediglich die Absicht hatte, den Kronprinzen zu verächtlichen. Schon der erste Satz, daß der Kronprinz der tüchtigste Agitator für eine Republik sei, ist eine sarkastische Wendung, die außerordentlich beleidigend wirken muß. Schwer beleidigend ist auch der Satz: Alle nicht erblich belasteten Köpfe müssen sich sagen: Kann man nicht und soll man nicht dafür sorgen, daß der Kronprinz nicht auf den Thron gelangt; ferner der Ausdruck: Welches ein Unglück wäre es, wenn der Kronprinz jetzt ans Ruder käme. Schwer beleidigend ist auch eine Wendung, in der erörtert wird, ob es nicht möglich wäre, daß man die Fürsten pensionieren könnte. Der Angeklagte gibt sich den Anschein, als ob er das alles nur hypothetisch gesagt hätte. Das Gericht ist aber zu der Überzeugung gekommen, daß der Angeklagte alles das nur vorgebracht hat, um im Publikum Stimmung gegen den Kronprinzen zu machen. Das Gericht ist also dazu gekommen, daß der Angeklagte in vollem Sinne der Anklage für schuldig zu erklären sei. Beim Strafmaß hatte das Gericht die Vorstrafen zu prüfen. Die letzte Strafe des Angeklagten Leuz fällt in das Jahr 1902, sie liegt zu weit zurück, um noch geltend gemacht werden zu können. Andererseits mußte das Gericht berücksichtigen, daß der beleidigende Artikel gegen den Erben der Krone gerichtet war, ferner die ganze Schärfe, in der er gehalten ist. Es erschienen somit mildernde Umstände nicht am Platz und die Strafe wurde, wie angegeben, verhängt.

Der Landrat Freiherr v. Malsbahn, der bekanntlich den Kronprinzen in die innere Politik einführen soll, erschien von Beginn der Verhandlung im Gerichtsgebäude, hat aber an der Sitzung nicht teilgenommen.

Sport und Spiel.

sr. Das Berliner Sechstagerrennen. Lebhafter denn je verliefen die ersten 24 Stunden des 7. Berliner Sechstagerrennens. Dem scharfen Tempo fielen in der 2. Stunde, die mit 81,570 Kilometer einen neuen Weltrekord brachte, Krenn-Hofmann als Erste zum Opfer. Ein sehr geschickt eingeleiteter energischer Vorstoß von Lorenz-Brocce um 1/4 Uhr morgens wurde durch Abblenden wegen eines Raddefekts vereitelt. In der 7. Stunde stürzte Retzlaff nach einer Sturzablage so unglücklich in der Kurve, daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog und aufgeben mußte. Sein Partner Bauer bildete mit Grohmann bei einer Verlustrunde eine neue Mannschaft. Durch das andauernd flotte Tempo wurden die bestehenden Weltrekorde von der 4. bis 10. Stunde verbessert. In der 11. Stunde blieb das Feld etwas hinter den Weltrekordzeiten zurück, doch wurde für 12 Stunden mit 458,277 Kilometer wieder eine neue Höchstleistung aufgestellt. Kurz vorher gab Jacquelin auf. Sein Partner Corapezzi wurde mit Marx unter einer Verlustrunde zusammengefallen. Die 15. und 16. Stunde brachten mit 568,821 Kilometer und 604,120 Kilometer wieder neue Weltrekorde. In der 18. Stunde schied auch Corapezzi wegen Übermüdung aus. Nach der 21. Stunde war der Stand folgender: Spitzengruppe: Ritt-Stellbrink, Pegler-Mac Ramara, Moran-Moot, Stol-Miquel, Lorenz, Salchow, Poulain-Brocce, Padebusch-Stabe, Abergner-Dehner, Leon Vohse-Debaeis, Weiße-Quiche, Ladewald-Ebert 752,124 Kilometer (Weltrekord). Eine Runde zurück Pawle-Marx und Grohmann-Bauer. — Nach 11 Uhr erschien der Polizeipräsident v. Jagow im Sportpalast und wohnte eine halbe Stunde lang dem Rennen bei. Gegen 1/12 Uhr wurde von Brocce und Ritt ein scharfer Vorstoß eingeleitet, der jedoch ergebnislos verlief. Als das Feld wieder beisammen war, stürzten plötzlich Salchow, Grohmann und Abergner, wobei Grohmann eine Verletzung am Kinn erlitt. Den Vorkamppreis im Wert von 600 M. erhielt Padebusch. 400 M. bekam Ritt und 300 Mark Stol. — Beim Stundenlauf um Mitternacht war mit

984,963 Kilometer ein neuer Weltrekord aufgestellt. Die 1000-Mark-Prämie für Überwindung der Spitzengruppe kam am ersten Tage nicht zur Verteilung.

Neues aus aller Welt.

Das Lawineneis im Ortgebiet.

Meran, 6. März. Die durch eine Lawine im Somagis-Gebiet verschüttete Militärpatrouille des 3. Tiroler Landes-Schützen-Regiments stand unter Führung des Kommandanten des Sperrforts Somagis, des Oberleutnants Rechner und des Stabschreibers Leutnant Gaidor. Ferner nahmen an der Expedition die beiden Fahndirekteur Otho und Gaidor vom 3. Landes-Schützen-Regiment sowie 16 Mann teil. Die Expedition war 1 Uhr früh aufgebrochen und hatte einen besonderen militärischen Zweck. Bis 4 Uhr nachmittags waren die Schneeverhältnisse günstig und nichts deutete darauf hin, daß im nächsten Moment eine große Schneelawine niederbrechen sollte. Nach Verhören von Bergführern war die Katastrophe das Werk einiger Sekunden. Die Mitglieder der Patrouille wurden von der Lawine erfaßt, noch ehe sie zur Seite bringen konnten. Gendarmen und Bergführer sowie der getretete Leutnant Gaidor und vier Mann, die sich retten konnten, beteiligten sich sofort an den Bergungsarbeiten, doch waren sie bis zur Stunde ohne Erfolg. In militärischen Kreisen gibt man jede Hoffnung auf, die Vermissten noch lebend zu bergen. — Es ist wahrscheinlich, daß die Lawine, welche eine Breite von 800 Metern hatte, durch abgebrochene Schneebretter losgelöst wurde. Zweifellos konnte das Unglück nur deshalb einen so katastrophalen Umfang annehmen, weil sich die Skifahrer entgegen der Vorschrift sehr eng beisammen hielten, statt in größeren Abständen zu fahren. An der Unglücksstelle arbeiten mehrere Bergführer und die Gendarmen der umliegenden Ortsgemeinden. Die großen militärischen Hilfsexpeditionen sind erst auf dem Wege. Der unversehrt gebliebene Leutnant Gaidor erlitt einen Nervenschlag. Die Leichen der beiden Offiziere Rechner und Gaidor sind bereits ausgegraben.

In der Strandung des Dampfers „Sanfbar“. Berlin, 5. März. Von S. M. S. „Condor“, der zu der Unfallstelle des deutschen Dampfers „Sanfbar“ entsandt worden war, ist folgende drabstlose Meldung eingegangen: Bei dem Dampfer befinden sich die spanischen Kriegsschiffe das Kanonenboot „Dana“, das Schulschiff „Regina Regente“ und der Panzerkreuzer „Cataluña“ unter einem Admiral. Zum Schutze gegen Seeüberfälle ist ein spanisches Detachement von einem Offizier und 15 Mann auf dem Dampfer eingeschifft worden. Die Abbrückungsversuche wurden Bergungsdampfern aus Gibraltar übertragen. Die Kriegsschiffe selbst können sich wegen ihres Tiefganges hieran nicht beteiligen. Bei dem herrschenden guten Wetter besteht eine Gefahr für den Dampfer nicht. Der „Condor“ ging zum Bohlenneben vorübergehend nach Gibraltar und wird sobald nach der Unfallstelle zurückkehren.

Ein Mädchenhändler verhaftet. Gießen, 6. März. In dem Dorfe Rebfelde wurde ein Arbeiter namens Fiedler verhaftet, in dessen Besitz sich 8000 M. befanden. Er soll sechs Mädchen zur Heirat nach Amerika überredet haben.

Der „Bauernschreck“ endlich erledigt? Wien, 6. März. Aus Wollenstein in Nörten traf ein Telegramm ein, wonach endgültig auf den Jagderünden des Fürsten Hensel der sogenannte „Bauernschreck“ erledigt wurde. Das Raubtier soll ein ausgewachsener Wolf sein.

Eine neue Kälteperiode. Gmunden, 5. März. Im Salzkammergut setzte eine neue Kälteperiode ein mit Schnee und Sturm. Die Berge tragen hohen Schneeeis.

Die Kirchentumulte in New York. New York, 5. März. 190 Männer und eine Frau aus Industrie- und Arbeiterkreisen, die das Recht auf Speisung und Unterbringung in Kirchen beanspruchten, wurden verhaftet, als sie in eine katholische Kirche während des Gottesdienstes eindrangen und großen Lärm verursachten.

Letzte Drahtberichte.

Die Frage der Salvarjan-Behandlung.

S. Berlin, 6. März. (Eig. Drahtbericht) Der Reichstag beschäftigte sich heute zu Beginn seiner Sitzung mit kurzen Anfragen, darunter die bekannte Salvarjan-Anfrage. Die Abgeordneten Dr. Veder-Deffen (wild), Dr. Gerlach (Btr.), Dr. Schatz (Köln) und Dr. Struve (Bpt.) fragten an, ob die Presseberichte über die schweren gesundheitsschädlichen Wirkungen der Salvarjan-Behandlung auf Wahrheit beruhen, ob sich Salvarjan im freien Verkehr befindet, ob die im Salvarjan enthaltene Arsenmenge um das Mehrfache die Maximaldosis für Arsen, wie in der Pharmakopoe festgelegt ist, übersteigt, und ob die Todesfälle auf die gesundheitsschädlichen Schädigungen auf das im Salvarjan enthaltene Arsen zurückzuführen sind? Ministerialdirektor Jönquards beantwortete diese Anfrage und erklärte: Für Todesfälle oder schwere gesundheitliche Schädigungen, die nach der Salvarjan-Behandlung eingetreten sind, besteht nach Rechtsrecht keine Angelegenheit. Infolgedessen fehlt es an amtlichem Material. Die beobachteten Schädigungen werden von ärztlicher Seite teils auf unrichtige Behandlung, teils auf Besonderheiten im Verlaufe der Krankheit zurückgeführt. So bedauerlich solche Fälle sind, so ist doch zu bedenken, daß das Salvarjan bereits bei einer sehr großen Anzahl von Kranken ohne Schädigung angewandt worden ist, und daß vereinzelte Unglücksfälle auch bei anderen Heilmitteln nicht ausgeschlossen sind. Die Ärzte, die es bisher angewandt haben, sind weit überwiegend der Ansicht, daß Salvarjan, richtig angewandt, eine sehr wertvolle Bereicherung des Heilmittelschatzes gegen Syphilis darstellt. Bisher lag für die Reichsregierung kein Anlaß vor zu einschneidenden Maßnahmen. Das Salvarjan unterliegt dem Apotheker- und Rezeptzwang. Die darin enthaltene Arsenmenge übersteigt die sonst bei Heilmitteln zulässige Menge um das Vierfache, aber nach dem Urteil der Sachverständigen in ungünstiger Form. Die Regierung wird der Angelegenheit das größte Interesse zuwenden und prüfen, ob weitere Schritte erforderlich sind.

Die Abreise der Kaiserin nach Braunschweig.

S. Berlin, 6. März. (Eig. Drahtbericht) Heute mittag 12.43 Uhr reiste die Kaiserin vom Potsdamer Bahnhof zu längerem Aufenthalt nach Braunschweig ab.

Der Kaiser auf der Marinestation der Nordsee.

wh. Wilhelmshaven, 6. März. Das Linien Schiff „Deutschland“ mit dem Kaiser an Bord verließ heute morgen 1 Uhr 30 Min. bei stürmischem Wetter den Hafen und anfertigte kurz vor 3 Uhr in der Jadebucht auf der Schiffsreederei, wo es um 9 Uhr noch lag.

wh. Helgoland, 6. März. Nach eingetroffenen Meldungen ist der Besuch des Kaisers auf Helgoland aufgegeben worden.

Eine Denkmalskizze des Kaisers.

Berlin, 6. März. (Eig. Drahtbericht) Der Kaiser hat eigenhändig eine Skizze für ein Denkmal zur Erinnerung an die Jahrhundertfeier des Leibschützen-Regiments entworfen und dem Bildhauer Paul Rudolf in Schappan Auftrag zur Ausführung des Denkmals erteilt.

Spredstunde der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung
von 10 bis 11 Uhr.

